



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die EU-Arktispolitik im internationalen Kontext.
Eine Analyse der
europäischen und kanadischen Positionen.

Verfasserin

Bernadette Wurm

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Mai 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A-300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Paul Luif

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei all denen bedanken, die mich im Laufe meines Studiums und bei der Erstellung dieser Diplomarbeit unterstützt haben.

Mein besonderer Dank gilt:

Meinen Eltern, Annemarie und Josef Wurm, für die finanzielle und moralische Unterstützung.

Christa Wurm und Pia Gailer für die Motivation, anregenden Diskussionen und willkommene Ablenkung.

Dr. Paul Luif für die freundliche wissenschaftliche Betreuung und Beratung.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	i
Abbildungsverzeichnis	iii
Abkürzungsverzeichnis	iv
1. Einleitung	1
2. Theoretische und methodische Grundlagen	4
2.1. Neofunktionalismus.....	4
2.2. Ökologische Sicherheit	7
2.3. Governance.....	10
2.4. Policy-Analyse.....	11
2.5. Diskursanalyse.....	12
2.6. Zwischenfazit	14
3. Der Arktiskonflikt	15
3.1. Problemstellung	16
3.1.1. Ressourcen	17
3.1.2. Schifffahrt	17
3.1.3. Indigene Bevölkerung und ökologisches System.....	19
3.1.4. Vulnerabilität der Arktis	21
3.2. Völkerrechtliche Aspekte.....	22
3.3. Akteure und Interessen	25
3.3.1. Internationale Organisationen	26
3.3.2. Kanada.....	27
3.3.3. Russland	28
3.3.4. USA.....	30
3.3.5. Dänemark.....	32
3.3.6. Norwegen.....	33
3.3.7. Finnland, Schweden und Island	34
3.3.8. Die Deklaration von Ilulissat.....	35
3.4. Zwischenfazit	37
4. Die EU-Arktispolitik	41
4.1. EU-Außenpolitik	41
4.1.1. Grundlagen der GASP	41
4.1.2. „Northern Dimension“	43
4.2. Arktispolitik als Teil verschiedener Politikfelder	44
4.2.1. Umwelt- und Klimapolitik.....	45
4.2.2. Energiepolitik.....	46
4.2.3. Sicherheitspolitik	47
4.2.4. Indigene Bevölkerung	48
4.3. Entwicklung der EU-Arktispolitik	49
4.3.1. Grünbuch zur Zukunft der europäischen Meerespolitik.....	49
4.3.2. Blaubuch über die integrierte Meerespolitik der EU	50
4.3.3. Entschließung des EP zur Politik für den arktischen Raum	50
4.3.4. Mitteilung der Kommission „Die Europäische Union und die Arktis“	51
4.3.5. Reden.....	54
4.3.6. Ratsbeschluss zur Arktispolitik.....	57
4.4. EU Interessen	59
4.4.1. Umwelt- und Klimasicherheit.....	59
4.4.2. Energie und Ressourcen.....	60
4.4.3. Governance.....	60
4.4.4. Grönland	61
4.5. Zwischenfazit	64

5. Die kanadische Arktispolitik	69
5.1. Das politische System Kanadas	70
5.2. Kanadische Außenpolitik	72
5.3. Die Entwicklung der kanadischen Arktispolitik	74
5.3.1. Arktispolitik bis zum Zweiten Weltkrieg	74
5.3.1. Arktispolitik während des Zweiten Weltkriegs	75
5.3.3. Arktispolitik im Kalten Krieg	76
5.3.4. Arktispolitik nach 1989.....	78
5.4. Aktuelle Positionen	78
5.4.1. Die Nordwestpassage	80
5.4.2. Hans Island.....	81
5.4.3. Beaufort Sea.....	83
5.4.4. Militärische Sicherung	84
5.5. Die innenpolitische Dimension kanadischer Arktispolitik.....	85
5.6. Zwischenfazit.....	87
6. Die Beziehungen der EU zu Kanada	90
6.1. Geschichtliche Entwicklung.....	90
6.2. Aktuelle Lage.....	91
6.2.1. Wirtschaft.....	91
6.2.2. Importverbot für Robbenfelle	92
6.2.3. Politische Zusammenarbeit	92
6.2.4. Abstimmungsverhalten im Rahmen der Vereinten Nationen.....	95
6.3. Zwischenfazit.....	95
6.4. Vergleich der europäischen und kanadischen Arktispolitik	96
6.4.1. Motivation	97
6.4.2. Diskurs.....	98
6.4.3. Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen.....	99
7. Conclusio und Ausblick	101
8. Literaturverzeichnis	106
Anhang: Weiterführende Graphiken.....	115
Abstract Deutsch	119
Abstract Englisch.....	120
Lebenslauf.....	122

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die Nordwest- und die Nordostpassage	18
Abbildung 2: Die indigenen Bevölkerungsgruppen der Arktis	20
Abbildung 3: Die Anrainerstaaten der Arktis	25
Abbildung 4: Die kanadische Arktis.....	69
Abbildung 5: Die Nordwestpassage	80
Abbildung 6: Hans Island	82
Abbildung 7: Ressourcenvorkommen und Anrainerstaaten.....	115
Abbildung 8: Gebietsansprüche der Anrainerstaaten	116
Abbildung 9: Lomonosow-Brücke	117
Abbildung 10: Hans Island Detailansicht.....	117
Abbildung 11: Grenzkonflikt in der Beaufort Sea	118

Abkürzungsverzeichnis

ACND	Advisory Committee on Northern Development
AEPS	Arctic Environmental Protection Strategy
APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation
BEAC	Barents Euro Arctic Council
CBSS	Council of the Baltic Sea States
CETA	Comprehensive Economic and Trade Agreement
CFNA	Canadian Forces Northern Area
COREPER	Comité des représentants permanents / Ausschuss der Ständigen Vertreter
DFAIT	Department of Foreign Affairs and International Trade
EEZ	Exclusive Economic Zone / Exklusive Wirtschaftszone
EG/EU	Europäische Gemeinschaft / Europäische Union
EP	Europäisches Parlament
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
ICC	Inuit Circumpolar Council
IMO	International Maritime Organization
IPEEC	International Partnership for Energy Efficiency Cooperation
NAFTA	North American Free Trade Agreement
NCM	Nordic Council of Ministers
NDEP	Northern Dimension Environmental Partnership
NDFP	The Northern Dimension of Canada's Foreign Policy
NDPHS	Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Wellbeing
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
RCAF	Royal Canadian Air Force
RCMP	Royal Canadian Mounted Police
SRÜ	Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen
TIEA	Trade and Investment Enhancement Agreement
UNCLOS	United Nations Convention on the Law of the Sea
UNEP	United Nations Environment Programme
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
UNO	United Nations Organization
USA	United States of America
WCRP	World Climate Research Programme
WTO	World Trade Organisation

1. Einleitung

„Use it or lose it.“

Stephen Harper (kanadischer Premierminister) zur Problematik der Arktisansprüche.

Die arktische Region wurde lange Zeit auf Grund ihrer Unzugänglichkeit politisch wenig beachtet und von den Anrainerstaaten teilweise sogar vernachlässigt. Durch die globale Erwärmung ist das Eis der Arktis im Abschmelzen begriffen und macht die Region damit erstmals großräumig zugänglich – so war beispielsweise die Nordwestpassage im Jahr 2007 erstmals in den Sommermonaten eisfrei befahrbar. Dieser neue Zugang eröffnet neue Möglichkeiten die Schifffahrt und Bodenschätze betreffend. Das Ausmaß der Ressourcen wird unterschiedlich eingeschätzt, einige gehen dabei sogar von ca. 2/3 aller noch weltweit vorhandenen Energiereserven aus. Solche Zahlen wecken natürlich das Interesse unterschiedlichster Akteure und damit stellt sich die Frage, welche die Region zu einem neuen geopolitischen Brennpunkt macht: Wem gehört die Arktis? Das Versenken einer russischen Flagge am arktischen Meeresgrund im Jahr 2007 hat die Brisanz dieser Frage zusätzlich verstärkt. Seitdem hat ein regelrechter Wettkampf um die Arktis und ihre Ressourcen begonnen.

Erstmals bin ich auf dieses Thema durch einen Praktikumsaufenthalt in Kanada gestoßen, wo dieses Thema, im Gegensatz zu Europa, medial breit behandelt wird. Dadurch habe ich einen breiteren Zugang zu diesem Thema und verschiedene Hintergrundinformationen erhalten. Meine Position ist daher vor allem von der kanadischen Sichtweise beeinflusst. Trotzdem bleibt meine Perspektive eine eurozentristische, weshalb ich mich im Besonderen auch mit der Position der EU zum Gebietskonflikt in der Arktis befassen möchte.

Die Relevanz des Themas ergibt sich aus seiner Aktualität und dem Vergleich zwischen der Politik eines Staates und einer supranationalen Organisation. Der Arktiskonflikt gewinnt seine Bedeutung daraus, dass er in Europa weitgehend unbeachtet bleibt, nachdem er auf den ersten Blick ein rein regionaler Konflikt zu sein scheint – bezieht man aber die umwelt-, energie- und sicherheitspolitische Komponente mit ein, wird sehr bald klar, dass er von globaler Bedeutung ist.

Die Frage, die in dieser Diplomarbeit beantwortet werden soll, bezieht sich auf die Entwicklung des Konflikts, wohin sich dieser bewegt und welche Akteure den Konflikt

lenken. Vor allem: Welche Rolle spielt die Europäische Union dabei, die nicht ganzheitlich von diesem Konflikt betroffen ist, sondern nur einzelne Mitgliedsstaaten wie Dänemark, Finnland und Schweden. Hat die Europäische Union als Nichtanrainer Anspruch auf Mitbestimmung in der Region?

Die Hauptfrage ist also: Wie und in welcher Form kann die Europäische Union ihre Arktispolitik gestalten und legitimieren?

Um diese Frage zu behandeln, muss zuerst geklärt werden, welche Aspekte dabei relevant sind. Das erste Problem besteht darin, dass die EU kein Arktis-Anrainerstaat ist und daher ihr Interesse anders legitimieren muss als Anrainerstaaten. Das zweite Problem besteht darin, dass die EU kein Staat ist, sondern eine supranationale Organisation und daher anderen Politikbildungsprozessen folgt als ein Nationalstaat. Diese Problemstellungen ergeben sich also jeweils aus dem Vergleich Anrainer – Nichtanrainer und Nationalstaat – supranationale Organisation. Für die Analyse ist daher auch eine Gegenüberstellung notwendig, die durch die vergleichende Analyse der kanadischen und europäischen Arktispolitik erfolgen soll.

Die Fragestellungen im Hauptteil lautet folgendermaßen: Wodurch ist die Entstehung einer europäischen Arktispolitik motiviert? Wie wird diese Politik gestaltet? Die Fragen, die sich daraus ergeben, sind: In welchem Ausmaß lassen sich diese Aspekte finden? Sind diese Aspekte bei anderen Akteuren (Kanada wird dabei beispielhaft herausgegriffen) ebenfalls und in der gleichen Form vorhanden? Welche Unterschiede lassen sich in der Arktispolitik einer supranationalen Organisation wie der EU und eines Nationalstaates wie Kanada finden?

Die Arbeitshypothesen dazu sind:

- (1) Die Entstehung einer europäischen Arktispolitik ist vor allem durch energie- bzw. ressourcenpolitische und sicherheitspolitische Aspekte motiviert. Andere Aspekte könnten umwelt- bzw. klimapolitischer Natur sein.
- (2) Die Energie- bzw. Ressourcenpolitik ist der stärkste Faktor.
- (3) Der wirtschaftliche Aspekt ist neben dem territorialen Aspekt in Kanada ebenfalls der Stärkste.
- (4) Die EU verfolgt als Nicht-Anrainerstaat eine andere Form der Arktispolitik als Kanada. Für die EU ist der Arktiskonflikt eine Möglichkeit, sich als internationale Macht zu positionieren, für Kanada ist es eine territoriale Angelegenheit.

Daher wird zuerst eine Begriffsklärung über Theorie und Methode gegeben, gefolgt von einem einleitenden Kapitel über den Arktiskonflikt, seinen Inhalten und Akteuren im Allgemeinen. Danach werden sowohl die europäische, als auch die kanadische Arktispolitik skizziert und analysiert. Abschließend werden die Beziehungen der Europäischen Union zu Kanada beleuchtet und die Auswirkungen einer eigenständigen EU-Arktispolitik auf die bilateralen Beziehungen untersucht. Der Konflikt in der Arktis ist nicht nur ein geopolitischer, sondern vor allem ein umwelt-, sicherheits- und energiepolitischer Konflikt. Daher sind es besonders diese drei Politikfelder, die ich in der Analyse im Speziellen berücksichtigen möchte.

Anm.: Erläuternde Graphiken sind zum besseren Verständnis im Text eingefügt. Detaillierte Abbildungen sind im Anhang beigefügt.

2. Theoretische und methodische Grundlagen

Die theoretischen Grundannahmen dieser Arbeit orientieren sich an den Konzepten des Neofunktionalismus, der ökologischen Sicherheit und Governance. Methodisch werden sowohl die Literaturanalyse, also Analyse von Primär- und Sekundärquellen, als auch die Methode der Policy-Analyse, die durch die Diskursanalyse ergänzt wird, verwendet.

2.1. Neofunktionalismus

Eine der wichtigsten Integrationstheorien der Europäischen Union ist der Neo-Funktionalismus, zuerst beschrieben von Ernst Haas und Leon Lindberg.¹ Der Neo-Funktionalismus basiert auf der Theorie des Funktionalismus von David Mitrany, verwirft dessen begrenzte Anwendbarkeit auf rein technische Kooperation und weitet das Modell, besonders das Konzept des spill-over aus.² David Mitrany geht von einem Konzept der technischen Zusammenarbeit aus, das nicht von politischen Streitigkeiten beeinträchtigt wird: Durch die funktionale Bearbeitung von Themen, kann man sich der tatsächlichen Lösung eines Problems viel eher annähern, als durch die politische Debatte, die von ideologischen Gegensätzen geprägt ist und daher jede effektive Kooperation unwirksam macht.³ Diese funktionale Zusammenarbeit bedarf supra-nationaler Organisation, in Form einer Hohen Behörde oder später einer Kommission. Diese institutionelle Beschaffenheit ist gleichzeitig Ziel und zielführend.⁴

Der Neo-Funktionalismus geht von der Idee des „spill-over“-Effekts aus:

„Spillover assumes that the various elements of the political economy of states and regions are interconnected in such a way that problems in one area will raise problems or require solutions in another.“⁵

Im Gegensatz zu Mitrany ist damit aber nicht nur ein rein funktionaler, sondern auch ein politischer spill-over-Effekt gemeint.⁶ In Bezug auf die Europäische Union kann man sagen, dass kein Politikbereich in sich geschlossen ist, sondern auf andere Auswirkungen haben kann.

¹ Cf.: Mutimer, David (1994), S. 26.

² Cf.: Wolf, Dieter (2006), S. 65.

³ Cf.: Conzelmann, Thomas (2003), S. 148f.

⁴ Cf.: Luif, Paul (1995), S. 15.

⁵ Mutimer, David (1994), S. 29.

⁶ Cf.: Thalmeier, Bettina (2005), S. 106.

Leon Lindberg definiert die Situation des spill-over:

„[...] in which a given action, related to a specific goal, creates a situation in which the original goal can be assured only by taking further actions, which in turn create a further condition and need for more action and so forth“⁷.

Spill-over ist nicht notwendigerweise ein konsensualer Prozess:

“[...] these solutions do not require the complete agreement of states, but rather a general convergence of similar interests around the goals of the original common undertaking.“⁸

Wenn man davon ausgeht, dass die Schaffung der EU das ursprüngliche gemeinschaftliche Vorhaben war, dann ist kein einheitlicher Konsens der Mitgliedstaaten nötig, um Umweltpolitik zu einem Teil der EU-Politik zu machen, da es Teil des ursprünglich gewollten Ziels ist. Mit dem Wachsen der Gemeinschaft verändern sich auch die Kompetenzen und Politikfelder – spill-over kann also beinahe als automatisierter Vorgang betrachtet werden. Allerdings nur beinahe, denn der allgemeine politische Wille der Mitgliedstaaten die EU mit neuen Kompetenzen auszustatten, muss immer noch gegeben sein. Das Beispiel der so genannten „Politik des leeren Stuhls“ zeigt, dass dieser vermutete Automatismus des spill-over-Effekts nicht immer verwirklicht werden kann.⁹ Trotzdem: „Intendiert oder nicht intendiert: ein einmal begonnenes supranationales Integrationsprojekt dehnt sich Schritt für Schritt funktional wie territorial aus.“¹⁰

„Such a characterization identifies neofunctionalist integration as defined principally as process, rather than with reference to a particular product.“¹¹ Spill-over ist also ein Prozess, kein Produkt, dessen endgültige Ausgestaltung durch den Neofunktionalismus nicht definiert wird. Teil dieses Prozesses ist zwar definitiv die Institutionalisierung, aber damit endet das spill-over noch nicht, er kann weiter reichen, bis in den Bereich der Supranationalität.¹² „Haas verstand regionale Integration als dynamischen Prozess.“¹³ Für Haas gibt es keine Zielvorstellungen, der Prozess der Integration ist vorlaufend und definiert kein Ziel, wann dieser Vorgang beendet ist – die politische Struktur die durch den Integrationsprozess erreicht wird, bleibt in der Definition offen.¹⁴

⁷ Pollak, Johannes/Slominski, Peter (2006), S. 56.

⁸ Mutimer, David (1994), S. 29.

⁹ Cf.: Giering, Claus (1997), S. 212.

¹⁰ Wolf, Dieter (2006), S. 73.

¹¹ Mutimer, David (1994), S. 32.

¹² Cf.: *ibid.*, S. 29 – 32.

¹³ Wolf, Dieter (2006), S. 70.

¹⁴ Cf.: *ibid.*, S. 71.

Der Motor der Integration ist der spill-over Effekt: Durch die Arbeitsteilung in der gemeinschaftlichen Politik festigen sich Interdependenzen und Abhängigkeitsverhältnisse, die neue Kooperationen nach sich ziehen.¹⁵ Dabei bleibt der Prozess der Integration nicht auf rein technische Fragen beschränkt: Die Beschäftigung mit technischen Fragen zieht auch unweigerlich politische Debatten nach sich.

So „dehnt sich der Bereich der supranational vergemeinschaftlichten Politik aufgrund solcher ‚spill-over‘ quasi-automatisch in zweierlei Richtung aus: funktional in Richtung auf eine zunehmende Vertiefung der Integration durch immer größere Kompetenzverlagerungen hin zu den Gemeinschaftsorganen sowie territorial in Richtung einer stetigen Erweiterung der Gemeinschaft durch neue Mitglieder, die durch transnationale Interdependenz aufgrund grenzüberschreitender funktionaler Differenzierung in den Bannkreis der supranationalen Gemeinschaft gezogen werden.“¹⁶

Traditionell nationalstaatliche Bereiche werden nach und nach auch gemeinschaftlich behandelt und neue Kompetenzen werden übertragen.

Weiterentwickelt wurde der Neo-Funktionalismus unter anderem durch Anne-Marie Slaughter und Walter Mattli mit der Theorie einer Verrechtlichung des Integrationsprozesses durch den EuGH: Durch die Rechtsprechung des EuGH wurden Normen definiert, die als Vorgaben den politischen Prozess beeinflussten und so Sachzwangwirkung entfalteten.¹⁷

Spill-over ist aber nicht nur auf Politikbereiche beschränkt, sondern bezieht sich auch auf das Konzept von Supranationalität: „The sovereign authority of a state is extended to the supranational authority, where it is pooled with that of its fellow member states.“¹⁸

Oder anders gesagt:

„Die einmal von einer politischen Elite bewusst begonnene Zusammenarbeit in wenig kontroversen Politikfeldern wird durch so genannte Spill-over-Effekte auf andere Sachbereiche erweitert und somit die supranationale Integration stetig ausgebaut.“¹⁹

Durch diese supranationale Integration ist es möglich, dass die EU auf internationaler Ebene als supranationale Organisation bei Gipfeltreffen oder Verhandlungen auftritt. Geht man also davon aus, dass Neofunktionalismus ein Prozess ist, kann man die

¹⁵ Cf.: Wolf, Dieter (2006), S. 71.

¹⁶ Ibid., S. 72.

¹⁷ Cf.: ibid., S. 82f.

¹⁸ Mutimer, David (1994), S. 31.

¹⁹ Giering, Claus/Metz, Almut (2007), S. 289.

Theorie auch als Methode betrachten und die Entwicklung der EU-Umweltaußenpolitik methodisch mit Hilfe des Neofunktionalismus untersuchen.

Auf diese Theorie soll folgendermaßen aufgebaut werden: Auch Umwelt- und Energiepolitik sind zwei Politikbereiche der Europäischen Union, die nicht für sich alleine stehen und sich zu wichtigen Feldern entwickelt haben. So gehe ich davon aus, dass sich Umweltpolitik, nach der Entwicklung zu einem eigenständigen Politikbereich durch den spill-over-Effekt auch zu einem Teil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wurde.

2.2. Ökologische Sicherheit

Umweltpolitik innerhalb der Europäischen Union ist im Laufe der Zeit durch den spill-over Effekt Teil verschiedener anderer Politikbereiche geworden, unter anderem auch der Außenpolitik. Diese Diplomarbeit stützt sich daher auf die Ansicht, dass Umweltpolitik als Teil der Europäischen Außenpolitik auch in internationalem Rahmen (unter anderem als sicherheitspolitisches Problem) behandelt wird, besonders, da die Europäische Union sich als wichtiger Akteur im internationalen Kampf gegen Klimawandel etabliert hat.²⁰

Die Veränderungen der Umwelt sind auf den ersten Blick eher Teil der Umweltpolitik als Teil der Sicherheitspolitik, dennoch kann Umweltwandel als Sicherheitsproblem wahrgenommen werden. Um diese Sichtweise zu veranschaulichen soll in diesem Unterkapitel zuerst ein kurzer historischer Überblick über die Entwicklung des Begriffes „Environmental Security“ und anschließend eine ausführliche Definition gegeben werden.

In dieser Diplomarbeit wird davon ausgegangen, dass Klimawandel und daraus resultierende Umweltprobleme neue Sicherheitsfragen darstellen können und infolge dessen auf internationaler Ebene nicht nur im Rahmen der klassischen Umweltpolitik, sondern auch im Rahmen der Sicherheitspolitik behandelt werden können.

Die Idee von Environmental Security entstand in den 1960er Jahren in theoretischem Rahmen und wurde unter anderem in dem Buch „Silent Spring“ von Rachel Carson erwähnt. Die Internationale Politik beschäftigt sich seit den 1970er Jahren mit der

²⁰ Cf.: Vogler, John (2009), S. 469.

Thematik. Erwähnenswert sind die ersten internationalen Gipfeltreffen zur Umwelt (UN Conference on the Human Environment in Stockholm 1972) und das UN Environment Programm (1972).²¹

Eine erste Annäherung an die Definition des Begriffs Environmental Security lautet folgendermaßen:

Environmental security „[...] entails considering not just the security of states, but also the security of the global environment as well as its many nested sub-systems, and various social systems“²².

Eine weitere Definition wäre:

Ökologische Sicherheit „[...] ist eine Dimension erweiterter Sicherheit, die sich traditionell nicht ausschließlich, aber hauptsächlich auf Einhegung, Androhung und Einsatz militärischer Gewalt bezog“²³.

Ökologische Sicherheit kann nun zwar nicht durch militärische Mittel gewährleistet werden, wohl aber können ihre Folgen damit bekämpft werden.²⁴ Und zwar dann, wenn man von nachstehender Schlussfolgerung ausgeht: „[...] resources could be strategic goals and strategic tools, and that resource inequalities could be a source of conflict.“²⁵ Allerdings ist wichtig zu betonen, dass nicht immer eine direkte Verbindung zwischen Umweltproblemen und Konflikten besteht: Umweltprobleme können Konflikte verschärfen, führten aber (bisher) noch nicht zu kriegerischen Auseinandersetzungen.²⁶

Wie bereits erwähnt, wurde Umweltpolitik als Teil der Sicherheitspolitik bzw. als Teil eines umfassenden Sicherheitsbegriffs ab den 1970er Jahren, in der breiten Öffentlichkeit aber erst ab den 1980er Jahren diskutiert. Diese ersten Diskussionen konzentrierten sich vor allem auf Erhaltung verschiedener nicht-menschlicher Spezies und Ressourcen, während die Debatte heutzutage auch die Dimension der menschlichen Sicherheit in Zusammenhang mit Umweltwandel beinhaltet.²⁷

Doch was begründet die Aktualität der ökologischen Sicherheit - warum wurde dieses Konzept zu einem Teil der Sicherheitspolitik? Einerseits weil Umweltprobleme universal sind, das heißt, jeder ist davon betroffen:

²¹ Cf.: Barnett, Jon (2007), S. 184f.

²² Ibid., S. 183.

²³ Wöhlcke, Manfred (1997), S. 16.

²⁴ Cf.: ibid., S. 32, 33.

²⁵ Barnett, Jon (2007), S. 190.

²⁶ Cf.: ibid., S. 191.

²⁷ Cf.: Dalby, Simon (2007), S. 155.

„Gesellschaftspolitisch gewendet, handelt es sich bei der ökologischen Krise also um eine *systematische Verletzung von Grundrechten*, deren gesellschaftlich labilisierende Langzeitwirkung kaum überschätzt werden kann.“²⁸

Andererseits weil Umweltpolitik ein Teil der internationalen Politik und damit auch der Sicherheitspolitik ist: „Die katastrophischen Folgen des Klimawandels müssen [...] *sichtbar gemacht*, das heißt, sie müssen wirkungsvoll inszeniert werden, damit Handlungsdruck erzeugt wird.“²⁹

Beck spricht im Zusammenhang mit internationaler Umweltpolitik auch von „globaler Subpolitik“, die nicht länger nur von Staaten und Regierungen, sondern auch von privaten Akteuren bestimmt wird: Durch die Mitwirkung von Konzernen, internationalen Organisationen oder einer globalen Zivilgesellschaft entsteht eine selbst organisierte nichtstaatliche Subpolitik.³⁰ „Subpolitik meint, anders gesagt, Gesellschaftsgestaltung, Gesellschaftsveränderung von unten, unabhängig davon, mit welchen politischen Zielen diese Intervention erfolgt.“³¹ Dadurch werden Themen jedoch nicht entpolitisiert, sondern die Grenzen des Politischen erweitert.³²

Umweltwandel ist kein rein technisches Problem, sondern wird, spätestens seit dem Stern Report von 2006, auch als ökonomisches Problem erkannt:

„Die Kosten, die entstehen, wenn wir heute gegen die Klimaerwärmung einschreiten, sind gering im Vergleich zu den Kosten des Nichtstuns. [...] Was die Welt heute in den Klimaschutz investiert, bekommt sie vielfach verzinst zurück.“³³

Diese ökonomische Perspektive ermöglicht es auch Klimaschutz und Umweltsicherheit zu kapitalisieren: „In einem ‚grünen Kapitalismus‘ transnational konstruierter ökologischer Zwangsmärkte steht die Ökologie der Ökonomie nicht länger im Weg.“³⁴ Das heißt, mit Schaffung neuer Regeln und Zielsetzungen (beispielsweise verpflichtende Agrotreibstoffe), kann Konsum von neuen und eventuell teureren Technologien erzwungen werden.³⁵ Dennoch ist diese ökonomische Dimension nicht die Lösung für die Klimakrise, da die Kosten-Nutzen-Aufteilung ungleich verteilt ist: Den größten negativ Beitrag zur Klimakrise haben die Industriestaaten geleistet,

²⁸ Beck, Ulrich (2007), S. 177.

²⁹ Ibid., S. 163.

³⁰ Cf.: ibid., S. 175 – 178.

³¹ Ibid., S. 178.

³² Cf.: ibid., S. 178f.

³³ Ibid., S. 189.

³⁴ Ibid., S. 191.

³⁵ Cf.: ibid., S. 191.

darunter leiden müssen aber vor allem andere und „zur Kasse gebeten“ werden alle Staaten der Welt.³⁶

Ökologische Sicherheit wird also in Verbindung gebracht mit „human security“, mit Globalisierung und mit transnationaler Sicherheit.³⁷ Der Zusammenhang zwischen ökologischer Sicherheit und menschlicher Sicherheit sowie Globalisierung, wurde oben bereits geklärt, was jedoch ist transnationale Sicherheit?

„Transnational security challenges are unconventional, non-military threats to national and human security [...]. Some are clearly unintentional, such as [...] climate change [...]. Others are clearly intentional, such as terrorism [...].“³⁸

All diese Argumente laufen also darauf hinaus, dass der umfassende Sicherheitsbegriff um die Dimension der ökologischen Sicherheit ergänzt werden muss.

2.3. Governance

Der Begriff „Governance“ bezeichnet ein komplexes „Regieren ohne Regierung“, auch über staatliche Grenzen hinweg. Es zeichnet sich durch kooperatives bzw. kollektives Handeln mehrerer Akteure aus und grenzt sich damit von dem Begriff der klassischen nationalstaatlichen Regierung ab. Im deutschen Sprachraum wird dieser Begriff auch als politische Steuerung beschrieben und bezeichnet besondere Formen der „politischen Steuerung“ im Spannungsfeld zwischen Staat und Gesellschaft.³⁹ Dieser besondere Begriff des Regierens bedeutet auch, dass nicht-staatliches Regieren bestimmten Regelungen, Ordnungen oder Systemen folgt. Im Bereich der internationalen Beziehungen wird dieser Begriff mit der Regimeanalyse in Verbindung gebracht und

„[...] erfaßt (sic!) die Mechanismen und Ordnungsmuster, die im internationalen System transnationale Kooperation, labile Gleichgewichte, Stabilität usw. sicherstellen (mit wie ohne formalisierte und fest institutionalisierte Vertragssysteme), erlaubt die Berücksichtigung der NGOs und anderer transnationaler Akteure bzw. Netzwerke [...].“⁴⁰

Dabei gibt es auch weitere Begriffsdefinitionen, die sich mit einem speziellen Problem befassen, wie etwa „Global Governance“ oder „International Governance“. Global

³⁶ Cf.: Beck, Ulrich (2007), S. 193f.

³⁷ Cf.: Matthew, Richard A. (2005), S. 131f.

³⁸ Ibid., S. 132.

³⁹ Cf.: Eising, Rainer/Lenschow, Andrea (2007), S. 326.

⁴⁰ Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (2005), S. 324.

Governance kann sowohl als analytisches Instrument zur Untersuchung von Abhängigkeiten und Zusammenhängen in Mehrebenensystemen, als auch als normatives Modell zur Lösung von globalen Problemen verwendet werden.⁴¹ Das Konzept der Global Governance beschreibt also nicht nur Strukturen, sondern auch politische Prozesse. Auf der Ebene der politischen Prozesse wird in der vorliegenden Arbeit mit dem Begriff der International Governance gearbeitet, der kooperative Entscheidungsprozesse bezeichnet, an denen mindestens drei Staaten in informellen und formellen Formen (Gipfeltreffen und Multilateralismus) beteiligt sind.⁴²

Die Akteure in diesem Analysemodell können dabei nicht nur die klassischen Akteure der internationalen Politik, nämlich Staaten, sondern auch transnationale Akteure, internationale Organisationen und NGOs sein. Diese Einheiten sind Teil der Analyse, da es neue politische Handlungsmöglichkeiten und Herausforderungen gibt, die nicht mehr ausschließlich durch die die klassischen politischen Akteure behandelt werden können.

2.4. Policy-Analyse

Die Politikwissenschaft versucht den Gegenstand Politik anhand von drei Dimensionen zu beschreiben: Polity, Politics und Policy. Alle drei Ebenen sind gleich wichtig und finden parallel zueinander statt. Polity bezeichnet die formale Dimension von Politik, also Strukturen, wie beispielsweise Normen oder Institutionen. Politics bezeichnet die Prozesse der Politik, also die Durchsetzung und Umsetzung von politischen Inhalten. Policy bezeichnet die Inhalte von Politik, also politische Programme im Sinne von Problemlösungsstrategien.

Die klassische Policy-Analyse orientiert sich am Policy-Zyklus der Problemdefinition, Agenda-Setting, Programmformulierung, Implementation und Evaluation beziehungsweise Terminierung beinhaltet.⁴³ Dieser Policy-Zyklus ist dabei nicht abgegrenzt, sondern oft überlappend. Im Fall des Arktiskonflikts ist dieser Zyklus noch nicht abgeschlossen und bei den verschiedenen Akteuren unterschiedlich weit fortgeschritten. Um diese Diskrepanzen genauer herauszuarbeiten, soll ergänzend die Diskursanalyse verwendet werden.

⁴¹ Cf.: Behrens, Maria/Reichwein, Alexander (2007), S. 311.

⁴² Cf.: *ibid.*, S. 313.

⁴³ Cf.: Schneider, Volker/Janning, Frank (2006), S. 50.

Die Policy-Analyse untersucht nicht nur den Prozess der Problementwicklung, sondern auch die beteiligten Akteure und den formellen Rahmen, in dem dieser Prozess stattfindet. Dabei sollen nicht nur die Akteure individuell, sondern auch in ihrer Konstellation zueinander untersucht werden. Eine wichtige Frage, die in diesem Zusammenhang zu behandeln wäre, ist ob es Interessenkonstellationen zu beobachten gibt. Interessenkonstellation untersucht Akteure und stellt

„[...] ihre Interessen, ihre Zahl, die Muster ihrer Koalitionsbildung, die Konfliktintensität ihrer Beziehungen sowie den Grad an Ausdifferenzierung von Interessen und Machtverschiebungen in den Mittelpunkt der Analyse.“⁴⁴

Die inhaltliche Ebene der Policy-Analyse befasst sich mit dem Verlauf der Debatte über das bestimmte Problem, das untersucht werden soll. Diese Ebene soll in der vorliegenden Arbeit mit Hilfe der Diskursanalyse behandelt werden.

Weiters werden auch die so genannten Policy-Frames untersucht, also

„[...] die den einzelnen Problembeschreibungen zugrunde liegenden Interpretationsrahmen (*frames*), die eine Integration von Fakten, Werten, Theorien und Interessen leisten [...]“⁴⁵.

Das bedeutet, dass im Rahmen der Policy-Analyse auch untersucht werden muss, welche Fakten von den Akteuren als wichtig oder unwichtig erachtet werden und wie diese im Hinblick auf ihre Interessen gewertet werden und in eine bestimmte Ideologie passen.

Die Policy-Analyse geht also davon aus, dass ein Problem besteht, das gelöst werden muss. Wenn Probleme aber unterschiedlich wahrgenommen und formuliert werden, gibt es unterschiedliche Lösungsansätze und damit unterschiedliche Entwicklungen des Policy-Prozesses. Um diese Differenzen in die Analyse mit einzubeziehen, soll ergänzend die Diskursanalyse angewandt werden.

2.5. Diskursanalyse

Der Begriff des Diskurses bezeichnet, nach Foucault, eine „[...] abgrenzbare Gruppe von Aussagen, die einen sozialen Gegenstand bzw. eine soziale Praxis konstituieren [...]“⁴⁶. Die Diskursanalyse untersucht die Aussagen und Argumente eines Diskurses,

⁴⁴ Döhler/Manow zit. Nach: Schneider, Volker/Janning, Frank (2006), S. 68.

⁴⁵ Schneider, Volker/Janning, Frank (2006), S. 177.

⁴⁶ Parr, Rolf (2008), S. 235.

als auch die Frage, wie ein Problem durch Diskurs konstruiert wird.⁴⁷ Doch zuerst muss geklärt werden, was Diskurs beinhaltet – die vorliegende Arbeit folgt der Definition von Hajer:

„Discourse is defined here as an ensemble of ideas, concepts, and categories through which meaning is given to social and physical phenomena, and which is produced and reproduced through an identifiable set of practises.“⁴⁸

Untersucht wird also die Problemdefinition und Argumentationsweise, von Hajer auch „story-line“ genannt. Diese so genannte „story-line“ ist die Art und Weise wie der Diskurs geführt wird: Was wird gesagt und was wird nicht gesagt, welche Argumente verwendet werden. Diskurs ist also offen für verschiedene Interpretationen.⁴⁹ Dabei sollen auch das spezifisch verwendete Vokabular und die Rekonstruktion von Grundüberzeugungen der Akteure in die Analyse miteinbezogen werden.

Ein weiterer Faktor der Diskursanalyse ist für Hajer die Diskurskoalition: Eine Diskurskoalition besteht, wenn Ideen und Argumente in derselben Weise verwendet und ausgeübt werden.⁵⁰ Dabei ist es nicht zwingend notwendig, dass zwei Verwendungsweisen deckungsgleich sind: Es ist beispielsweise möglich, dass zwei Diskurse von verschiedenen Ideen ausgehen, aber trotzdem dasselbe argumentative Konzept verfolgen, was von Hajer als Diskurs Affinität bezeichnet wird.⁵¹

Um die Diskursanalyse noch weiter zu spezifizieren, spricht Hajer von der argumentativen Diskursanalyse, die untersucht, wer etwas wie und in welcher Weise sagt und ob und wie darauf reagiert wird.⁵² Dabei werden nicht nur Ideen und story-lines, sondern auch der argumentative Austausch der verschiedenen Positionen untersucht. In diesem Fall soll also untersucht werden, wie die die Akteure im Arktiskonflikt auf die Argumente und Aussagen der jeweils Anderen reagieren. Wichtig dabei sind auch die so genannten „key incidents“, also Ereignisse, die einen wichtigen Einfluss auf die Dynamik des Diskurses haben.⁵³

Hajer spricht auch von der Dominanz der Diskurse, ein Aspekt, der in dieser Arbeit nicht berücksichtigt wird; denn die Diskurse der EU und Kanada, die untersucht werden

⁴⁷ Cf.: Hajer, Maarten A. (2005), S. 299.

⁴⁸ Ibid., S. 300.

⁴⁹ Cf.: ibid., S. 302.

⁵⁰ Cf.: ibid., S. 302, 303.

⁵¹ Cf.: ibid., S. 304.

⁵² Cf.: ibid., S. 305, 306.

⁵³ Cf.: ibid., S. 307.

sollen, sind nicht die einzigen im Arktiskonflikt. Zu untersuchen, welcher dieser beiden Diskurse dominant ist, wäre eine verzerrte Darstellung des Gesamtbildes.

2.6. Zwischenfazit

Die vorliegende Arbeit kombiniert die oben angeführten Theorien folgendermaßen: Ausgehend vom spill-over Konzept des Neofunktionalismus folgt die Annahme, dass Umwelt- und Energiepolitik Teile der europäischen Außenpolitik geworden sind. Das Modell der ökologischen Sicherheit behauptet, dass Umweltprobleme aus sicherheitspolitischer Perspektive betrachtet werden können und müssen und dadurch die Umweltpolitik mit der Sicherheitspolitik verbunden werden kann.

Darauf aufbauend sind die drei wichtigen Politikfelder für die folgende Analyse des Arktiskonflikts die Umwelt-, Energie- und Sicherheitspolitik. Nachdem es sich dabei um einen internationalen Konflikt handelt, kommt auch die Ebene der Governance zum Tragen, da nicht nur staatliche, sondern auch nichtstaatliche Akteure betroffen sind und eine Problemlösung durch kooperatives Handeln bzw. Regieren dieser Akteure möglich wäre. Daher soll die methodische Analyse auf die vier Aspekte Umwelt, Energie, Sicherheit und Governance angewendet werden.

Methodisch wird für diese Analyse eine Kombination aus Policy- und Diskursanalyse verwendet werden. Dabei sollen die Problemkarriere des Arktiskonflikts und die diskursiven Argumente der Akteure, also der Prozess eines Politikfelds, untersucht werden.

3. Der Arktiskonflikt

Die Arktis ist die Region um den Nordpol, die nicht von Landeis-, sondern von Meereismassen beherrscht wird. Trotz der feindlichen Lebensbedingungen, die in dieser Zone jenseits der Baumgrenze vorherrschen, leben in der Arktis ungefähr eine Million Menschen, den Großteil davon stellt die indigene Bevölkerung.

Das ökologische System der Arktis - und damit die dort lebende Bevölkerung - ist vom Klimawandel besonders betroffen: Wegen besonderen klimatischen Bedingungen wird der Temperaturanstieg durch das systemeigene Klima zusätzlich verstärkt – insofern wirken die Polarregionen als klimatisches Frühwarnsystem, da Veränderungen dort am schnellsten sichtbar werden.⁵⁴

Ein Beispiel für die verstärkenden Mechanismen der Arktis ist das Auftauen der Permafrostböden durch den Temperaturanstieg: Zum einen setzt dieser Tauprozess in manchen Regionen Methan frei, das als Treibhausgas den Klimawandel beschleunigt, zum anderen wird der Erdboden instabil und gefährdet die Infrastruktur.⁵⁵ Damit wird deutlich, dass die, durch den Klimawandel veränderte, Arktis ein neues Sicherheitsproblem ist – sowohl in ökologischer als auch in sozialer Hinsicht.

Die Arktis war lange Zeit eine Region, der wenig politisches Interesse geschenkt wurde, da sie weder befahrbar noch nutzbar war. Mit dem Kalten Krieg und der geographischen Nähe der Vereinigten Staaten und Russland in diesem Gebiet wurde die Arktis erstmalig interessant, wenn auch vor allem aus militärischer Perspektive. In dieser Zeit wurde beispielsweise die „Distant Early Warning Line“ gebaut, die als militärisches Frühwarnsystem der USA gegen die Sowjetunion dienen sollte, die jedoch aus heutiger Sicht, vor allem Umweltverschmutzung gebracht hat.⁵⁶

Wegen der durch den Klimawandel ausgelösten, Eisschmelze wurden verstärkt Wirtschaftsinteressen geweckt und mehr oder weniger vehement von Anrainerstaaten und Dritten verfolgt. Durch die neu gewonnene Nutzbarkeit der Arktis gewinnt die Region an strategischer und geopolitischer Bedeutung. Diese kann durch den Klimawandel sogar weltweite Auswirkungen haben. Der Ressourcenabbau bedeutet zusätzlich einen weiteren Eingriff in die sensible ökologische Natur der Arktis.

⁵⁴ Cf.: Frühauf, Markus/Grootveldt, Patrick (2009), S. 83.

⁵⁵ Cf.: *ibid.*, S. 88f.

⁵⁶ Cf.: *ibid.*, S. 149.

Auswirkungen sind in den Bereichen der Umwelt-, Sozial-, Forschungs-, Verkehrs-, Energie- und Sicherheitspolitik zu erwarten.

Um ihre Interessen durchzusetzen, versuchen die Anrainerstaaten ihre Souveränitätsansprüche über das arktische Gebiet international durchzusetzen. Im Zuge dessen kann man vom Versuch einer „Nationalisierung“ der Arktis sprechen. Aber auch Drittstaaten und nichtstaatliche Akteure haben begonnen, eigene Interessen in der Arktis zu verfolgen. Eine detaillierte graphische Darstellung der Gebietsansprüche findet sich im Anhang dieser Arbeit.

Der Arktiskonflikt dreht sich um die Fragen, wem die Arktis gehört und wer sie in welchem Ausmaß nutzen darf. Da diese Fragen noch nicht völkerrechtlich verbindlich geklärt worden sind, erfolgt die Durchsetzung durch die Staaten selbst.

Der geopolitische Konflikt in der Arktis beinhaltet vor allem Aspekte der Umwelt-, Energie- und Sicherheitspolitik, aber auch sozial- und transportpolitische Elemente. Dabei wird der Begriff „Konflikt“ nicht als militärischer Konflikt, sondern im Sinne von Positionsdifferenzen über die Verteilung von Ressourcen gebraucht.⁵⁷

Im folgenden Kapitel soll zuerst dargestellt werden worin die besondere Problematik des Arktiskonflikts besteht, danach wird auf die aktuelle völkerrechtliche Situation und anschließend wird auf die wichtigsten Akteure eingegangen.

3.1. Problemstellung

Zunächst soll in diesem Unterkapitel geklärt werden, warum die Arktis als Region interessant ist, welche Möglichkeiten und welches Konfliktpotential sie beinhaltet. Grundprämisse ist dabei, dass die Arktis durch den Klimawandel und die dadurch mögliche Verringerung des Packeises neue Möglichkeiten in vielen Bereichen bietet, aber auch Gefahren birgt. Jedenfalls ist durch den Klimawandel ein regionaler Konflikt, der vorerst die Anrainerstaaten betroffen hatte, zu einem internationalen Konflikt geworden, in dem auch andere Akteure ihre Interessen durchsetzen wollen. In anderen Worten besteht die Grundannahme darin, dass „[...] Arctic melt does and will continue to pose economic, military and environmental challenges to governance of the region [...]“⁵⁸.

⁵⁷ Cf.: Gärtner, Heinz (2005), S. 72.

⁵⁸ Ebinger, Charles K./Zambetakis, Evie (2009), S. 1217.

3.1.1. Ressourcen

Die wichtigsten Gründe für die geplante Ausbeutung der arktischen Bodenschätze sind die dort vermuteten Öl- und Gasvorkommen, die unterschiedlich hoch eingeschätzt werden. Eine Studie des US Geological Survey beziffert die Vorkommen mit ungefähr „[...] 90 Milliarden Barrel Erdöl und annähernd 50 Billionen Kubikmeter Erdgas [...]“⁵⁹, ein Bericht der Heinrich Böll Stiftung spricht von „[...] bis zu 25% der unerschlossenen Kohlenwasserstoffvorräte der Welt [...]“⁶⁰. Es wird vermutet, dass sich diese Bodenschätze in Hochseegebieten befinden; ein Grund dafür, diesen Bereich der Hohen See, der völkerrechtlich gesehen ein Teil des freien Meeres ist, zu territorialisieren.⁶¹ Allerdings sollen diese Rohstoffe der Hohen See im Bereich des Kontinentalschelfs vorkommen, weshalb die nationale Grenzziehung dort besonders beachtet wird.

„Zu den gesicherten Lagerstätten gehören unter anderem die Barentssee, der Russischen Föderation vorgelagerte Seegebiete, sowie die Gewässer vor Ost-Grönland.“⁶²

Außerdem befinden sich in der Arktis große Fischbestände, womit auch Fischereirechte wichtig werden. Des Weiteren stößt man dort auf Metallvorkommen, wie Gold, Kupfer, Blei, Silber und Zink.

Obwohl die Arktis als eines der fischreichsten Meere der Erde gilt, ist der Fischfang derzeit nur unzureichend reglementiert.⁶³ Um nachhaltige Fischerei zu gewährleisten sind deshalb nicht nur bilaterale, sondern staatenübergreifende Regeln und Kontrollen notwendig.

3.1.2. Schifffahrt

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Schifffahrt: Die aktuelle Situation in der Arktis, nämlich das Packeis, verhindert kommerzielle Schifffahrt, was sich jedoch mit dessen Abschmelzen schnell ändern könnte. Die möglichen Routen, die dadurch befahrbar würden, sind die Nordwestpassage und die Nordostpassage, welche die Strecke von Europa nach Asien erheblich verkürzen würden. Damit verbunden wäre nicht nur eine Zeit-, sondern auch eine Energieersparnis. Derzeit legt ein Schiff von Europa nach

⁵⁹ Braune, Gerd (2009a), S. 41.

⁶⁰ Kefferpütz, Roderick/Bochkarev, Danila (2009), S. 4.

⁶¹ Cf.: Ebinger, Charles K./Zambetakis, Evie (2009), S. 1216.

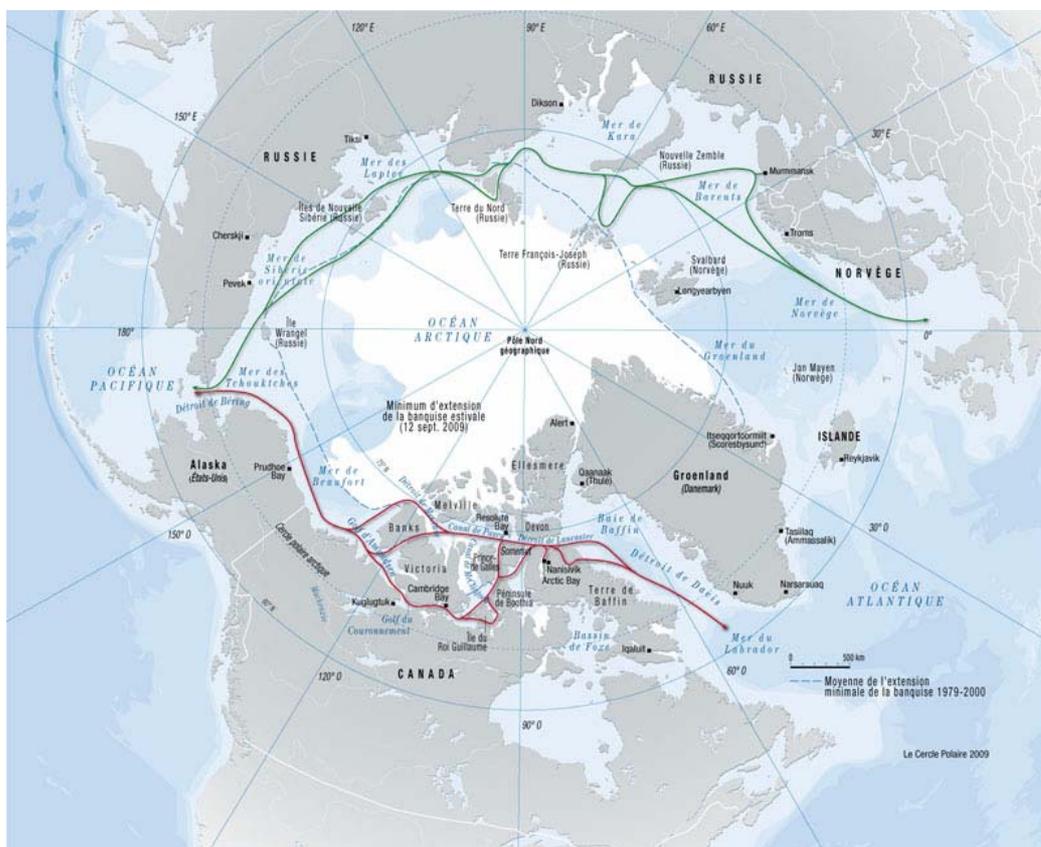
⁶² Winkelmann, Ingo (2007), S. 4.

⁶³ Cf.: Haller, Moritz (2008), S. 127.

Asien, je nach Strecke, 20.000 bis 25.000 Kilometer zurück, durch die Nordwestpassage würde sich diese auf ca. 17.000 Kilometer verkürzen.⁶⁴

Neue Routen durch die Nordwestpassage sind nicht nur für Anrainerstaaten interessant, sondern auch für andere Staaten, wie etwa Japan, das derzeit von der Schifffahrt durch die Straße von Malakka. Diese Straße verläuft zwischen Malaysia und Sumatra und ist stark von Piraterie betroffen. Japan könnte durch eine neue Arktisroute eine wichtige strategische Alternative finden.⁶⁵

Abbildung 1: Die Nordwest- und die Nordostpassage



Quelle: http://www.lecerclepolaire.com/images/news/ouverture_politique/Routes_du_Nord_ecran.jpg
(28.02.2010)

Eisfreiheit bedeutet zwar weniger Packeis, aber auch mehr frei treibende riesige Eisschollen, die das Navigieren von Schiffen erschweren und das Unfallrisiko erhöhen.⁶⁶

⁶⁴ Cf.: Girg, Bastian (2008), S. 4.

⁶⁵ Cf.: Ebinger, Charles K./Zambetakis, Evie (2009), S. 1221.

⁶⁶ Cf.: ibid., S. 1218.

Fraglich ist auch, inwiefern neue Routen durch die Arktis tatsächlich eine Zeit- und Kostenersparnis darstellen. Eisfreiheit bedeutet weniger Packeis, aber kein Nichtvorhandensein von Eis per se. Schifffahrt durch die beiden nördlichen Passagen erfordert also Eisbrecher, die teurer sind als normale Schiffe und außerdem mehr Treibstoff benötigen.⁶⁷

Auch bestehen bezüglich des Rechtsstatus und damit der Nutzung der Nordwestpassage noch Unklarheiten, während die Nordostpassage, die entlang der russischen Küste verläuft, bereits gut ausgebaut ist und die heute, nach einer langen Phase der ausschließlich militärischen Nutzung, in Einzelfällen und gegen hohe Bezahlung auch kommerziell befahrbar ist.⁶⁸

3.1.3. Indigene Bevölkerung und ökologisches System

In der arktischen Region leben verschiedene indigene Völker, über mehrere Nationen verteilt. In Skandinavien leben ungefähr 100.000 Sámi. In Russland stimmen offizielle Angaben (50.000 Menschen) und inoffizielle Schätzungen (250.000 Menschen) zur indigenen Bevölkerung nicht überein. Die Vereinten Nationen gehen von ungefähr 44 verschiedenen indigenen Gruppen in Russland aus, darunter die Evenk, Nenets, Enets und Orok. Ungefähr 20.000 Menschen fühlen sich in Kanada indigenen Gruppen zugehörig, darunter den Inuit.⁶⁹

Ein medial weniger stark beachteter Aspekt ist die Situation der indigenen Bevölkerung. Schon jetzt müssen Wohngebiete umgesiedelt werden, neue Tierarten verdrängen einheimische Arten und zwingen die Bevölkerung, sich an neue Gegebenheiten anzupassen. Dies bedeutet dass sich auch die naturgebundenen Traditionen ändern müssen.⁷⁰

Die indigene Bevölkerung der Region hat vielfach eine ausgeprägte Jagdtradition, die durch die Veränderung des ökologischen Systems stark beeinflusst wird. Andererseits könnte ein zunehmendes Interesse der jeweiligen Regierungen an der Region auch Vorteile oder Chancen für eine verbesserte Infrastruktur und neue Investitionen bedeuten.

⁶⁷ Cf.: Ebinger, Charles K./Zambetakis, Evie (2009), S. 1221f.

⁶⁸ Cf.: Winkelmann, Ingo (2009), S. 13.

⁶⁹ Cf.: United Nations Permanent Forum on Indigenous Issues (2009), S. 1f.

⁷⁰ Cf.: Ebinger, Charles K./Zambetakis, Evie (2009), 1215.

Abbildung 2: Die indigenen Bevölkerungsgruppen der Arktis



Quelle: <http://media-2.web.britannica.com/eb-media/56/5856-004-8BE544F7.gif> (28.04.2010)

Durch die Eisschmelze und die Veränderung der Wassertemperatur wandern auch Fische, was nicht nur Probleme für das ökologische System an sich, sondern auch für Fischereirechte birgt.⁷¹ Eine weitere Befürchtung ist, dass kommerzieller Fischfang der ansässigen Bevölkerung ihrer Existenzgrundlage wegnehmen könnte.⁷²

Auch in Fragen der Governance muss die ansässige Bevölkerung miteinbezogen werden. Dieses Thema kann jedoch stark mit Konflikt beladen sein, wenn man an die unterschiedlichen Vorstellungen bezüglich der Wal- und Robbenjagd der traditionell lebenden indigenen Bevölkerung und in der Europäischen Union denkt. In diesem Fall könnten die andere Vorstellungen die traditionelle Lebensweise gefährden und damit eventuell als Bevormundung empfunden werden, was einer Einigung über die Governance in der Arktis weiter erschweren könnte.⁷³

⁷¹ Cf.: Ebinger, Charles K./Zambetakis, Evie (2009), S. 1218.

⁷² Cf.: Braune, Gerd (2009b), S. 61.

⁷³ Cf.: European Policy Centre (2008).

3.1.4. Vulnerabilität der Arktis

Das Interesse an der Arktis ist ein Konflikt der Industriestaaten, welcher einerseits geographisch und andererseits klima- und energiepolitisch begründet ist. Bisher ist der Konflikt noch nicht direkt militarisiert worden, sondern blieb vornehmlich auf politische Auseinandersetzungen beschränkt. Trotzdem kann man in Anlehnung an das 19. Jahrhundert von einem „Scramble for Arctica“⁷⁴ sprechen.

Hervorzuheben ist auch, dass der Arktiskonflikt kein klassischer regionaler Konflikt ist. Der Grund warum die Region zu einem Objekt staatlicher Interessen geworden ist, ist das Abschmelzen des Packeises durch den Klimawandel und die dadurch verursachte Verfügbarkeit neuer Handelsrouten und Ressourcen. Das Abschmelzen des Packeises hat aber nicht nur eine Auswirkung auf die Ressourcen und Seerouten der Region, sondern zieht mit dem Anstieg des Meeresspiegels weltweite Konsequenzen nach sich.

Wie erwähnt, ist der Konflikt sowohl wirtschaftlicher, sicherheitspolitischer, als auch energiepolitischer Natur. Der letzte Aspekt, nämlich die Umweltpolitik, lässt sich am Besten mit dem Vulnerabilitätskonzept, wie es von Kristina Dietz formuliert wurde, erklären: Vulnerabilität ist ein Begriff der klimapolitischen Debatte und bezeichnet die Betroffenheit (*exposure*), die Anfälligkeit (*sensitivity*) und die Anpassungskapazität (*adaptive capacity*) einer Gesellschaft oder eines natürlichen Systems in Folge des Klimawandels:

„*Exposure* (Betroffenheit/Risikoträchtigkeit) wird verstanden als Eigenschaften [...] eines natürlichen Systems, die das Risiko einen Verlust in Folge eines Ereignisses zu erleiden, bestimmen. Je größer die Risikoträchtigkeit, desto stärker sind die Folgeschäden eines Ereignisses;

Sensitivity (Empfindlichkeit/Anfälligkeit) wird verstanden als Grad der Anfälligkeit eines Systems gegenüber Klimawandel bzw. klimabezogenen Stimuli. Die Folgen können dabei direkter oder indirekter Natur sein. Das IPCC benennt als besonders anfällige sozioökonomische Systeme u.a. [...] Küstenzonen und Marinesysteme [...].

Anpassungskapazität wird verstanden als Fähigkeit eines Systems sich an den Klimawandel anzupassen und potentielle Schäden abzumildern [...].“⁷⁵

Dieses Konzept, auf die Arktis angewendet, könnte folgendermaßen aussehen: die Betroffenheit bzw. Risikoträchtigkeit ebenso wie die Anfälligkeit für den Klimawandel ist in der Arktis besonders hoch, das natürliche System wird irreversibel verändert,

⁷⁴ Fritz-Vannahme, Joachim (2008).

⁷⁵ Dietz, Kristina (2007), S. 164.

beispielsweise durch das Abschmelzen des Packeises, was wiederum Folgen in anderen Systemen nach sich zieht. Die Anpassungskapazität des natürlichen Systems ist fragwürdig und daher ist die internationale Politik gefordert, Lösungen zu finden; in diesem Fall die internationale Umweltpolitik.

3.2. Völkerrechtliche Aspekte

Der Status des arktischen Festlands ist, abgesehen von kleinen Ausnahmen wie Hans Island, weitgehend geregelt. Der Status der arktischen Gewässer dagegen ist noch größtenteils ungeklärt und bietet großes Konfliktpotential.

Die Arktis ist völkerrechtlich gesehen ein Teil der Hohen See und damit, nach dem Grundsatz der Freiheit der Meere, frei von Gebietsansprüchen. Die Arktis ist aber auch ein Gebiet, in das die Interessen und Strategien verschiedener Staaten fallen und bedarf damit auch einer spezifischen Regelung. Ein Regelungsversuch ist das Seerechtsübereinkommen (SRÜ bzw. UNCLOS) der Vereinten Nationen, das sich allerdings auf die Regelung aller seerechtlichen Aspekte und nicht ausschließlich auf die Arktis konzentriert:

„The goal of UNCLOS was to create one legal instrument in which all peacetime ocean regulations could be consolidated, to prevent contradictions among or gaps between existing international laws pertaining to the oceans.“⁷⁶

1994 in Kraft getreten, wurde das Seerechtsübereinkommen seither von 160 Staaten ratifiziert.

Weitere relevante internationale Abkommen die Arktis betreffend sind der Vertrag von Spitzbergen von 1920, der die Souveränität Norwegens über Spitzbergen bestätigt. Zu den Umweltabkommen zählen das Agreement on the Conservation of Polar Bears von 1973; das Kyoto-Protokoll und die Stockholmer Konvention über langlebige organische Schadstoffe.⁷⁷ Auch verschiedene internationale Abkommen über Umweltschutz sind arktisrelevant, wobei sich die „Arctic Environmental Protection Strategy“ besonders mit den spezifischen Bedürfnissen der Region befasst.

Das Seerechtsübereinkommen hat das Meer in verschiedene Zonen aufgeteilt: das Küstenmeer (12 Seemeilen), die Anschlusszone (24 Seemeilen) und die exklusive

⁷⁶ DeSombre, Elizabeth R. (2006), S. 80.

⁷⁷ Cfl.: Braune, Gerd (2009b), S. 60.

Wirtschaftszone (200 Seemeilen).⁷⁸ Mit dieser Konvention wurde die exklusive Wirtschaftszone (EEZ) auf 200 Seemeilen ausgeweitet, was bedeutet, dass damit 35% des Meers unter ihre Regelung fallen.⁷⁹ Die Exklusive Wirtschaftszone ist das Gebiet, in dem ein Staat das Recht auf alle Ressourcen hat – sowohl im Wasser, am Meeresboden und unter dem Meeresboden, weshalb diese Zone besonders im Hinblick auf Energieressourcen für die Staaten von großer Bedeutung ist.

Der Festlandsockel wird wie folgt definiert:

Festlandsockel „bezeichnet den flachen küstenahen Meeresboden, der ca. 200 m [...] unter dem Meeresspiegel liegt. Am Rand des Schelfs, ca. 50-200 km vor den Küstenlinien, fällt der Meeresboden über den Kontinentalhang zum Tiefseeboden in 3000-5000 m Tiefe ab.“⁸⁰

Der Festlandsockel muss aber eine natürliche Verlängerung des Festlands bzw. Landterritoriums sein. Dieser Festlandsockel oder Kontinentalschelf reicht in der Arktis bis weit in das Meer hinein und ist das Gebiet in dem die meisten Rohstoffe vermutet werden und das in der Arktis eine Fläche von ungefähr fünf Millionen Quadratkilometern einnimmt.⁸¹

Der Bereich des Festlandsockels unterliegt den selben Bestimmungen wie die exklusive Wirtschaftszone – auch hier haben die Staaten das alleinige Erforschungs- und Nutzungsrecht an den vorkommenden Ressourcen, was vor allem in der Arktis von großer Bedeutung sein könnte (immer vorausgesetzt, es finden sich tatsächlich Ressourcen).⁸²

Das arktische Meer wird durch den 1800 Kilometer langen Lomonosov-Rücken geteilt, auf den mehrere Staaten als Festlandsockel ihres Territoriums Anspruch erheben, darunter vor allem Russland, aber auch Kanada und Dänemark mit Grönland.⁸³ Diese Ansprüche müssen bei der dafür zuständigen Festlandsockelgrenzkommision geltend gemacht werden, wofür die Staaten zehn Jahre nach der jeweiligen Ratifizierung der SRÜ Zeit haben: Das Seerechtsübereinkommen verlangt für die Festlegung der Festlandsockel eine Empfehlung dieser Kommission, die bisher noch nicht abgegeben wurde. Sollten mehrere Nationen Ansprüche über das gleiche Gebiet stellen, ist auch eine Anrufung des Internationalen Seegerichtshof denkbar.⁸⁴

⁷⁸ Cf. : Haller, Moritz (2008), S. 50.

⁷⁹ Cf.: DeSombre, Elizabeth R. (2006), S. 80.

⁸⁰ Bundeszentrale für politische Bildung (2009).

⁸¹ Cf.: Frühauf, Markus/Grootveldt, Patrick (2009), S. 164.

⁸² Cf.: Neuhold, Hanspeter/Hummer, Waldemar/Schreuer, Christoph (1997), S. 388.

⁸³ Cf.: Schneider, Ulrike (2009), S. 8f.

⁸⁴ Cf.: Girg, Bastian (2008), S. 7.

Ein wichtiger Aspekt des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen ist die Schifffahrt, die im Gebiet der Hohen See unter dem Prinzip der Freiheit der Meere ebenfalls uneingeschränkt möglich ist. Das gleiche gilt aber auch für die exklusive Wirtschaftszone. Anders ist hingegen die Situation in Küstengewässern, wo nur ein Recht auf friedliche Durchfahrt besteht, das vom Küstenstaat nicht beschränkt, sehr wohl aber besteuert werden darf.⁸⁵

Besondere rechtliche Regelungen gibt es bezüglich der Befahrung von Meerengen, die in der Arktis jedoch nicht angewandt werden können. Denn die Nordwest- und die Nordostpassage „[...]“ unterstehen nicht dem internationalen Meerengenregime, da sie nicht von der internationalen Schifffahrt benützt werden.“⁸⁶ Allerdings wird die internationale Schifffahrt in diesem Bereich durch die natürlichen Gegebenheiten, das Packeis, behindert. Daher bleibt abzuwarten, ob sich diese Argumentation mit einer länger anhaltenden Eisfreiheit dieser Passagen und der damit verbundenen Einsetzung der internationalen Schifffahrt ändern wird.

Das Seerechtsübereinkommen wurde von vier der fünf Arktis-Anrainerstaaten, mit Ausnahme der USA, ratifiziert, hat jedoch den Nachteil, dass Interessenskonflikte darin nicht geregelt werden bzw. keine Regeln zur Beilegung solcher vorgeschlagen werden – so ist es beispielsweise nach Artikel 298 möglich, jede Maßnahme zur Konfliktlösung abzulehnen.⁸⁷ Außerdem ist das arktische Meer kein „[...]“ (halb-) umschlossenes Meer gemäß den Artikeln 122 und 123 SRÜ, die eine Zusammenarbeitsverpflichtung der Küstenstaaten enthalten“⁸⁸.

Obwohl das SRÜ von den Vereinigten Staaten nicht ratifiziert wurde, wird dieses Dokument allgemein als legitime rechtliche Rahmenvereinbarung, die arktische Region betreffend, angesehen. Dies wurde auch durch die Deklaration von Ilulissat, nach der gleichnamigen Konferenz, bestätigt. Allerdings wurden bei dieser Gipfelkonferenz Schweden, Finnland und Island nicht berücksichtigt.⁸⁹

Insgesamt ist die Rechtslage der Arktis ein Gemenge aus vielen nationalen und internationalen zumeist unverbindlichen Regeln. Dazu gibt es einerseits die Position, die ein übergreifendes und allgemeines neues Regelwerk fordert, etwa einen neuen

⁸⁵ Cf.: Haller, Moritz (2008), S. 45f.

⁸⁶ Neuhold, Hanspeter/Hummer, Waldemar/Schreuer, Christoph (1997), S. 380f.

⁸⁷ Cf.: Kefferpütz, Roderick/Bochkarev, Danila (2009), S. 2.

⁸⁸ Winkelmann, Ingo (2007), S. 3.

⁸⁹ Cf.: Braune, Gerd (2009b), S. 59f.

Arktisvertrag, andererseits die Position, die darauf hinweist, dass durch die derzeitige Rechtslage die unterschiedlichen Interessenskonflikte flexibler lösbar seien.⁹⁰

3.3. Akteure und Interessen

Die offensichtlichen Akteure in der Arktis sind zunächst einmal die Anrainerstaaten. Um diese zu definieren, muss zunächst folgende Frage geklärt werden: Was ist die Arktis? Die Arktis kann definiert werden als die Region um den Nordpol, um diese Region jedoch genauer einzugrenzen werden die Breitengrade verwendet: Die Arktis ist die Region nördlich des Polarkreises, also das Gebiet nördlich von 66,33 Grad Breite⁹¹.

Abbildung 3 zeigt, welche Staaten demnach als Anrainerstaaten zu bezeichnen sind: Kanada, die Vereinigten Staaten, Russland, Norwegen, Island, sowie die EU-Mitgliedstaaten Finnland, Schweden und Dänemark mit Grönland.

Abbildung 3: Die Anrainerstaaten der Arktis



Quelle: Europäische Kommission: http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/arctic_overview_en.html (18.11.2009).

⁹⁰ Cf.: Winkelmann, Ingo (2009), S. 16.

⁹¹ Cf.: Braune, Gerd (2009b), S. 57f.

Dabei wird jedoch auch zwischen den Arctic-Five (A5) und den Arctic-Eight (A8) unterschieden: Als die Arctic-Five (A5) werden Kanada, die USA, Russland, Dänemark und Norwegen wegen ihres direkten Zugangs zum arktischen Meer bezeichnet. Die Arctic-Eight (A8) erweitern diese fünf Staaten um Island, Schweden und Finnland, die zwar keinen direkten Zugang zum arktischen Meer haben, aber dafür am Polarkreis liegen.⁹²

Weitere Akteure sind der Arktische Rat, der Barents Euro Arctic Council (BEAC), der Inuit Circumpolar Council (ICC), sowie die International Maritime Organization (IMO).

3.3.1. Internationale Organisationen

Der *Arktische Rat* besteht aus den fünf Anrainerstaaten, sowie Island, Finnland und Schweden und ist aus dem, 1991 gegründeten, Diskussionsforum „Arctic Environmental Protection Strategy“ (AEPS) hervorgegangen. Wie der Name des Forums suggeriert, ist der Arktische Rat vor allem für ökologische Fragen zuständig, allerdings kein durchsetzungsfähiges Organ, da die Teilnahme der Staaten sowohl freiwillig als auch unverbindlich ist. Er wird von freiwilligen Beiträgen finanziert.⁹³ Die Hauptaufgabe dieser Organisation ist die Umsetzung der „Arctic Environmental Protection Strategy“, die 1991 verabschiedet wurde.⁹⁴ Außerdem wird der Arktische Rat als Forum verstanden über das sowohl multi- als auch bilaterale Vereinbarungen getroffen werden können, aber nicht müssen. Damit bleibt diese Organisation auf einem rein unverbindlichen Level, hat aber trotzdem Einfluss auf den Diskurs. Die Mitglieder des Arktischen Rats sind dabei nicht auf Staaten beschränkt, sondern beinhalten auch Vertreter der indigenen Bevölkerung aus Nordamerika, Russland und Skandinavien, während nicht-arktische Staaten einen reinen Beobachterstatus erhalten können.⁹⁵

Der *Barents Euro Arctic Council (BEAC)* wurde 1993 von Island, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Russland und der Europäischen Kommission, mit dem Ziel der regionalen und ökologischen Kooperation, gegründet. Auch diesem Organ fehlt es, wie dem Arktischen Rat, an Verbindlichkeit und Durchsetzungs-

⁹² Cf.: Ebinger, Charles K./Zambetakis, Evie (2009), S. 1222.

⁹³ Cf.: Kefferpütz, Roderick/Bochkarev, Danila (2009), S. 3.

⁹⁴ Cf.: Winkelmann, Ingo (2007), S. 6.

⁹⁵ Cf.: Haller, Moritz (2008), S. 59.

fähigkeit, unter anderem, weil Kanada und die USA keine Vollmitglieder, sondern nur Beobachter sind.⁹⁶

Der *Inuit Circumpolar Council (ICC)* wurde 1977 in Alaska gegründet und hat seit 1983 NGO-Status bei den Vereinten Nationen. Dieser Zirkumpolare Rat der Inuit befasst sich mit den Rechten aller arktischen indigenen Völker. Er hat die aktive politische Mitgestaltung in der arktischen Region zum Ziel.⁹⁷ Da durch den Klimawandel und das Interesse der internationalen Staatengemeinschaft, sowie durch transnationale Firmen die traditionelle Lebensweise der indigenen Bevölkerung gefährdet ist, wird eine Mitsprache dieser Gruppe für die Governance der Arktis immer wichtiger.

Die *International Maritime Organization (IMO)* ist eine 1948 gegründete Organisation der Vereinten Nationen, die sich die sichere Schifffahrt und Vermeidung von Meeresverschmutzung zum Ziel gesetzt hat. Es existieren unter anderem vier Ausschüsse, die sich mit den Themen Schiffsicherheit, Recht, technische Zusammenarbeit und Schutz der Meeresumwelt befasst. Der Schiffsicherheitsausschuss hat beispielsweise Richtlinien für die Schifffahrt in arktischen Gewässern empfohlen.⁹⁸

3.3.2. Kanada

Kanada verfolgt seine Interessen in der Arktis allein auf Grund der geographischen Nähe schon wesentlich länger als die EU. Gebietsansprüche stellt Kanada in der Region seit 1925, die mit Hilfe der Sektorentheorie legitimiert werden: Kanada erklärte damals

„[...] die in einem durch Längengrade (ausgehend von den Staatsgrenzen an der Nordküste) abgegrenzten, von der kanadischen [...] Nordküste bis zum Nordpol reichenden Sektor befindlichen, entdeckten oder noch nicht entdeckten Inseln zu kanadischem [...] Territorium“⁹⁹.

Das bedeutet also, dass ein Gebiet, ausgehend von einem bestimmten Punkt, tortenstückartig beansprucht wird.

Diese territorialen Ansprüche wurden dabei nicht nur auf Land-, sondern auch auf Wassermassen ausgedehnt, obwohl weder eine effektive Herrschaft, noch eine Entdeckung, sondern ausschließlich die geographische Nähe Grund für die Hoheits-

⁹⁶ Cf.: Kefferpütz, Roderick/Bochkarev, Danila (2009), S. 3.

⁹⁷ Cf.: Haller, Moritz (2008), S. 60f.

⁹⁸ Cf.: Grant, John P./Barker, J. Craig (Hrsg.) (2004), S. 253.

⁹⁹ Neuhold, Hanspeter/Hummer, Waldemar/Schreuer, Christoph (1997), S. 381.

ansprüche waren. Diese sind allerdings wegen vehementer Bestreitung der Sektorentheorie (vor allem durch Norwegen und die USA) nie allgemein anerkannt worden.¹⁰⁰

In Bezug auf die Schifffahrt ist für Kanada vor allem die Nordwestpassage von Bedeutung: Zwei der sieben Routen können von tiefgehenden Schiffen befahren werden, allerdings nur, wenn die Passage eisfrei ist (was, wenn überhaupt, nur im August und September möglich ist) und unter erschwerten Bedingungen, wie beispielsweise dem Mangel an Häfen oder Seekarten mit wichtigen Markierungen. Zudem wird die Nordwestpassage von Kanada als Teil der inneren Gewässer betrachtet und nicht als internationale Seestraße, wie die USA das tun.¹⁰¹

Kanada nimmt derzeit eine Vermessung des Meeresbodens vor, um die Ergebnisse bezüglich eines Festlandssockels bis zum Ablauf der Frist 2013 der Festlandssockelgrenzkommission der Vereinten Nationen vorzulegen.

Eine genaue Darstellung und Analyse der kanadischen Arktispolitik folgt in Kapitel 6.

3.3.3. Russland

Russlands Engagement in der arktischen Region dauert schon viele Jahrzehnte. Während der Sowjetunion vor allem zu militärischen Zwecken genutzt, gewinnt derzeit die Ressourcenpolitische Komponente an Gewicht. Im Vergleich zu Kanada verfügt die russische Arktis über eine bessere Infrastruktur und mehr Einwohner. So leben beispielsweise an die 210.000 Menschen in der Stadt Yakutsk, in der russischen Teilrepublik Sacha – doppelt so viel wie die gesamte Bevölkerung der drei kanadischen Arktisprovinzen ausmacht.¹⁰²

Ebenso wie Kanada untermauert auch Russland seine Gebietsansprüche durch die Sektorentheorie.¹⁰³ Zunächst wurden die Souveränitätsansprüche nur auf Landmasse und Inseln gestellt, die juristische Praxis hat dieses Prinzip in den 1920er Jahren auch auf Gewässer ausgeweitet.¹⁰⁴ Dabei ist Russland der größte Arktisanrainerstaat, mit einer Küstenlinie, die beinahe die Hälfte der Arktis umfasst.¹⁰⁵

¹⁰⁰ Cf.: Neuhold, Hanspeter/Hummer, Waldemar/Schreuer, Christoph (31997), S. 381.

¹⁰¹ Cf.: Haller, Moritz (2008), S. 56f.

¹⁰² Cf.: Coates, Ken S. et al. (2008), S. 199f.

¹⁰³ Cf.: Neuhold, Hanspeter/Hummer, Waldemar/Schreuer, Christoph (31997), S. 381.

¹⁰⁴ Cf.: Elliot-Meisel, Elizabeth B. (1998), S. 122.

¹⁰⁵ Cf.: Haller, Moritz (2008), S. 68.

Die erste russische Polarmeeerflotte wurde schon vor 1917 gegründet. Sie wurde im Verlauf des Kalten Kriegs von der Sowjetunion aus strategischen Gründen, ebenso wie der Hafen Murmansk, erheblich ausgebaut.¹⁰⁶ Seit dieser Zeit wird die Nordostpassage, die immer noch militärisch von Bedeutung ist, vor allem als innerstaatliche Route genutzt.

Die Arktis ist für Russland von mehrfachem Interesse: Klimapolitische Aspekte werden durch den Klimawandel immer wichtiger, auch in Bezug auf die Ressourcenpolitik. Aber vor allem durch den militärisch-strategischen Bedeutungszuwachs der Region während der Zeit der Sowjetunion ist die Region von außerordentlicher Wichtigkeit.

Derzeit wird seitens Russland eine eher forsche Politik in der Arktis verfolgt: Verstärkte militärische Präsenz soll die Souveränität der Russischen Föderation untermauern. Außerdem wird die Arktis seit den Zeiten der Sowjetunion stark militärisch genutzt, beispielsweise durch den Hafen von Murmansk, für die russische U-Bootflotte und als Lagerungsort von Atommüll.¹⁰⁷

Energiapolitisch ist derzeit vor allem das Gasfeld Shtokman in der Barentssee von Interesse. Dieses Vorkommen gilt als das größte Offshore-Gasfeld der Welt, das jedoch nur mit ausländischer Hilfe gefördert werden kann, da es russischen Firmen an geeignetem Wissen fehlt.¹⁰⁸ Auf Grund diplomatischer Schwierigkeiten wurde zwischenzeitlich eine norwegische Beteiligung abgelehnt. Wegen der Bedeutung des Gasfelds, auf dem etwa vier Billionen Kubikmeter Erdgas vermutet werden, ist eine westeuropäische Mitwirkung aber schlussendlich notwendig.¹⁰⁹

Russland verfolgt die Durchsetzung seiner Interessen sehr stark auf internationaler Ebene, zeigt jedoch auch durch eigenmächtige Handlungen, wie etwa das Versenken einer russischen Flagge auf dem arktischen Meeresgrund, seine (vermeintliche) Durchsetzungsfähigkeit. Dieser symbolische Akt, als Zeichen der Souveränitätsansprüche, hat diesen Konflikt politisch stark verschärft und seine Dringlichkeit erhöht.¹¹⁰

¹⁰⁶ Cf.: Frühauf, Markus/Grootveldt, Patrick (2009), S. 150.

¹⁰⁷ Cf.: Winkelmann, Ingo (2009), S. 8, 9-

¹⁰⁸ Cf.: Girg, Bastian (2008), S. 6.

¹⁰⁹ Cf.: Haller, Moritz (2008), S. 70.

¹¹⁰ Cf.: Braune, Gerd (2009b), S. 58.

Um die Souveränitätsansprüche international durchzusetzen hat Russland das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen ratifiziert und Forschungsergebnisse zum russischen Festlandsockel (dem Lomonosov-Rücken) vorgelegt.¹¹¹ Diese Ergebnisse sollen den russischen Anspruch auf ungefähr 45 Prozent des arktischen Gebietes untermauern.¹¹² Diese Ergebnisse wurden erstmals 2001 eingereicht, was jedoch bis 2011 ein weiteres Mal geschehen muss, da weitere wissenschaftliche Belege erforderlich sind.¹¹³ Die dabei vorgelegten Ansprüche umfassen ein Gebiet von etwa 1,2 Millionen km² inklusive Nordpol, wobei die Unzulänglichkeit der wissenschaftlichen Daten vor allem von Kanada, Dänemark und den USA kritisiert wurde.¹¹⁴ Die Vorlage der Gebietansprüche bei der Kommission zur Festlandsockelbegrenzung zeigt aber auch, dass Russland sich nicht länger ausschließlich auf die Sektorentheorie stützt, sondern vermutlich größere Chancen in der internationalen Kooperation sieht, diese zu legitimieren.

3.3.4. USA

Die ersten US-amerikanischen Ansprüche auf die Arktis wurden 1924 gestellt, und seitdem fortlaufend behauptet. Dabei bedienen sich die Vereinigten Staaten stärker bilateraler Methoden und haben, im Gegensatz zu Russland, die UN-Seerechtskonvention bis heute nicht ratifiziert.¹¹⁵ Die Vereinigten Staaten kontrollieren, verglichen mit Kanada und Russland, ein relativ kleines arktisches Gebiet.

Besonders während des Kalten Krieges war die Arktis von großer militärischer und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Vereinigten Staaten. Der energiepolitische Aspekt beschränkt sich nicht nur auf die bekannten Öl- und Gasreserven vor der Küste Alaskas, sondern auch auf die vermuteten, aber noch nicht entdeckten, Bodenschätze in der Arktis.¹¹⁶

Innenpolitisch gesehen gibt es starke Differenzen zwischen der Öllobby und der indigenen Bevölkerung, vor allem im Kampf um die Genehmigung der Ölförderung im Arctic National Wildlife Refuge, einem Naturschutzgebiet in Alaska. Für die Ölvorkommen in diesem Gebiet liegen nur Schätzungen vor, die zwischen 150 Millionen

¹¹¹ Cf.: Kefferpütz, Roderick/Bochkarev, Danila (2009), S. 6.

¹¹² Cf.: *ibid.*, S. 7.

¹¹³ Cf.: Ebinger, Charles K./Zambetakis, Evie (2009), S. 1226.

¹¹⁴ Cf.: Haller, Moritz (2008), S. 72f.

¹¹⁵ Cf.: Kefferpütz, Roderick/Bochkarev, Danila (2009), S. 8.

¹¹⁶ Cf.: *ibid.*, S. 8.

und 100 Milliarden Barrel schwanken, wobei letztere sehr zur Energiesicherheit der USA beitragen würde.¹¹⁷

Am 9. Jänner 2009 wurde eine neue Direktive der Bush-Administration für die Arktisregion veröffentlicht, die sowohl sicherheitspolitische, umweltpolitische als auch energiepolitische Aspekte enthält und die internationale Kooperation anspricht. Die wichtigsten Punkte¹¹⁸ der Direktive lauten wie folgt: (1) Nationale Sicherheit gewährleisten, (2) Umwelt und Ressourcen schonend behandeln, (3) nachhaltige ökonomische Entwicklung, (4) verstärkte internationale Kooperation mit den acht arktischen Anrainerstaaten, (5) Miteinbeziehung der indigenen Bevölkerung, sowie (6) Förderung der Wissenschaft und Forschung.

In dieser Direktive wird klar formuliert, dass diese Ziele, die in die Bereiche der Sicherheits-, Umwelt- und Energiepolitik fallen, sowohl in Kooperation mit anderen Staaten, als auch alleine durchgesetzt werden sollen. Die Vereinigten Staaten vertreten in Bezug auf die Nord-West-Passage die Position der Freiheit der Meere und bezeichnen sie als „strait used for international navigation“¹¹⁹ – eine Position die der Kanadas widerspricht. Die Differenzen mit Kanada im Bereich der Beaufort Sea werden in der Direktive ebenfalls anerkannt, legen aber auch die Vermutung nahe, dass die USA eine Verschärfung dieses bilateralen Konflikts erwarten könnten.

In der Direktive wird auch die Wichtigkeit von International Governance in der Region angesprochen und die Position vertreten, dass diese innerhalb der bestehenden Strukturen der Vereinten Nationen, des Arktischen Rats und der IMO geschehen soll und daher ein neuer Vertrag über die Arktis (in Anlehnung des Vertrags über die Antarktis) nicht notwendig sei. Viel wichtiger sei es, durch wissenschaftliche Forschung die Auswirkungen der Ressourcenausbeutung in der Region zu untersuchen und nachhaltig zu gestalten. Dabei sollen sowohl ökologische als auch soziale Aspekte, nämlich die der ansässigen Bevölkerung, berücksichtigt werden. Die wichtigsten Aufgabengebiete sind demnach Schifffahrt, Ressourcenpolitik sowie Umweltpolitik.

Obwohl die Vereinigten Staaten an einer internationalen Lösung interessiert sind, haben sie das UNCLOS-Abkommen nicht ratifiziert, sondern verlassen sich derzeit auf (Völker-) Gewohnheitsrecht.¹²⁰ Dennoch wurde die Debatte über einen Beitritt zum Seerechtsübereinkommen in jüngster Zeit in den USA wieder belebt, um die Chancen

¹¹⁷ Cf.: Haller, Moritz (2008), S. 113f.

¹¹⁸ Cf.: The White House (2009).

¹¹⁹ Ibid.

¹²⁰ Cf.: Ebinger, Charles K./Zambetakis, Evie (2009), S. 1225.

der Interessensdurchsetzung zu erhöhen.¹²¹ Es bleibt abzuwarten ob die Vereinigten Staaten eine Strategie der bilateralen Druckausübung oder der multilateralen Zusammenarbeit zur Durchsetzung ihrer Souveränitätsansprüche in der Arktis verfolgen werden. Die Direktive macht die grundsätzliche Bereitschaft deutlich, im Rahmen bereits vorhandener Institutionen mit anderen Staaten zu kooperieren, schließt aber einen Vertrag über die Arktis, so wie er von der EU bevorzugt wird, aus.¹²²

3.3.5. Dänemark

Durch die Lage Grönlands ist auch Dänemark ein Anrainerstaat der Arktis und verfolgt ebenso Souveränitätsansprüche. Dadurch ist Dänemark aber auch vom Status Grönlands als selbst verwaltete Provinz Dänemarks abhängig. Denn Grönland verfügt sowohl selbst über große Öl- und Gasreserven, sondern begründet auch die dänischen Ansprüche auf die in der Arktis vermuteten Bodenschätze durch seine Lage. Auch wertvolle Mineralien wie Diamanten und Gold können dank der Eisschmelze in Grönland abgebaut werden.

Auch Grönland profitiert von seinem Status als selbst verwaltete Provinz in finanzieller bzw. ökonomischer und sozialer Hinsicht. Im Vergleich zur kanadischen arktischen Bevölkerung finden sich in Grönland durchschnittlich ein höherer Bildungsgrad und ein ausgeprägtes bikulturelles Verständnis.¹²³

Dänemark bezieht sich, ebenso wie Russland auf den Lomonosov-Rücken als Festlandsockel, der das Festland mit dem arktischen Meeresboden verbindet. Dementsprechende Forschungsergebnisse werden von kanadischer Seite unterstützt, da Kanada und Dänemark, mit Ausnahme des Disputs um die Zugehörigkeit von Hans Island (der in Kapitel acht genauer erläutert wird), keine Gebietskonflikte miteinander haben.¹²⁴ Dänemark hat das UNCLOS-Abkommen ratifiziert und muss seine Ansprüche bezüglich des Festlandsockels bis 2014 einreichen. Grenzstreitigkeiten mit Norwegen wurden im Februar 2006 mit einem Abkommen über die Begrenzung des Festlandsockels und der Fischereirechte zwischen Grönland und Norwegen beigelegt.¹²⁵

¹²¹ Cf.: Winkelmann, Ingo (2009), S. 8.

¹²² Cf.: The White House (2009).

¹²³ Cf.: Coates, Ken S. et al. (2008), S. 199.

¹²⁴ Cf.: Kefferpütz, Roderick/Bochkarev, Danila (2009), S. 8f.

¹²⁵ Cf.: Haller, Moritz (2008), S. 83.

Ein Vorteil Dänemarks liegt in der gut ausgerüsteten Marine, die den arktischen Bedingungen angepasst ist und den Souveränitätsansprüchen gegebenenfalls Nachdruck verleihen könnte, wobei militärische Aktionen von Seiten Dänemarks eher auszuschließen sind.

Dänemark versucht nicht nur seine eigenen Ansprüche in der Region durchzusetzen, sondern auch sich als wichtiger Akteur international zu platzieren: So wird etwa von dänischer Seite aktiv für eine stärkere arktische Kooperation geworben und Konferenzen der fünf größten Anrainerstaaten einberufen.¹²⁶

3.3.6. Norwegen

Die Förderung von Ergas und Erdöl in der Nordsee trägt heute ungefähr 20 Prozent zum norwegischen BIP bei, wobei die Ölfelder zu 75 Prozent ausgeschöpft sind – daher ist die Arktis und ihre Bodenschätze für Norwegen von besonderer Bedeutung.¹²⁷ Norwegens energiepolitische Ansprüche beziehen sich vor allem auf die Region um Spitzbergen, die nach dem Vertrag von Paris von 1920 dem norwegischen Hoheitsgebiet zugesprochen wird, aber anderen Staaten das Recht zu wirtschaftlichen Nutzung gewährt.¹²⁸

Norwegen sieht im spitzbergischen Festlandssockel eine Fortführung des norwegischen Festlands, was jedoch von Russland angefochten wird. Russland ist in der Barentssee nicht nur wegen dieser Streitigkeiten, sondern auch wegen ökologischen Problemen, wie Umweltverschmutzung und Atommüll, ein großer Konkurrent Norwegens.¹²⁹ Den Antrag zur Ausweitung wegen eines bestehenden Festlandssockels hat Norwegen im Jahr 2006 bei der zuständigen Kommission der Vereinten Nationen eingereicht.¹³⁰

Ein bedeutender Vorteil bei der Förderung der Rohstoffe ist der große Wissens- und Erfahrungsschatz der norwegischen Energiekonzerne in der Förderung von Rohstoffen unter schwierigen klimatischen und geographischen Bedingungen.¹³¹

Norwegen ist stark im Governance-Prozess in der Region engagiert und befürwortet auch den diesbezüglichen Einsatz der Europäischen Union.¹³² Denkbar wäre auch

¹²⁶ Cf.: Kefferpütz, Roderick/Bochkarev, Danila (2009), S. 8.

¹²⁷ Cf.: Haller, Moritz (2008), S. 76.

¹²⁸ Cf.: Kefferpütz, Roderick/Bochkarev, Danila (2009), S. 7.

¹²⁹ Cf.: *ibid.*, S. 7.

¹³⁰ Cf.: Winkelmann, Ingo (2009), S. 7.

¹³¹ Cf.: Girg, Bastian (2008), S. 7.

¹³² Cf.: European Policy Centre (2009).

eine zukünftige Zusammenarbeit zwischen Norwegen und der EU, da die Durchsetzung arktischer Interessen Norwegens, als wichtiger Energielieferant der EU, für beide Seiten von großer Bedeutung wäre. Dabei ist aber immer zu bedenken, dass Norwegen einen Mittelweg zwischen seinen wichtigen energiepolitischen Beziehung zur EU und seinem machtpolitisch überlegenen Nachbarn Russland finden muss, um seine Stellung und Souveränität in der Arktis weiterhin zu behaupten und durchzusetzen.

Eine Lösung des russisch-norwegischen Grenzkonflikts in der Barentssee wurde am 27. April 2010 öffentlich gemacht. Das Abkommen teilt das umstrittene Gebiet in zwei Teile von ungefähr derselben Größe. Auch Fischereirechte und Kooperation in der Öl- und Gasförderung wird in diesem Dokument geregelt. Detaillierte Verhandlungen stehen der Signatur noch bevor, doch schon jetzt ist dieses Abkommen als Meilenstein zu werten.¹³³

3.3.7. Finnland, Schweden und Island

Island, Schweden und Finnland gelten zwar als Arktisanrainerstaaten, wobei Island genau genommen als sub-arktischer Staat angesehen wird und keiner dieser Staaten eine arktische Küste besitzt. Daher sind Schweden und Finnland im Rennen um die Geltendmachung der Ansprüche auf potentielle Festlandssockel in der Arktis nicht relevant. Und die Frist zur Vorlegung der Festlandssockelansprüche ist für Island bereits 2005 abgelaufen.¹³⁴

Finnland verfolgt in der Arktis die Ziele des Umweltschutzes, verbesserter internationaler Kooperation und Durchsetzung nationaler wirtschaftlicher Interessen.¹³⁵ Finnland vertritt dabei die Position, dass der Meeresboden nicht einzelnen Nationalstaaten zugeordnet werden sollte, sondern als allgemeines Erbe der Menschheit gilt.¹³⁶ Allgemein betrachtet sich Finnland als wichtiger arktischer Akteur, mit starken wirtschaftlichen, politischen und Sicherheitsinteressen, dessen Arktispolitik in enger Verbindung mit der Arktispolitik der Europäischen Union erfolgt.

Schweden besitzt vor allem einen großen technischen Wissensvorsprung im militärischen Bereich, allerdings ist dieser Staat auf Grund der fehlenden arktischen Küstenlinie von geringerer politischer Bedeutung für die A5. Denkbar für Schweden

¹³³ Cf.: Phillips, Leigh (2010).

¹³⁴ Cf.: Winkelmann, Ingo (2007), S. 6.

¹³⁵ Cf.: Stubb, Alexander (2009), S. 2.

¹³⁶ Cf.: *ibid.*, S. 9.

wäre daher eine starke Kooperation mit der Europäischen Union. Derzeit tritt Schweden für eine stärkere internationale Zusammenarbeit im Rahmen des Arktischen Rats ein und betont fortwährend seinen Status als arktischer Anrainerstaat, der besonders von den klimatischen Auswirkungen in der Region betroffen sein wird und daher ein Mitspracherecht besitzt.¹³⁷

Island engagiert sich für mehr Zusammenarbeit im Arktischen Rat, vermutlich auch deshalb, da Islands verhältnismäßig schwache Position als sub-arktischer Staat dadurch mehr Mitspracherecht bei den A5 erwartet. Islands Position in der Arktis könnte aber auch durch einen Beitritt zur Europäischen Union gestärkt werden, wobei dadurch im Gegenzug auch der EU mehr Gewicht in der Region verliehen würde.

Diese drei Staaten wurden in jüngster Zeit in den multilateralen Kooperationsbemühungen der A5 mehr und mehr vernachlässigt. So wurden sie etwa weder auf die Ilulissat- noch auf deren Nachfolgekonferenz eingeladen, obwohl alle drei Staaten permanente Mitglieder des Arktischen Rats sind. Allgemein wäre eine Stärkung der machtpolitischen Stellung dieser drei Staaten durch eine engere Verflechtung mit der Arktispolitik der Europäischen Union denkbar, von der die EU selbst auch wesentlich profitieren würde und ihre Legitimation als arktischer Akteur ableiten könnte.

3.3.8. Die Deklaration von Ilulissat

Die bereits erwähnte Deklaration von Ilulissat, nach dem gleichnamigen Gipfeltreffen der fünf Anrainerstaaten Kanada, USA, Dänemark, Norwegen und Russland ist zwar kein politisch oder rechtlich verbindliches Dokument, für den Diskurs des Arktiskonfliktes jedoch von großer Bedeutung.

Die im Mai 2008 in Grönland ausgerichtete Konferenz hat unter Ausschluss von Island, Schweden und Finnland stattgefunden und damit erstmals eine eindeutige Abgrenzung zwischen den A5 und den restlichen Anrainerstaaten gezeigt. Die Konferenz kann als Antwort auf die russische Flaggenaktion verstanden werden. Diese Aktion hat deutlich gemacht, dass internationale Kooperation in der Arktis dringend notwendig ist um eine Eskalation des Konflikts zu vermeiden.

Inhaltlich bekennen sich die A5, auch die USA, eindeutig zum Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen als rechtliche Rahmenbedingung und

¹³⁷ Cf.: Freivalds, Laila (2004), S. 1.

schließen einen neuen Arktisvertrag dezidiert aus. Das ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass ein neues internationales Abkommen die Nutzung der Bodenschätze und die Souveränität der Anrainerstaaten einschränken würde.¹³⁸ Außerdem wird die Bedeutung von ökologischer Nachhaltigkeit betont, ohne konkrete Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels zu formulieren. Allgemeine Zusammenarbeit sowie Kooperation in den Bereichen Wissenschaft und Forschung soll, unter Miteinbeziehung von Dritten, forciert werden.

Die eigentliche Bedeutung dieser Deklaration liegt weniger in den Bereichen der Umwelt- oder Forschungspolitik, als in der Tatsache, dass sich die A5 als dominierende Parteien im Arktiskonflikt sehen, denen die wesentliche Gestaltung der völkerrechtlichen Regelung obliegt.¹³⁹ Die drei übrigen Anrainerstaaten wurden außen vorgelassen und auch die Miteinbeziehung anderer Drittstaaten bleibt offen. Das zeigt die möglichen Schwierigkeiten, „[...] die Anrainerstaaten des Arktischen Ozeans zu einer Haltung zu bewegen, die bei der Diskussion der kommenden Herausforderungen im arktischen Raum offener für die Beteiligung Dritter ist“¹⁴⁰.

Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen ist, laut dieser Deklaration, das einzig notwendige Regelwerk in der Arktis. Allerdings können zukünftige Abkommen oder Verträge nicht alleine durch die Deklaration von Ilulissat ausgeschlossen werden. Es zeigt vor allem den Willen der A5 nur Anrainerstaaten mit arktischer Küstenlinie als wichtige Akteure zu betrachten. Demzufolge würden nur diese Staaten in den Problemlösungsprozess miteinbezogen werden. Dabei stellt sich die Frage, wie wichtig die Kooperation im Arktischen Rat von den A5 erachtet wird?

Die nächste Konferenz der A5 wurde im März 2010 im Vorfeld eines G8-Gipfels in Chelsea, Kanada abgehalten. Auch hier waren Schweden, Finnland und Island, ebenso wie Vertreter der indigenen Bevölkerung, nicht geladen. Diese exklusiven Treffen lassen eine Konfliktlinie zwischen den A5 und den restlichen drei Anrainerstaaten vermuten. US-Außenministerin Hillary Clinton hat dabei ihre Sorge zum Ausdruck gebracht, den Konflikt nicht durch Ausgrenzung weiter zu verschärfen. Ihr kanadischer Amtskollege Lawrence Cannon hat jedoch betont, dass die Staaten mit arktischer Küstenlinie vorrangig betroffen wären und damit besser geeignet scheinen arktische Problemstellungen zu behandeln.¹⁴¹ Es scheint jedoch als wären die A5

¹³⁸ Cf.: Winkelmann, Ingo (2008), S. 2.

¹³⁹ Cf.: *ibid.*, S. 2.

¹⁴⁰ *Ibid.*, S. 3.

¹⁴¹ Cf.: Sheridan, Mary Beth (2010).

bereit diese exklusiven Treffen weiterhin parallel zur Arbeit im Arktischen Rat zu veranstalten.

3.4. Zwischenfazit

Die verschiedenen staatlichen Positionen zeigen vor allem, dass trotz aller Unterschiede, die Interessen sehr ähnlich sind. Diese orientieren sich durchgehend an umwelt-, energie- und sicherheitspolitischen Aspekten. Um die zwischenstaatlichen und internationalen Konflikte zu lösen, plädieren die fünf großen Anrainerstaaten für eine stärkere Nutzung bereits bestehender Institutionen, während auch neue Formen der Governance formuliert werden, namentlich ein internationales Abkommen zum Schutz der Arktis.¹⁴²

Die Positionen bezüglich der Governance in der Arktis reichen also von territorialer Aufteilung, über Freiheit der Meere - und damit freiem Zugang für alle Staaten - bis zu einem neuen international verbindlichen Abkommen.

Diese Positionen lassen sich alle auf einen gemeinsamen Faktor zurückführen: Kontrolle über die potentiellen Ressourcen und Nutzungsmöglichkeiten der Arktis. Obwohl diese Interessen nicht in absehbarer Zeit umgesetzt werden können, ist es doch notwendig, schon jetzt nach Lösungen zu suchen. Allerdings ist dabei auch immer zu bedenken, dass die Arktis nicht vollständig erforscht ist. Es gibt keine Garantie dafür, dass Bodenschätze im erwarteten Ausmaß vorhanden sind oder dass neue Schifffahrtsrouten finanziell und ökologisch rentabel sind.

Das Interesse an der Arktis beruht derzeit daher auf Annahmen und Erwartungen. Die Bedeutung der Arktis wird weiter steigen, sollten sich diese Aussichten erfüllen. Weitere Faktoren für einen Bedeutungszuwachs des Arktiskonflikts wären etwa ein Anstieg des Ölpreises, der die Entwicklung neuer, kostspieliger und eis-kompatibler Technologien rentabel machen würde, oder wenn die rechtliche Situation verbindlich geklärt wäre, um Investitionen in der Region ökonomisch vorteilhaft zu gestalten.¹⁴³

Um die Souveränitätsansprüche angemessen durchzusetzen, wäre eine militärische Austragung des Konflikts denkbar. Schon jetzt hat die militärische Präsenz in der Region deutlich zugenommen. Allerdings ist auch zu bedenken, dass die meisten

¹⁴² Cf.: Ebinger, Charles K./Zambetakis, Evie (2009), S. 1231.

¹⁴³ Cf.: *ibid.*, S. 1232.

Staaten eher ihre Souveränitätsansprüche sichern wollen, als eine militärische Konfrontationsstrategie zu verfolgen.¹⁴⁴

Der Gegensatz zu klar definierten Staatsgebieten in der Arktis wäre der schon angesprochene Vertrag über die Arktis. Diese Idee wurde in Anlehnung an den Vertrag über die Antarktis von 1959 formuliert, dessen Beginn im Polarjahr 1957-58 liegt. Das letzte internationale Polarjahr 2007-08 hat dementsprechend Hoffnungen geweckt, dass es Anreize auf einen Vertrag über die Arktis geben würde. Denn der Vertrag über die Antarktis hat die Aufteilung in Staatsgebiete und ökonomische Ausbeutung zugunsten einer friedlichen Zusammenarbeit verhindert.¹⁴⁵

Eine Nachahmung dieses Vertrags erscheint jedoch zweifelhaft, da sowohl die anwesenden Anrainerstaaten auf der Ilulissat Konferenz, als auch die EU erklärt haben, dass die vorhandenen rechtlichen Rahmenbedingungen zur Konfliktlösung ausreichend sind. Außerdem würde ein solcher Vertrag einen Verzicht auf die Souveränitätsansprüche und die Ausbeutungsrechte der Ressourcenvorkommen verlangen, was aus derzeitiger Sicht sehr unwahrscheinlich ist, da es auch keinen starken aktiven Befürworter gibt. Insofern erscheint eine kooperative Nutzung der arktischen Bodenschätze fraglich.¹⁴⁶

Die Nachfrage nach fossilen Ressourcen bleibt ungebrochen hoch - verbunden mit dem Schlagwort der Energiesicherheit ist das Interesse groß, sich neue Ressourcenvorkommen zu sichern. Aber die Arktis bietet nicht nur energiepolitische Möglichkeiten, sondern auch umweltpolitische Gefahren. Außerdem bedeutet eine Nutzung der Region keine ausschließliche Nutzung durch Staaten – das riesige und schwer kontrollierbare Gebiet könnte auch neue Möglichkeiten für illegale Aktionen bieten.¹⁴⁷ Damit ist klar, dass Prozesse und Vorkommnisse in der Arktis nicht auf dieses Gebiet beschränkt bleiben, sondern globale Auswirkungen haben könnten.

Außerdem sind nicht nur staatliche Interessen, sondern auch die Rechte der indigenen arktischen Völker auf dieses Land zu beachten: Für diese Gruppe, die sozial und wirtschaftlich am stärksten von Veränderungen in der Region betroffen ist, aber verhältnismäßig wenig Vorteile daraus zieht, sollte ein aktives Mitspracherecht an der Nutzung der Arktis gegeben sein. Nachdem dieses Recht auf internationaler Ebene im

¹⁴⁴ Cf.: Winkelmann, Ingo (2009), S. 10.

¹⁴⁵ Cf.: Braune, Gerd (2009b), S. 62f.

¹⁴⁶ Cf.: Winkelmann, Ingo (2009), S. 12.

¹⁴⁷ Cf.: Braune, Gerd (2009b), S. 63.

Rahmen des Arktischen Rats theoretisch schon gegeben ist, bleibt abzuwarten, ob und in welcher Form es tatsächlich realisiert wird.

Eine weitere wichtige Frage des Arktiskonflikts ist die der Blockbildung: Könnte der Konflikt durch die Bildung von Interessensblöcken noch verschärft werden? Nach dem derzeitigen Stand könnte man sagen, dass eine definitive Blockbildung unwahrscheinlich erscheint, denn es gibt zwar große Konfliktlinien, diese verlaufen aber nicht zwischen allen Staaten gleich.¹⁴⁸ Norwegen und Russland vertreten beispielsweise gegensätzliche Positionen in der Barentssee, während die restlichen Anrainerstaaten von diesem Streitpunkt unberührt bleiben. Die Unstimmigkeiten in der Nordwestpassage betreffen hauptsächlich Kanada und die Vereinigten Staaten, da diese Schiffsroute aber von internationalem Interesse ist beziehen auch Dritte dazu vermehrt Stellung zugunsten der USA. Die Auseinandersetzung über den Lomonosov-Rücken dagegen betrifft Dänemark, Kanada und Russland, während die anderen Anrainerstaaten auf Grund der geographischen Gegebenheiten nicht tangiert werden. Wenn also eine Allianzbildung erfolgen sollte, so wäre es vermutlich keine definitive, sondern würde sich an Hand der dargestellten Konfliktlinien kurzzeitig orientieren.

Der Diskurs aller staatlichen Akteure ist von Rechtfertigungsstrategien geprägt. Die Arktispolicies dienen dazu, die Souveränität der jeweiligen Staaten zu legitimieren und die derzeitige Macht zu erhalten.

Der Diskurs der hier vorgestellten NGOs dagegen ist handlungsorientiert, das heißt, die Argumentation dieser Akteure soll eine Veränderung der derzeitigen Situation herbeiführen - in diesem Fall eine neue Governance und keine territoriale Aufteilung.

Auch beim Policy-Zyklus lassen sich Unterschiede zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren feststellen: Die Arktis ist einer klimatischen Veränderung unterworfen, die sie zugänglich und nutzbar macht. So stellt sich die Frage, wem die Arktis gehört bzw. wer verantwortlich ist. Damit ist die Arktis ein Beispiel für die eingangs vorgestellte Theorie der ökologischen Sicherheit. Das Problem wird also auf dieselbe Art erkannt, aber verschiedene Lösungsansätze formuliert: Bei den staatlichen Akteuren findet sich hauptsächlich die Argumentation, dass der Arktiskonflikt durch territoriale Aufteilung und Zuteilung zu staatlicher Souveränität gelöst werden kann. Nichtstaatliche Akteure argumentieren eher für multilaterale Governance.

¹⁴⁸ Cf.: Girg, Bastian (2008), S. 9.

Programmatisch sehen beide Seiten die Vereinten Nationen als Bühne für den Lösungsprozess.

Der ohnehin schon komplizierte Arktiskonflikt könnte sich in Zukunft weiter zuspitzen: Einerseits durch die Einmischung Dritter, die eigene Interessen anmelden, darunter die EU, China, Indien und Japan, was eventuell eine Verstärkung der militärischen Komponente zur Folge haben könnte, andererseits durch den Anstieg der Umweltrisiken und die erhöhte Nachfrage nach Energie.¹⁴⁹

Es bleibt abzuwarten, ob die Arktis unter den Anrainerstaaten aufgeteilt bzw. deren Staatsgebiet zugeteilt wird, oder ob es eine andere Möglichkeit gibt, den Konflikt zu lösen. Mit Voranschreiten des Klimawandels wird jedenfalls eine verbindliche völkerrechtliche Lösung immer dringlicher.

¹⁴⁹ Cf.: Winkelmann, Ingo (2009), S. 16f.

4. Die EU-Arktispolitik

Dieses Kapitel befasst sich mit der Strategie der europäischen Arktispolitik und mit der Frage warum eine europäische Arktispolitik notwendig ist. Die Hauptfragen, die geklärt werden sollen, sind: Warum interessiert sich die EU für die Arktis? Wie formuliert sie diesbezügliche Strategien? Nachdem die EU kein Anrainerstaat der Arktis ist, muss sie ihr Interesse gegenüber den A5 in besonderem Maße legitimieren um damit neue Handlungsmöglichkeiten zu schaffen.

Zuerst sollen die institutionellen Rahmenbedingungen und danach die Entwicklung der EU-Arktispolitik dargestellt werden. Durch die Analyse der relevanten EU-Dokumente werden die Motive beziehungsweise die Legitimation im Diskurs für eine europäische Arktispolitik gesehen werden können herausgearbeitet.

Ein Zwischenfazit am Ende des Kapitels soll die Fragen klären, wie der Politikformulierungsprozess bzw. der Diskurs der EU in Bezug auf die Arktispolitik durch die institutionelle Beschaffenheit der EU und durch die Tatsache, dass die EU kein Anrainerstaat ist, beeinflusst wird.

4.1. EU-Außenpolitik

4.1.1. Grundlagen der GASP

Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik war in den Römischen Verträgen noch nicht vorgesehen; diese hat sich erst im Laufe der Zeit etappenweise entwickelt. Seit dem Vertrag von Maastricht spricht man von der GASP, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die im 3-Säulen-Modell die zweite Säule, also eine der intergouvernementalen Zusammenarbeit, darstellte. Der Vertrag von Lissabon hat keine einschneidenden Veränderungen gebracht. Instrumente einer einheitlichen Außenpolitik bestehen aus

„der Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten, der Formulierung von gemeinsamen Standpunkten [...], gemeinsamen Aktionen [...], und die Zusammenarbeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen [...]“¹⁵⁰.

Die internationalen Beziehungen werden von der Europäischen Union auf zwei verschiedenen Wegen verfolgt: Wirtschaftsbeziehungen und Außenpolitik. Durch die Säulen-Struktur fallen die Wirtschaftsbeziehungen in den Bereich des Gemeinsamen

¹⁵⁰ Pfetsch, Frank R. (2005), S. 241.

Marktes und werden daher auf supranationaler Ebene behandelt. Die Außenpolitik dagegen findet auf intergouvernementalen Niveau statt.¹⁵¹ Trotz der formellen Auflösung der Säulenstruktur besteht nach Lissabon diese Trennung weiter.

Die EU kann einerseits als einheitlicher Block gesehen werden, wenn man davon ausgeht, dass die EU bei Wirtschaftsverhandlungen von einem Verhandlungsführer vertreten wird. Allerdings ist dabei zu beachten, dass die EU aus Mitgliedstaaten besteht, die diesen Verhandlungsführer, beispielsweise die Europäische Kommission oder die Ratspräsidentschaft, kontrollieren bzw. mit ihr/ihm kooperieren.¹⁵² Das bedeutet, dass die Mitgliedstaaten ihre Verhandlungskompetenz an die EU abgeben aber dennoch gleichzeitig für sich selbst verhandeln können um eine größtmögliche Durchsetzung von Interessen zu erreichen. Um eine Kohärenz zwischen den Mitgliedstaaten und dem Verhandlungsführer zu erreichen, gibt es bei internationalen Verhandlungen auch EU-Koordinationstreffen.¹⁵³

Akteure der GASP sind sowohl Mitgliedsländer, als auch EU-Institutionen wie der Europäische Rat, der die allgemeinen Leitlinien festlegt; die Kommission, insbesondere die Generaldirektion Außenbeziehungen; das Europäische Parlament, das hauptsächlich durch das Verfahren der Anhörung miteinbezogen wird; sowie der COREPER, der Ausschuss der ständigen Vertreter.¹⁵⁴

Durch den Vertrag von Lissabon, der am 1. Dezember 2009 in Kraft getreten ist, wurde das Amt des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen, der sowohl für die Außenpolitik als auch für die Wirtschaftsbeziehungen zuständig ist. Diese Funktion soll die außenpolitische Kohärenz und damit die Durchsetzungsfähigkeit der Union auf internationaler Ebene erhöhen. Unterstützt werden soll der Hohe Vertreter, der gleichzeitig auch Vizepräsident der Kommission ist, durch einen europäischen diplomatischen Dienst, der derzeit im Aufbau begriffen ist.

Ziele der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sind die Wahrung gemeinsamer Werte und Interessen, Friedenssicherung, Sicherheit der Union, Förderung der internationalen Zusammenarbeit, Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und Schutz der Menschenrechte – somit werden Werte und Interessen in der GASP miteinander verbunden.

¹⁵¹ Cf. Luif, Paul (1995), S. 41.

¹⁵² Cf.: Delreux, Tom (2009), S. 190f.

¹⁵³ Cf.: *ibid.*, S. 192.

¹⁵⁴ Cf.: Pfetsch, Frank R. (2005), S. 244 – 247.

Im Sinne der Förderung des Friedens durch Multilateralismus, erkennt die EU den besonderen Status der Vereinten Nationen, sowie andere wichtige internationale Organisationen, zur Erreichung dieses Ziels, an. Daher orientiert sich das Handeln der EU auch an den Grundsätzen der Vereinten Nationen.¹⁵⁵

4.1.2. „Northern Dimension“

Obwohl sie nicht direkt als Vorreiter der europäischen Arktispolitik bezeichnet werden kann, soll an dieser Stelle die so genannte „Northern Dimension“ der EU kurz skizziert werden. Sie ist eine regionale Politik, die geographisch auch in den arktischen Bereich fällt und von Finnland initiiert wurde. In einer Feststellung des Ministerrates zur EU-Arktispolitik wird betont, dass die arktische Region schon in der Nördlichen Dimension eine große Rolle spielt und nicht erst kürzlich von der EU als neues Politikfeld „entdeckt“ wurde.¹⁵⁶

Als Ziele der Nördlichen Dimension wurden, vom damaligen finnischen Ministerpräsidenten Paavo Lipponen, politische, soziale und ökonomische EU-Interessen genannt. Als Teil der EU-Außenpolitik sollte sie alle nordischen Staaten, wie Großbritannien, Kanada und die Vereinigten Staaten, umfassen.¹⁵⁷ Die Besonderheit der Nördlichen Dimension zeigt sich in der Verbindung von Innen- und Außenpolitik (Regionalkooperation und internationale Zusammenarbeit).¹⁵⁸

Die Northern Dimension existiert in Zusammenarbeit der EU mit Russland, Norwegen und Island seit 1999 und konzentriert sich auf die ökonomische und (umwelt-)politische Zusammenarbeit in der Ost- und der Barentssee, der arktischen sowie der subarktischen Region. Die Zusammenarbeit im Rahmen der Northern Dimension erfolgt vor allem auf regionalem und lokalem Level und gilt als Modell transnationaler Regionalkooperation.¹⁵⁹

Zu Beginn im Rahmen von zwei Aktionsplänen formuliert, gibt es seit 2006 eine politische Deklaration zur Nördlichen Dimension. Zur besseren Implementierung wurden auch zwei Partnerschaften gegründet, nämlich die „Northern Dimension

¹⁵⁵ Cf.: Algieri, Franco (2008), S. 458 - 469.

¹⁵⁶ Cf.: Rat der Europäischen Union (2009b). S. 5.

¹⁵⁷ Cf.: Luijck, Paul (2007), S. 205f.

¹⁵⁸ Cf.: *ibid.*, S. 208.

¹⁵⁹ Cf.: Stykow, Petra (2008), S. 661f.

Environmental Partnership“ (NDEP) und die „Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Wellbeing“ (NDPHS).¹⁶⁰

Die Nördliche Dimension ist nicht auf diese vier Akteure beschränkt, sondern wird auch von verschiedenen Organisationen, wie etwa dem Barents Euro Arctic Council (BEAC), dem Council of the Baltic Sea States (CBSS), dem Nordic Council of Ministers (NCM), dem Arktischen Rat, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Europäischen Investitionsbank, der Nordic Investment Bank und der Weltbank, sowie den Beobachterstaaten Kanada und USA, mitgestaltet.¹⁶¹

Die wichtigsten Ziele die im Northern Dimension Policy Framework Document formuliert wurden sind: (1) ökonomische Kooperation, (2) Freiheit, Sicherheit und Justiz, (3) äußere Sicherheit, (4) Forschung, Bildung und Kultur, (5) Umwelt, nukleare Sicherheit und natürliche Ressourcen, sowie (6) soziale Sicherheit und Gesundheitswesen.¹⁶²

Die Nördliche Dimension wurde als Instrument zur Heranführung nördlicher Kandidatenländer und nach 2005 vor allem als regionale Politik in den Beziehungen zu Russland eingesetzt.¹⁶³ Jedoch kann sie auch als grenzübergreifendes Konzept gesehen werden, das Staatlichkeit und Territorialität überwindet¹⁶⁴ – eine Idee, die durch die europäische Arktispolitik im Sinn von Governance aufgegriffen wird. Heute hat sich die Nördliche Dimension von einem Instrument der Kooperation nördlicher Staaten zu einem Instrument der Nachbarschaftspolitik mit Russland weiterentwickelt.

4.2. Arktispolitik als Teil verschiedener Politikfelder

Wie viele Felder der Außenpolitik, ist auch die Arktispolitik nicht homogen, sondern wird von verschiedenen Aspekten und Interessen bestimmt. In diesem Fall sind das vor allem die Umwelt-/Klima-, Energie-/Ressourcen- und Sicherheitspolitik, wie die vorangehende Analyse der verschiedenen staatlichen Positionen in Kapitel 3 gezeigt hat. Eine Besonderheit dieses geopolitischen Konflikts, der sich auf den ersten Blick um Ressourcen und Souveränität dreht, ist der soziale Aspekt – die indigene Bevölkerung der Region.

¹⁶⁰ Cf.: Europäische Kommission (2009a).

¹⁶¹ Cf.: Europäische Kommission (2007b), S. 1f.

¹⁶² Cf.: *ibid.*, S. 5.

¹⁶³ Cf.: Hütterer, Christian (2008). S. 245.

¹⁶⁴ Cf.: *ibid.*. S. 246.

Die nachfolgende Analyse der EU-Dokumente zur Arktispolitik soll zeigen, ob diese vier Aspekte auch in der EU-Arktispolitik ähnlich stark vertreten sind.

4.2.1. Umwelt- und Klimapolitik

Die Umweltpolitik der Europäischen Union formuliert im Rahmen der Umweltaktionsprogramme spezifische Ziele, die in einem bestimmten Zeitraum angestrebt werden. Das derzeitige sechste Umweltaktionsprogramm von 2002 bis 2012 konzentriert sich auf die Schwerpunkte Klimawandel, biologische Vielfalt, Umwelt und Gesundheit und nachhaltige Bewirtschaftung von natürlichen Ressourcen und Abfällen. Durch die allgemeine Formulierung der Punkte, treffen sie auch auf die Arktis zu und legitimieren so ein Handeln der EU in diesem Bereich.

In Bezug auf die Umweltaußenpolitik lässt sich feststellen, dass die EU in diesem Bereich seit den siebziger Jahren auf internationaler Ebene auftritt.¹⁶⁵ Kompetenzen in der Umweltaußenpolitik für die EU wurden jedoch erst mit dem Vertrag von Maastricht festgeschrieben, wobei diese selten klar abgrenzbar sind, da der Bereich Umwelt thematisch meist mit anderen Politikfeldern zusammenfällt und so oft argumentiert werden kann, dass Probleme und Fragestellungen nicht ausschließlich in den Kompetenzbereich der EU, sondern auch in den der Mitgliedstaaten fallen können.¹⁶⁶

Die EU ist sich über die politischen Implikationen des Klimawandels im Klaren und sieht sich selbst als wichtigen Akteur im Kampf gegen den Klimawandel und seinen Konsequenzen: „Das zunehmende Interesse der EU an der Arktis folgt der Überzeugung, dass die Europäer führend in den Bereichen Umweltschutz und Klimawandel seien.“¹⁶⁷ Da Klimawandel kein regional begrenztes Problem ist, formuliert die EU diesbezüglich in vielen Teilen der Welt Interessen und Handlungsbedarf, unter anderem auch in der Arktis.

Die EU produziert rund 15 Prozent der weltweiten Treibhausgase und ist daher in ihrer direkten Auswirkung auf den Klimawandel durch die Reduktion der Emissionen, aber nicht in ihrer aktiven Rolle im Kampf gegen den Klimawandel, beschränkt.¹⁶⁸ Das Grünbuch der Europäischen Kommission zum Klimawandel 2007 bezieht sich nicht im Speziellen auf die Arktis, erkennt aber die besondere Vulnerabilität dieser Region und

¹⁶⁵ Cf.: Peters, Dirk/Wagner, Wolfgang (2005), S. 237.

¹⁶⁶ Cf.: ibid., S. 238f.

¹⁶⁷ Cf.: Dolata-Kreutzkamp, Petra (2009), S. 3f.

¹⁶⁸ Cf.: Airoldi, Adele (2008), S. 43.

den damit verbundenen Handlungsbedarf an und stellt die Frage, ob die EU-Außenpolitik hinsichtlich des Klimawandels neu überdacht werden muss.¹⁶⁹

Durch das Engagement in der Arktis „[...]“ erfährt nicht nur die europäische Führungsrolle in der internationalen Klimapolitik eine zusätzliche Legitimationsbasis, sondern auch der außenpolitische Ansatz der EU, der seit jeher auf einen kooperativen Multilateralismus setzt.“¹⁷⁰ In diesem Sinn versucht die EU langfristige Umwelt- und Klimastrategien zu entwickeln.

Wenn Klimawandel als Sicherheitsproblem definiert wird, erleichtert das den öffentlichen Diskurs und die Wahrnehmung über die Dringlichkeit dieses Problems und betont damit die Notwendigkeit Klimasicherheit in die Außenpolitik zu integrieren. „Die diskursive *Versicherheitlichung* des Klimawandels lässt Klimapolitik als „hartes“ und damit unter keinen Umständen mehr zu ignorierendes Politikfeld erscheinen.“¹⁷¹

4.2.2. Energiepolitik

Die Energieaußenpolitik der EU konzentriert sich, laut Geden und Fischer, weniger auf die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen, als auf die Vertiefung der Beziehungen mit Produzenten und Transitländern von Energierohstoffen. Dialog mit internationalen Partnern und Projektarbeit ist somit die Hauptarbeit der Kommission in der europäischen Energieaußenpolitik.

Zwei Ziele des Energieaktionsplans von 2007, die auch im Arktiskonflikt von Relevanz sein könnten, sind die Einbeziehung energiepolitischer Themen in die europäische Nachbarschaftspolitik, sowie ein neues Partnerschaftsabkommen mit Russland, das unter anderem auch Energiefragen mit einbeziehen soll.¹⁷² Auch Klimaschutz durch Energieeffizienz und Versorgungssicherheit - Teile der EU-Energiepolitik spielen dabei eine Rolle.

Der Wettbewerb um Ressourcen ist kein rein wirtschaftlicher, sondern hat auch politische Auswirkungen. Mit dem weltweit steigenden Energieverbrauch wird Energiesicherheit zum neuen Schlagwort, dem sich politische Akteure nicht entziehen können. „[...]“ Die EU [wird] durch den neuen Energiewettbewerb um Produzenten und

¹⁶⁹ Cf.: Airoldi, Adele (2008), S. 44.

¹⁷⁰ Geden, Oliver (2009), S. 3.

¹⁷¹ Floyd, Rita; zit. nach: Geden, Oliver (2009), S. 9.

¹⁷² Cf.: Geden, Oliver/Fischer, Severin (2008), S. 80.

Konsumenten angreifbarer sein.“¹⁷³ Die Kontrolle über Energieressourcen bedeutet gleichzeitig Machtkontrolle.

Die Energieaußenpolitik ist Bestandteil der europäischen Energiestrategie und auch im Arktiskonflikt von großer Bedeutung, wobei sie hier auch mit der Ressourcenpolitik, also mit wirtschaftlichen Interesse zusammen gesehen werden muss.

Die Energiepolitik der EU ist außerdem stark mit der Klimapolitik verschränkt „[...] indem sie die Beschränkung des globalen Temperaturanstiegs auf 2 Grad Celsius [...] ausdrücklich als strategisches Ziel der europäischen Energiepolitik bezeichnet.“¹⁷⁴ Dieses Ziel würde nicht nur dem Umweltschutz, sondern auch der europäischen Energiesicherheit dienlich sein.¹⁷⁵

Die Energieressourcen der Arktis wären zur Erreichung der Energiesicherheit notwendig, wobei die Nutzung dieser Ressourcen durch die EU von Seiten der A5 derzeit fraglich erscheint. Gegenwärtig werden ca. 50% der verbrauchten Energie innerhalb der EU von Importen gedeckt, wobei die Hauptpartner im Norden Russland und Norwegen sind.¹⁷⁶ Ein steigender Energieverbrauch könnte eine verstärkte Kooperation mit diesen beiden Staaten, auch in der Ressourcenpolitik im Bereich der Arktis, zur Folge haben.

4.2.3. Sicherheitspolitik

Ausgehend vom Theoriekonzept der ökologischen Sicherheit, stellt der Arktiskonflikt auch für den Nicht-Anrainer Europäische Union ein Sicherheitsproblem dar. Dabei wird Sicherheit als umfassende Sicherheit, die politische, militärische, menschenrechtliche, ökonomische und ökologische Aspekte beinhaltet, sowie als kooperatives Konzept, d.h. Sicherheit als Ziel, das durch internationale Kooperation erreicht wird, definiert.¹⁷⁷

Dem sicherheitspolitischen Konzept der EU liegt, nach Biscop, ein umfassendes Sicherheitsverständnis zu Grunde. Seit dem Ende des kalten Krieges ist die europäische Sicherheitsstrategie nicht mehr geographisch an die Mitgliedländer der EU gebunden, sondern kann global angewendet werden, vor allem im Zusammenhang mit

¹⁷³ Leonard, Mark (2008), S. 776.

¹⁷⁴ Geden, Oliver (2009), S. 4.

¹⁷⁵ Cf.: *ibid.*, S. 4.

¹⁷⁶ Cf.: Airoldi, Adele (2008), S. 47.

¹⁷⁷ Cf.: Biscop, Sven (2005), S. 3f.

dem Prinzip der „global public goods“.¹⁷⁸ Geht man davon aus, dass die Arktisregion, deren territoriale Verhältnisse derzeit noch nicht allgemein anerkannt geklärt sind, ein solches globales öffentliches Gut ist, dann ist diese Region von sicherheitspolitischem Interesse – auch für die EU. Denn in Zeiten der Globalisierung, so Biscop, ist globale Sicherheit genauso wichtig wie regionale Sicherheit. Für die EU liegt der Unterschied zwischen globaler und regionaler Sicherheit nur auf Ebene der Handlungsmöglichkeiten: In den EU-Mitgliedstaaten kann die EU ihre Sicherheitsstrategien direkt anwenden, während sie das auf globaler Ebene eher durch multilaterale Handlungsweisen und besonders durch Einbindung der Vereinten Nationen tut.¹⁷⁹

Im Rahmen der Sicherheitspolitik interessiert sich die Europäische Union vor allem wegen einer „[...] sich ändernden geo-strategischen Dynamik der Region mit potentiellen Konsequenzen für die internationale Stabilität und europäische Sicherheitsinteressen“¹⁸⁰ für die Arktis.

Die Arktis beinhaltet ein potentielles Konfliktrisiko vor allem über Ressourcen und Handelsrouten. Daher ist die EU gefordert, konfliktentschärfende Strategien zu entwickeln, während die sie gleichzeitig ihre wirtschaftlichen Interessen in der Region verfolgt.

4.2.4. Indigene Bevölkerung

Die EU-Politik bezüglich indigener Völker ist relativ jung und besteht erst seit 1998. Sie umfasst sowohl menschenrechtliche Aspekte, wie Selbstbestimmung und Entwicklung, als auch umweltpolitische Punkte, wie der Beitrag der indigenen Bevölkerung zum Erhalt der Biodiversität und nachhaltigen Umweltnutzungsmodellen.¹⁸¹

Außenpolitisch unterstützen die EU und ihre Mitgliedstaaten die UN Deklaration zu den Menschenrechten der indigenen Völker. Von der Kommission wurde eine unabhängige Arbeitsgruppe zur besseren Koordinierung zwischen den betreffenden Generaldirektionen zu diesem Thema eingesetzt.¹⁸²

¹⁷⁸ Cf.: Biscop, Sven (2005), S. 25f.

¹⁷⁹ Cf.: *ibid.*, S. 27.

¹⁸⁰ Winkelmann, Ingo (2009), S. 3.

¹⁸¹ Cf.: Airoldi, Adele (2008), S. 81.

¹⁸² Cf.: *ibid.*, S. 82.

Die europäische indigene Bevölkerung in der arktischen Region, die Sámi, die in Finnland und Schweden beheimatet sind, werden als Akteure der Nördlichen Dimension in regionale und lokale Angelegenheiten miteinbezogen.¹⁸³

Der soziale Aspekt der Arktispolitik in Hinblick auf die indigene Bevölkerung ist von Bedeutung, da es sich hier um eine verhältnismäßig kleine Bevölkerungsgruppe handelt, die Gefahr läuft, durch den fortschreitenden Klimawandel und daraus resultierende Systemveränderungen noch weiter marginalisiert zu werden.

4.3. Entwicklung der EU-Arktispolitik

Der erste große Schritt zu einer eigenen EU-Arktispolitik wurde am 20. November 2008 mit einer Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat der EU getan. Damit wurde diese Angelegenheit aus der regionalen Ebene auf eine internationale Ebene gehoben, mit der sich nicht länger ausschließlich Anrainerstaaten beschäftigen. Diese Mitteilung folgt dem Grünbuch zur Zukunft der europäischen Meerespolitik von 2006, dem Blaubuch über die integrierte Meerespolitik von 2007 und der Entschließung des Europäischen Parlaments zur Politik für den Arktischen Raum von 2008. Davor wurden Arktis-relevante Themen im Rahmen der Nördlichen Dimension behandelt. Ein realpolitisch ausschlaggebender Bezug zur Arktis ist seit dem Beitritt Finnlands und Schwedens 1995 zu beobachten, zwei Länder die in der arktischen Kooperation integriert sind. Seit 1999 ist die Arktis im Rahmen des „arctic window“ der Nördlichen Dimension auch tatsächlich ein Bereich der EU-Politik, wenn auch eher am Rande. Mit der Entwicklung der schon erwähnten Nördlichen Dimension wurde dann erstmals eine eigene EU-Arktispolitik notwendig.¹⁸⁴

Das nächste wichtige Dokument der Kommission ist im Juni 2011 zu erwarten.

4.3.1. Grünbuch zur Zukunft der europäischen Meerespolitik

Das Grünbuch zur Zukunft der europäischen Meerespolitik vom 07. Juni 2006 spricht die arktische Region aus dem Blickwinkel des Klimawandels an: Die Region ist eine der gefährdetsten der Welt, nachdem der Klimawandel in den letzten fünfzig Jahren zu einem Temperaturanstieg von drei Grad Celsius in der Arktis geführt hat.¹⁸⁵ Davon betroffen sind nicht nur die Umwelt, sondern auch die dort lebenden indigenen Völker,

¹⁸³ Cf.: Airoldi, Adele (2008), S. 84.

¹⁸⁴ Cf.: Airoldi, Adele (2008), S. 9.

¹⁸⁵ Cf.: Europäische Kommission (2006), S. 14.

während global durch den Anstieg des Meeresspiegels, alle Küstenstaaten betroffen sind. Daher bezeichnet das Grünbuch die Arktis als zentral für den europäischen Kampf gegen den Klimawandel.¹⁸⁶

4.3.2. Blaubuch über die integrierte Meerespolitik der EU

Das Blaubuch über die integrierte Meerespolitik der EU vom 10. Oktober 2007 behandelt, wie der Titel suggeriert, die gesamte europäische Meerespolitik und nicht spezifisch das arktische Meer. Dennoch wird betont, dass die Arktis Teil dieser Politik ist, da europäische Küsten an der Ost- und Nordsee, am Mittelmeer, am Schwarzen Meer sowie am Atlantischen und Arktischen Ozean zu finden sind.¹⁸⁷

Die wichtigsten Punkte dieses Blaubuchs sind die nachhaltige Nutzung der Gewässer der EU, Schifffahrt und Fischerei. Außerdem setzt sich die integrierte Meerespolitik auch die Förderung der Führungsrolle der EU in internationalen maritimen Angelegenheiten zum Ziel. Denn besonders durch den Klimawandel werden maritime Probleme dringlicher und bedürfen politischer Lösung, so auch in der Arktis. Die EU sieht sich selbst als Förderer von internationaler Governance in solchen Bereichen.

Das Ziel der integrierten Meerespolitik ist es, einen einheitlichen politischen Rahmen für die maritimen Bereiche wie Fischerei, Forschung, Transport, Tourismus und Umwelt zu schaffen. Außerdem soll diese Policy in die Nördliche Dimension integriert werden, vor allem mit den Partnern Kanada, Norwegen und den Vereinigten Staaten.¹⁸⁸

4.3.3. Entschließung des EP zur Politik für den arktischen Raum

Die Entschließung des Europäischen Parlaments im Oktober 2008 zu einer eigenen Arktispolitik ist der Mitteilung der Kommission vorangegangen. Als Motive dieser Entschließung werden folgende Punkte genannt: (1) Die geopolitische und strategische Bedeutung der Region, symbolisiert durch die Aufstellung einer russischen Flagge am Meeresboden, (2) das Seerechtsübereinkommen, das die Arktis nicht speziell behandelt, (3) das Fehlen einer einheitlichen Rechtsordnung für die Region, (4) die Zunahme der Schifffahrt, (5) die vermuteten Bodenschätze, (6) der Fortschritt des Klimawandels und seine Auswirkungen auf die Umwelt und die Bevölkerung der Arktis,

¹⁸⁶ Cf.: Europäische Kommission (2006), S. 14.

¹⁸⁷ Cf.: Europäische Kommission (2007a), S. 3.

¹⁸⁸ Cf.: Airoldi, Adele (2008), S. 74.

sowie (7) die Bedeutung der Region für die EU und ihre Mitgliedstaaten und Nachbarn.¹⁸⁹

Das Europäische Parlament bringt seine Besorgnis über die Auswirkungen des Klimawandels auf die Umwelt und die indigenen Völker der Arktis zum Ausdruck. Das EP fordert die Kommission dazu auf, eine konkrete europäische Arktispolitik zu entwerfen, die einen Beitrag zum Weltklima sowie der internationalen Sicherheit leisten soll. Um das zu erreichen schlägt das EP, in Ermangelung bestehender einheitlicher Regeln, einen Arktis-Vertrag vor. Denn die zweite Sorge des EP gilt dem Wettrennen um die Ressourcen und das damit verbundene Konfliktpotential, dem nur durch internationale Kooperation vorgebeugt werden soll.¹⁹⁰

Die Motive des EP erscheinen in erster Linie energie- und umweltpolitischer Natur zu sein. Die Idee, sich mit der Region zu befassen wurde, wie in diesem Dokument erwähnt, durch die russische Flaggenaktion ausgelöst. Die Ziele hingegen konzentrieren sich größtenteils auf die Auswirkungen des Klimawandels und die internationale Sicherheit. Detaillierte Maßnahmenvorschläge wurden dabei nicht ausgearbeitet.

4.3.4. Mitteilung der Kommission „Die Europäische Union und die Arktis“

Im November 2008 veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung mit dem Titel „Die Europäische Union und die Arktis“. In dieser Mitteilung wurde folgendermaßen begründet, warum die Arktis für die EU von Interesse ist: Der Klimawandel ermöglicht neue Handlungsfelder und neue Handlungspflichten in der Region. Einerseits kommt es durch die Klimaerwärmung zum Abschmelzen des Packeises, was einen Anstieg des Meeresspiegels zur Folge hätte. Andererseits ergibt sich durch eine (weitgehende) Eisfreiheit Zugang zu neuen Ressourcen und Schifffahrtswegen, wie beispielsweise die Nordwestpassage.¹⁹¹

In dieser Mitteilung wird der Klimawandel eindeutig als Sicherheitsproblem identifiziert und als „Bedrohungsmultiplikator“¹⁹² bezeichnet, „[...] was potenzielle Konsequenzen für die internationale Stabilität und die europäischen Sicherheitsinteressen habe

¹⁸⁹ Cf.: Amtsblatt der Europäischen Union (2010), S. 41f.

¹⁹⁰ Cf.: *ibid.*, S. 42f.

¹⁹¹ Cf.: Europäische Kommission (2008. KOM/2008/736), S. 2

¹⁹² *Ibid.*, S. 3.

[...]“¹⁹³. Hier ist also eindeutig das Konzept der ökologischen Sicherheit, wie oben beschrieben, zu finden.

Die drei Hauptziele und dazugehörige Maßnahmen, die von der EU formuliert werden, sind auch auf Umwelt-, Energie- und sicherheitspolitische Interessen zurückzuführen: „(1) Schutz und Erhalt der Arktis im Einvernehmen mit der einheimischen Bevölkerung, (2) Förderung einer nachhaltigen Ressourcennutzung, (3) Beitrag zu einer besseren multilateralen Governance in der Arktis“¹⁹⁴.

(1) Schon im ersten Punkt der Mitteilung wird der so genannte ökologische Fußabdruck als Argument für das Interesse der EU in der Arktis verwendet, da die EU, wie viele Länder, auch in dieser Region besagten Abdruck hinterlässt. Sie fühlt sich damit verpflichtet, den Klimawandel und seine Auswirkungen zu bekämpfen. Im Bereich der Umweltpolitik wird vorgeschlagen, dass vorhandene Konzepte zur Bekämpfung des Klimawandels neu überdacht und auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden und die strategische Zusammenarbeit mit den Anrainern gefördert wird, beispielsweise durch Umweltverträglichkeitsprüfungen. Aber nicht nur die Kooperation mit den A8, sondern auch die multilaterale Zusammenarbeit unter Einbeziehung von NGOs soll gefördert werden. Auch gemeinsame Forschung sowie Katastrophenprävention und der damit verbundene Erfahrungsaustausch kann zur politischen Stabilisierung der Region führen.

Die EU erkennt den besonderen Status der arktischen Bevölkerung an und verweist auf den besonderen Schutz, den indigene Völker durch besondere Bestimmungen (im Rahmen des Beitritts von Finnland und Schweden) innerhalb der EU genießen. Dazu werden auch die zunehmende Bedeutung von Tier- und Artenschutz und die mögliche Diskrepanz dieser beiden Themen erwähnt. Welche Position die EU favorisiert, wird allerdings nicht erkennbar, ausgenommen durch die Berücksichtigung aller Faktoren ein offener Dialog geführt werden soll. Die Maßnahmen in diesem Bereich bleiben allerdings ungenau formuliert.

(2) Im Bereich der Ressourcenpolitik fallen die Schlagwörter Versorgungssicherheit, „nachhaltige, umweltverträgliche Exploration“¹⁹⁵ (wobei die Definition von nachhaltig und umweltverträglich vorenthalten wird) sowie Ressourcennutzung. Um die ressourcenpolitischen Interessen der EU in der Arktis zu legitimieren, wird auf den

¹⁹³ Cf.: Europäische Kommission (2008. KOM/2008/736), S. 3 - 14.

¹⁹⁴ Ibid., S. 3.

¹⁹⁵ Ibid., S. 8.

technologischen Vorsprung der EU in nachhaltigem Abbau von Bodenschätzen verwiesen. Auch der Fischfang wird in diesem Bereich thematisiert, wobei vorgeschlagen wird, einen Rechtsrahmen für die Hochseegebiete der Arktis zu schaffen, um nachhaltige Fischerei, unter Wahrung der Rechte der lokalen Küstengemeinschaften, zu gewährleisten.

Obwohl die EU kein Arktis-Anrainer ist, sieht sie sich als wichtigen Akteur in der Region und formuliert Ansichten, die durchaus gewisses Konfliktpotential in sich tragen. Das ist besonders im Bereich Verkehr der Fall:

„Die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft sollten ferner den Grundsatz der Freiheit der Schifffahrt und das Recht auf friedliche Durchfahrt für die neu eröffneten Strecken und Gebiete verteidigen.“¹⁹⁶

Dieses Recht ist allerdings nicht unbestritten, vor allem Kanada ist gegen freie Schifffahrt, worauf auch in der Mitteilung Bezug genommen wird, allerdings ohne auf Kanada direkt hinzuweisen.

Im Bereich des Transports wird ansonsten noch allgemein auf die Notwendigkeit von strengen Sicherheits- und Umweltstandards hingewiesen. In diesem Bereich wird auch die Wichtigkeit von Sicherheitsstandards und besserem Katastrophenmanagement (für die arktische Bevölkerung) sowie territorialer Abgrenzung betont.

(3) Zur multilateralen Governance in der Region trägt, laut Mitteilung, das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen erheblich bei. Es ist derzeit ausreichend, seine Weiterentwicklung soll jedoch nicht ausgeschlossen werden. Die EU vertritt dabei eine multilaterale Lösung unter der Voraussetzung, dass kein Arktis-Anrainer der EU oder der EFTA davon ausgeschlossen wird.

Während die Effektivität der bestehenden rechtlichen Bedingungen fortlaufend evaluiert werden soll, plädiert die EU gleichzeitig für eine verstärkte Nutzung bestehender Möglichkeiten. So wird beispielsweise vorgeschlagen, den Status eines ständigen Beobachters im Arktischen Rat zu beantragen und relevante Arktisthemen in die Nördliche Dimension einzugliedern. Außerdem sollen Gespräche mit Norwegen und Island forciert werden.

Diese Mitteilung der Kommission bezieht sich grob zusammengefasst, auf die Bereiche Umwelt- bzw. Klimapolitik, Energie- bzw. Ressourcenpolitik sowie Sicherheitspolitik.

¹⁹⁶ Europäische Kommission (2008. KOM/2008/736), S. 9.

Dabei bleiben die konkreten Maßnahmenvorschläge unpräzise formuliert, lassen aber zumindest Tendenzen und Absichten erkennen. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass diese Mitteilung als Strategiepapier zu verstehen ist und nicht als konkrete Handlungsanweisung.

4.3.5. Reden

Im Folgenden sollen der europäische Diskurs und die europäische Problembetrachtung durch die Analyse der Reden dreier Mitglieder der Kommission zwischen 2004 bis 2009, nämlich Joe Borg, dem Kommissar für Fischerei und maritime Angelegenheiten, Benita Ferrero-Waldner, der Kommissarin für Außenpolitik und europäische Nachbarschaftspolitik, sowie Siim Kallas, dem Vizepräsidenten und Kommissar für Verwaltung, Audit und Betrugsbekämpfung, genauer dargestellt werden.

Rede Dr. Joe Borg: The EU's strategy of sustainable management for the Arctic

Die am 19. Jänner 2009 in Norwegen auf der Konferenz „Arctic Frontiers“, vom Kommissar für Fischerei und maritimen Angelegenheiten, gehaltenen Rede spricht von einer nachhaltigen Nutzung der Arktis, vor allem durch konkrete Methoden im Bereich der Fischerei und nimmt dabei auch Bezug auf die Mitteilung der Kommission von 2008.

Dabei wird zuerst auf die Folgen des Klimawandels für die Arktis und danach auf die Folgen für die EU eingegangen: „In turn, the changing face of the Arctic impacts upon European security, trade and the supply of resources“¹⁹⁷. Diese Aussage spiegelt die verschiedenen Aspekte der EU-Arktispolitik wider, hier bezeichnet als Sicherheits-, Handels- und Ressourcenpolitik.

In der Rede werden die 3 Ziele der EU in der arktischen Region angesprochen: (1) Die Wichtigkeit der Erhaltung des natürlichen Systems wird angesprochen, da eine Veränderung dieses Systems nicht nur umweltpolitische, sondern auch soziale Konsequenzen hätte, für die dort ansässige Bevölkerung; (2) nachhaltige Nutzung der dort befindlichen Ressourcen; sowie (3) die Förderung einer multi-level-Governance Situation in der Region.¹⁹⁸

Auch hier finden sich umweltpolitische und ressourcenpolitische Aspekte, sowie zusätzlich eine soziale Komponenten und das Problem der Regierbarkeit der Arktis.

¹⁹⁷ Borg, Joe (2009).

¹⁹⁸ Cf.: *ibid.*

Im weiteren Verlauf der Rede wird auf den finanziellen Einsatz der EU hinsichtlich der (Er-) Forschung in der Arktis hingewiesen und damit die Wichtigkeit des europäischen Einsatzes in der Region hingewiesen. Auch neue Komponenten wie Transport und Tourismus und deren Gefahren und mangelnde Sicherheitsstandards im Polargebiet werden dabei erwähnt.¹⁹⁹

Die Idee von multi-level-Governance und damit eine Beteiligung der EU, wird im Diskurs durch die Idee des Weltmenschenerbes, als das die Arktis betrachtet werden soll, begründet – somit wären nicht nur Anrainerstaaten berechtigt, Ansprüche anzumelden, sondern alle Signaturstaaten des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen. Diese Form der Governance soll in die Struktur der Vereinten Nationen eingebettet werden, womit natürlich auch die EU selbst ein berechtigter Akteur wäre. Aufbauend auf die Northern Dimension Policy der EU, soll also auch die Arktispolitik in Beziehung zu anderen Staaten stehen, womit auch der Punkt der Kooperation angesprochen wäre, wobei in dieser Rede beispielhaft die USA erwähnt werden.²⁰⁰

Die wichtigste Aussage dieser Rede fasst die genannten Punkte komprimiert zusammen:

„We believe an UNCLOS-based governance system could deliver security and stability, strict environmental management and the sustainable use of resources subject to open and equitable access [...]“²⁰¹.

Rede Benita Ferrero-Waldner: Transforming the Arctic

Im Rahmen der „Arctic Transform“-Konferenz, am 5. März 2009, wurde das Thema auch von der EU-Kommissarin für Außenpolitik und europäische Nachbarschaftspolitik angesprochen.

Die Kommissarin betont die Möglichkeiten internationaler Kooperation in der Region, die im Rahmen dieser Konferenz vor allem zwischen der EU und den USA aufgezeigt wurde, aber ohne die Mitwirkung der anderen Anrainerstaaten nutzlos wäre. Die Gründe²⁰², die in dieser Rede für ein Interesse der EU im Gebiet der Arktis genannt werden, sind (1) die Mitgliedschaft dreier Anrainerstaaten in der EU (Dänemark, Schweden und Finnland), (2) die EFTA-Mitgliedschaft weiterer zwei Anrainerstaaten

¹⁹⁹ Cf.: Borg, Joe (2009).

²⁰⁰ Cf.: ibid.

²⁰¹ Ibid.

²⁰² Cf.: Ferrero-Waldner, Benita (2009).

(Island und Norwegen) und dass (3) die restlichen Anrainerstaaten strategische Partner der EU sind.

Auch die soziale Dimension der arktischen Bevölkerung, für deren Schutz und Rechte sich die Europäische Union einsetzt, und der europäische Beitrag zur arktischen Forschung, im Rahmen des Internationalen Polarjahres, werden betont.

Die Ziele der EU, die in dieser Rede formuliert werden, gleichen denen der Rede von Kommissar Borg: (1) Erhaltung des natürlichen Systems und Miteinbeziehung der ansässigen Bevölkerung, (2) nachhaltige Ressourcennutzung und (3) Etablierung eines Governance Systems im Rahmen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen unter Einbeziehung des Arktischen Rats.²⁰³

Die Schlagworte, die sich in dieser Rede wieder finden, sind Schutz und Nachhaltigkeit und zielen scheinbar auf die diskursive Legitimation der eigenständigen Arktispolitik über die Umwelt- und Klimapolitik ab. Auch in dieser Rede finden sich also die Komponenten der Umweltpolitik, Ressourcenpolitik (im Sinne der Energiepolitik) und der Sicherheitspolitik (im Sinne der multilateralen Kooperation).

Rede Siim Kallas: Speaking points at the 12th ministerial session of the Barents Euro Arctic Council (BEAC)

Im Rahmen des Barents Euro Arctic Council Gipfeltreffen am 15. Oktober 2009 hielt der Vizepräsidenten der Kommission Siim Kallas eine Rede zu aktuellen Themen in der Arktis. Dabei wird zu Beginn der Rede die gute Zusammenarbeit mit Russland in der Region herausgestrichen und die Wichtigkeit vertiefter ökonomischer Zusammenarbeit, auch im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik, betont.²⁰⁴

Weitere Punkte betreffen die indigene Bevölkerung in der Region, deren traditionelle Lebensweisen durch eine nachhaltige Entwicklung und Nutzung von Ressourcen im Rahmen eines internationalen Governance-Systems erhalten werden sollen.²⁰⁵ Hier werden gleichzeitig ökologische als auch ressourcenpolitisch relevante Aspekte unter dem Vorwand des Schutzes der ansässigen Bevölkerung angesprochen.

²⁰³ Cf.: Ferrero-Waldner, Benita (2009).

²⁰⁴ Cf.: Kallas, Siim (2009).

²⁰⁵ Cf.: ibid.

In dieser Rede finden sich wichtige Schlüsselbegriffe dazu, wie die EU ihre Arktispolitik legitimiert. So wird beispielsweise von der EU „[...] as an Arctic entity [...]“²⁰⁶ oder „[...] our common Arctic [...]“²⁰⁷ gesprochen. Durch die Verwendung dieser Begriffe wird ein Bild geschaffen, die Arktis wäre Allgemeingut und damit würden auch alle Staaten oder staatenähnlichen Gebilde zu legitimierten Akteuren in der Region macht.

Des Weiteren wird auch die Klimapolitik angesprochen und mit dem Gipfel in Kopenhagen im Dezember 2009 in Verbindung gebracht, dessen Ergebnisse auch wichtig Auswirkung auf die Arktis haben könnten.²⁰⁸

Diese Rede orientiert sich nach der Veranstaltung in deren Rahmen sie gehalten wurde, und bringt eher Aspekte der „Soft Policies“ zur Sprache. So werden sicherheits- und energiepolitische Aspekte, im Gegensatz zu den umweltpolitischen, nicht erwähnt.

4.3.6. Ratsbeschluss zur Arktispolitik

Am 8. Dezember 2009 wurde ein Beschluss des Rates zur europäischen Arktispolitik veröffentlicht, welche die Mitteilung der Kommission unterstützt und damit übereinstimmend (1) den Schutz der Umwelt, (2) die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und (3) die Ausweitung der multilateralen Governance als die drei wichtigsten Ziele formuliert.²⁰⁹ Die Ziele sind also klar umwelt-, ressourcen- und sicherheitspolitisch motiviert. Dieser Beschluss betont außerdem deutlich, dass vor allem das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen als rechtliche Grundlage der Governance dienen soll. Aber auch die Klimarahmenkonvention soll wegen der besonderen ökologischen Bedürfnisse der Arktis vermehrt miteinbezogen werden.

(1) Der Rat erkennt in diesem Beschluss die Vulnerabilität der Arktis an und bestätigt die Notwendigkeit, im Rahmen der bestehenden internationalen Organisation, weiter gegen den Klimawandel zu kämpfen. Damit verbundene Maßnahmen sollen im engen Dialog mit den Anrainerstaaten und der arktischen Bevölkerung, die besonders davon betroffen ist, erfolgen.

Mögliche Aktionen könnten die Schaffung von Meeresschutzzonen und die Vertiefung der Forschung zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz sein.

²⁰⁶ Kallas, Siim (2009).

²⁰⁷ Ibid.

²⁰⁸ Cf.: ibid.

²⁰⁹ Cf.: Rat der Europäischen Union (2009b). S. 2-5.

(2) Die Bemerkungen zur nachhaltigen Ressourcennutzung fallen in diesem Dokument dürftig aus; erwähnt wird die Notwendigkeit die Fischereirechte im Rahmen der IMO zu klären und allgemein die Energieeffizienz zu erhöhen.

(3) Zu Governance wird vor allem die Bedeutung der politischen Zusammenarbeit erwähnt, was man als sicherheitspolitischen Aspekt im Sinne der Konfliktentschärfung und –Lösung interpretieren könnte.

Diese Ziele sollen in Zusammenarbeit mit den Anrainerstaaten, der indigenen Bevölkerung und NGOs erreicht werden, wobei die Kooperation im Rahmen des Arktischen Rats besonders hervorgehoben wird: „The Council recognizes the Arctic Council as the primary competent body for circumpolar regional cooperation [...]“²¹⁰.

Der Status der Nordwestpassage wird indirekt angesprochen, wenn Überlegungen zu zukünftigen Transportrouten dargelegt werden, die nach den Regeln der Freiheit der Schifffahrt und des Rechts der friedlichen Durchfahrt erfolgen sollen; diese will die EU kontrollieren. Inwieweit die EU ihre Kontrollrechte außerhalb des EU-Gebiets ausüben könnte, bleibt dabei ungeklärt. Es ist jedoch zu vermuten, dass die EU, vor allem gegenüber Kanada mit Problemen konfrontiert wäre, würde sie Sanktionen bei Nichtbeachtung setzen wollen. Zumindest macht diese Aussage die Position der EU zur Nordwestpassage deutlich, nämlich dass diese, konträr zur kanadischen Auffassung, nicht als Binnengewässer, sondern als internationale Wasserstraße angesehen wird.

Der Ministerrat spricht in diesem Beschluss also vor allem umwelt- und sicherheitspolitische Aspekte an, während die Ressourcenpolitik, abgesehen von der Fischerei, kaum angesprochen wird. Dafür liegt ein starker Fokus auf der Zusammenarbeit mit der indigenen Bevölkerung und auf dem Arktischen Rat, sowie auf der IMO. Außerdem wird angekündigt, dass die Arktis zukünftig in der integrierten Meerespolitik und der Nördlichen Dimension der EU eine stärkere Rolle spielen soll. Damit sind erste Schritte zur einen effektiven Einbindung der Arktispolitik in andere Politikbereiche zu beobachten.

²¹⁰ Rat der Europäischen Union (2009b). S. 4.

4.4. EU Interessen

Die Interessen der EU in der Arktis basieren nicht auf territorialen Rechten, daher muss dieses Interesse legitimiert werden. Diese Legitimation soll durch die Profilierung auf internationale Ebene erfolgen. Unter anderem hat sich die EU um Mitgliedstatus im Arktischen Rat beworben. Diesem Antrag wurde nicht stattgegeben, da Meinungsverschiedenheiten mit Kanada bezüglich des europäischen Importverbots für Robbenfelle bestehen.²¹¹

Der europäische Diskurs konzentriert sich dabei auf drei große Punkte, nämlich Umwelt- und Klimasicherheit, Energie und Ressourcen sowie Governance, die im Folgenden aufgeschlüsselt werden sollen. Im Anschluss sollen diese Interessen am Beispiel Grönlands veranschaulicht werden.

4.4.1. Umwelt- und Klimasicherheit

Interessant ist, wie die EU für eine nachhaltige Umweltpolitik und für den Kampf gegen den Klimawandel in der Arktis argumentiert, andererseits gerade von den klimatischen Auswirkungen auf die Region im Sinne der Ressourcennutzung profitieren möchte.²¹² Die prekäre Umweltsituation der Arktis wird als Anlass genommen, eine eigene europäische Arktispolitik zu formulieren. Legitimiert wird dies im europäischen Diskurs dadurch, dass der Klimawandel als internationales Sicherheitsproblem begriffen wird und die die EU sich selbst als wichtiger Akteur im Kampf gegen dieses Problem sieht, das grenzüberschreitender Natur ist, weswegen man sich auch außerhalb der Gebiete der EU damit auseinandersetzen muss.

Der Kampf gegen den Klimawandel ist also das Hauptthema, über das sich die Europäische Union als wichtigen Akteur in der Region zu etablieren versucht. Dies bedeutet eine kontinuierliche Verfolgung und Ausweitung der europäischen Position als führender Akteur im Kampf gegen den Klimawandel.

Weitere damit verbundene Punkte betreffen die Erhaltung der Biodiversität und den Schutz der ansässigen Bevölkerung in der Region, wobei letzterer zwar als Problem erkannt wird (die Bedrohung der traditionellen Lebensweisen durch die Auswirkungen des Klimawandels) aber noch nicht die Phase der Problemlösungsvorschläge erreicht

²¹¹ Cf.: Bennet, Mia (2010).

²¹² Cf.: Hanneman, Matthias (2009), S.49.

hat – zumindest nicht im europäischen Diskurs. Soweit derzeit ersichtlich ist, ist sich die Union über die Wichtigkeit der sozialen Dimension in der Arktis im Klaren, allerdings wird dieses Problem nicht prioritär, sondern ausschließlich über den Umweg des Klimawandels behandelt. Erst der Ratsentschluss zur Arktispolitik hat explizit gefordert, dass die arktische Bevölkerung in den Diskurs miteinbezogen wird.

4.4.2. Energie und Ressourcen

Energiesicherheit ist ein wichtiges Schlagwort für die EU-Interessen in der Arktis. Öl- und Gasvorkommen in der Region zu sichern wäre ein wichtiger Schritt zur Erreichung dieses Ziels. Selbständig kann die EU keine Ansprüche wie die Anrainerstaaten stellen, die sich auf die Erweiterung des Festlandssockels beziehen. Daher müssen andere Wege gefunden werden, einen Zugang zu den arktischen Ressourcen zu sichern. Eine Möglichkeit wäre über die arktischen EU-Mitglieder. Die EU-Mitgliedstaaten Schweden und Finnland, die auch als Anrainerstaaten gelten, haben jedoch keinen direkten Zugang zum arktischen Meer. Ein Beitritt Islands zu Union könnte diesbezüglich eventuell neue Möglichkeiten eröffnen.

Da Norwegen ein wichtiger Energielieferant der EU ist, wäre denkbar, dass die EU, zur Erreichung einer höheren Energiesicherheit eher Norwegen als beispielsweise Russland bei der Verteidigung territorialer Ansprüche auf internationaler Ebene unterstützen wird. Eine weitere Möglichkeit wäre eine Vermittlerposition zwischen Norwegen und Russland, im Rahmen der Politik der Nördlichen Dimension, aufzubauen und so von den Erfolgen beider Staaten zu profitieren.

Im europäischen Diskurs nimmt der Bereich Energie und Ressourcen zwar viel Platz ein, konzentriert sich aber unter anderem darauf die Nachhaltigkeit der Ausbeutung zu propagieren. Dieses Schlagwort wurde vermutlich aus strategischen Gründen gewählt, da die EU davon ausgeht, sich mit ihrem technologischen Wissen im Bereich der Nachhaltigkeit Zugang zu bzw. ein Recht auf die arktischen Ressourcen zu erarbeiten.

4.4.3. Governance

Eine verbesserte multilaterale Governance in der Region könnte auch eine Stärkung der europäischen Position in der Arktis bedeuten. Damit verbunden wäre eine gesteigerte Durchsetzungsfähigkeit bzw. Einflussnahme zur Wahrung der EU-

Interessen. Doch zuerst muss auf internationaler Ebene geklärt werden, wer für die Arktis verantwortlich ist: die Anrainerstaaten oder die internationale Gemeinschaft.

Außerdem soll multilaterale Governance zur Friedenssicherung in der Region beitragen. Streitfragen zur nationalen Souveränität, Schifffahrt und Ressourcennutzung können ein internationales Sicherheitsrisiko darstellen. Daher könnte Governance der Arktis einen Beitrag zu Stabilität der Region leisten.

Zuerst muss allerdings ein politischer Wille zur Governance gegeben sein, bevor die institutionelle Dimension von Governance zum Tragen kommen kann. Mit dem Vorlegen der nationalen Ergebnisse zum Festlandsockel vor einer Kommission der Vereinten Nationen ist der erste Schritt zur politischen Dimension der Governance gegeben. Wie weit dieser geht und ob die Vereinten Nationen die institutionellen Rahmenbedingungen für Governance bieten können, bleibt abzuwarten.

Die EU betont in allen oben dargestellten Dokumenten die Bedeutung von Governance in der Region und erklärt, diese fördern zu wollen. Es kann vermutet werden, dass der Begriff Governance, so wie er von der EU verwendet wird, nämlich als Form die auch Nichtanrainerstaaten mit einbezieht, darauf abzielt, die eigene Arktispolitik der Europäischen Union gegenüber den Anrainerstaaten zu legitimieren. Dabei betont die EU zusätzlich die Bedeutung, die internationalen Organisationen wie sie den Vereinten Nationen oder dem Arktischen Rat, zukommt.

4.4.4. Grönland

Mit dem dänischen Beitritt 1973 wurde auch Grönland Teil der EU, bis zum Austritt 1985, der auf ein entsprechendes grönländisches Referendum von 1982 folgte.²¹³ Da Grönland ein selbst verwalteter und gleichberechtigter Teil Dänemarks ist, ist diese Zweiteilung möglich – so ist Dänemark ein EU-Mitgliedstaat, während Grönland nur Teil der Zollunion ist.

Grönland als arktischer Anrainerstaat mit Zugang zu Mineralien, Öl- und Gasreserven und einer großen indigenen Bevölkerung, den Inuit, ist ein wichtiger Partner der EU, um sich in der Region zu etablieren.

²¹³ Cf.: Airoidi, Adele (2008), S. 93.

Unstimmigkeiten waren in letzter Zeit wegen des EU-Importverbots für Robbenfelle zu beobachten, welches jedoch eine Ausnahme für Produkte der Inuit macht.²¹⁴ Trotzdem wird es von Grönland vermutlich als Bedrohung für die Existenzgrundlage vieler Menschen gesehen, da nicht nur die Inuit in diesem Bereich tätig sind.

In der Mitteilung der Kommission „EU und die Arktis“ wird eine verbesserte Zusammenarbeit mit Grönland in arktischen Angelegenheiten gefordert.²¹⁵ Die zwei Themen die dabei angesprochen werden, sind der Schutz der Umwelt und der Schutz der ansässigen Bevölkerung, wobei konkrete Maßnahmenvorschläge nicht genannt werden. Trotzdem könnte die Erwähnung als Bereitschaft der EU verstanden werden, in Zukunft, als Mittel zur Durchsetzungen eigener Interessen, stärker auf die Bedürfnisse Grönlands einzugehen.

Die Vertretung Grönlands in Brüssel hat als Reaktion auf die Mitteilung der Kommission zur EU-Arktispolitik eine Aufzählung der Bedenken an dieser Politik veröffentlicht. Grundsätzlich begrüßt Grönland die EU-Arktispolitik, hofft jedoch darauf, dass noch ein Punkt zum Selbstbestimmungsrecht und den Menschenrechte in Bezug auf die Bevölkerung der arktischen Region angefügt wird. Die Kritik umfasst einen Punkt zu (1) Dialog über Meeressäugetiere, (2) dem Arktischen Rat, (3) Klimawandel, (4) Transport und Energie, (5) Respekt für indigene Völker, (6) Kooperation, sowie (7) internationale Governance.²¹⁶

(1) Zum Dialog bezüglich Meeressäugetieren wird bemerkt, dass der Dialog mit der Kommission zu diesem Thema und die Zusammenarbeit mit der EU im Allgemeinen sehr geschätzt wird, dass die EU jedoch Rücksicht auf traditionelle Lebensweisen in der Arktis nehmen muss. Vor allem die Strategien der EU bezüglich Meeressäugetieren wie Robben (und das damit verbundene Robbenfellimportverbot) und Walen sowie Einfuhrzölle auf Fischprodukte werden dabei für diesen Dialog als konterproduktiv erachtet.

(2) Die Bewerbung um einen permanenten Beobachterstatus im Arktischen Rat wird in der Hoffnung begrüßt, dass die EU durch die verstärkte Zusammenarbeit mit diesem Organ ein besseres Verständnis und Respekt für die traditionellen Lebensweisen der arktischen Bevölkerung erlangt. Allerdings wird der EU mit klaren Worten nicht mehr zugestanden als eine Kooperation im Arktischen Rat: „Greenland finds the EU interest

²¹⁴ Cf.: Priebe, Reinhard (2009), S. 2.

²¹⁵ Cf.: Europäische Kommission (2008. KOM/2008/736), S. 14.

²¹⁶ Cf.: Greenland Representation to the EU (2009), S. 1 – 4.

in the Arctic region interesting. However the main objective for the EU should be to give input via existing Arctic Cooperation [...].²¹⁷ Das könnte so interpretiert werden, dass die EU zwar durchaus Interesse haben darf, aber konkrete Maßnahmen weiterhin den Anrainerstaaten vorbehalten bleiben sollten.

(3) Zum Klimawandel wird angemerkt, dass auch die sozialen und humanen Implikationen desselben, sowie das Bedürfnis Grönlands nach ökonomischer Entwicklung, beachtet werden sollen.

(4) Transport und Energie sind zwei Themen, denen das schmelzende Arktiseis neue Möglichkeiten eröffnet: Einerseits werden Bodenschätze zugänglich, wobei Grönland darauf hinweist, dass auch ein großes Potential für erneuerbare Energien, wie etwa Wasserkraft, besteht, andererseits werden neue Transportwege erschlossen, die aber auch ein Sicherheitsrisiko beinhalten, weswegen die EU dazu angehalten wird, konkrete Vorschläge zur Stabilisierung der Region in Kooperation mit den Anrainerstaaten zu entwickeln.

(5) Als Reaktion auf die EU-Arktispolitik hat Grönland den Status der indigenen Bevölkerung der Region zu bedenken gegeben. Eine verstärkte europäisch-grönländische Kooperation muss auf dem Respekt für die traditionelle Lebensweise dieser Bevölkerungsgruppe basieren und auch mit einem Verweis auf die UN-Deklaration zu den Rechten indigener Volksgruppen der EU untermauert werden. Dabei wird argumentiert dass ein Mainstreaming der Menschenrechtspolitik der indigenen Völker innerhalb der EU dazu beitragen könnte, die Tradition der Diskriminierung und Verdrängung zu beseitigen und die arktische Region und die EU zu gleichberechtigten Partnern zu machen.²¹⁸

(6) Die Bedeutung der bestehenden Kooperation zwischen der EU und Grönland, als assoziiertes Überseeterritorium, wird ebenso betont wie die Möglichkeit diese auszuweiten. Allerdings wird auch bemerkt, dass konkrete Aktionen der EU in der Region mit neuen Finanzierungen verbunden sein sollten.

(9) Die Rolle der Vereinten Nationen, der IMO und der Ilulissat-Erklärung als rechtliche Rahmenbedingungen für Governance werden in diesem Papier hervorgehoben. Damit soll eine weiterführende Kooperation jedoch nicht ausgeschlossen werden, aber in

²¹⁷ Cf.: Greenland Representation to the EU (2009), S. 2.

²¹⁸ Cf.: Pedersen, Tove Søvndahl (2009), S. 1, 13.

jedem Fall auf das Recht der arktischen Bevölkerung auf traditionelle Lebensweisen und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen Bezug nehmen.

Einer der wichtigsten Punkte für Grönland ist also der Respekt der traditionellen Lebensweise. Es wird behauptet, dass die EU darin noch Verbesserungsbedarf hat. Das Interesse der EU an der Arktis wird grundsätzlich befürwortet, vermutlich, weil sich dadurch eigene finanzielle Vorteile verwirklichen lassen würden; die Bezeichnung EU-Arktispolitik wird aber vermieden. Ein möglicher Grund dafür könnte die Verteidigung des Rangs als relevanter Arktisakteur sein. Grönland, als Teil Dänemarks, sieht sich als Mitglied der A5, die ihrerseits die drei restlichen Akteure bei der Konferenz von Ilulissat und deren Folgegipfel ausgeschlossen haben. Wenn es schon im Interesse Grönlands liegt die Zahl der „legitimen“ Anrainer zu begrenzen, so ist es vermutlich erst Recht sein Interesse, die EU als relevanten Akteur in der Arktis zu verhindern. Um trotzdem vom Interesse der EU an der arktischen Region zu profitieren wird versucht, die EU auf die Rolle eines (finanziellen) Kooperationspartners festzulegen.

4.5. Zwischenfazit

Die so genannte „Innen-Außen-Analogie“²¹⁹ besagt, dass Staaten und supranationale Organisationen die Werte ihrer Innenpolitik auf die Außenpolitik übertragen. Geht man davon aus, dass dazu eine einheitliche innenpolitische Position gefunden werden muss, lässt sich feststellen, dass die EU ihre Wertvorstellungen sowohl innerhalb der Mitgliedstaaten als auch international verfolgt – auch in der Arktispolitik. Die Einheitlichkeit in der Arktispolitik besteht deshalb, weil diese Policy erstens sehr jung ist und zweitens nur ein Bruchteil der Mitgliedstaaten direkt davon betroffen ist.

In allen Dokumenten wird die Wichtigkeit von verbindlichen Regeln betont und dabei besonders die Rolle der Vereinten Nationen herausgestrichen, was der Tradition des Multilateralismus der EU entspricht. Trotzdem bemängelt die EU in Bezug auf Governance in der Arktis vor allem, dass es keine einheitliche rechtliche Grundlage, sondern viele verschiedene Dokumente gibt. Damit verbunden ist auch das Fehlen von effektiver Politikanwendung und –durchsetzung.²²⁰ Trotzdem soll Governance auf dem Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen basieren, aber laufend weiter ausgebaut werden. Für die EU ist damit auch ein Vertrag über die Arktis (in Anlehnung

²¹⁹ Cf.: Peters, Dirk/Wagner, Wolfgang (2005), S. 215f.

²²⁰ Cf.: Braune, Gerd (2009b), S. 61.

an den Vertrag über die Antarktis) denkbar, wobei sie diesen Vorschlag in letzter Zeit weniger vehement unterstützt.

Wichtig für die Europäische Union ist vor allem eine multilaterale Lösung des Konflikts, denn um die eigene klimapolitische Führungsrolle auszuspielen und zu verstärken, darf die Lösung nicht auf die A5 bzw. A8 beschränkt bleiben. Um die eigenen energiepolitischen Interessen verfolgen zu können ist es sogar unbedingt notwendig, eine multilaterale Lösung anzustreben und eine Aufteilung der Region an die Anrainerstaaten zu verhindern.

Daher muss sich die EU zuerst als wichtiger Akteur in der Arktisregion etablieren. Einerseits ist dies möglich über die intensive Mitarbeit in internationalen Foren, wie dem Arktischen Rat oder im Rahmen der Vereinten Nationen. Andererseits könnte auch der Beitritt Islands, der EU stärkeres Gewicht in der Region verleihen. Auch eine verbesserte Kooperation mit Grönland könnte diesen Effekt haben.

Die stärkere Miteinbeziehung von sozialen und humanen Aspekten in der Europäischen Arktispolitik und verbesserte Zusammenarbeit mit der indigenen Bevölkerung der Region könnten ebenfalls dazu beitragen, die EU als akzeptierten Akteur zu etablieren. Dieses Thema ist insbesondere in den Beziehungen zu Grönland von Bedeutung. Wie schon erwähnt, wäre Grönland, als Teil der A5, ein wichtiger Partner für die EU. Aber im Bereich der traditionellen Lebensweisen und Naturnutzung der indigenen Bevölkerung und deren Rechte gibt es derzeit tendenziell gegensätzliche Meinungen. Die EU erkennt grundsätzlich das Recht auf Selbstbestimmung und Mitsprache an, bezieht sich aber verstärkt auf die steigende Bedeutung des Tierschutzes. Für Grönland ist der Schutz der Existenzgrundlage der Menschen wichtig und sieht diesen scheinbar von der EU zu wenig beachtet. Ein vertiefter Dialog wäre in diesem Fall wichtig und könnte Vorteile für beide Seiten bieten. Grönland könnte von Zugeständnissen der EU in Bezug auf Importverbote von Robbenfellen und Zölle auf Meeresprodukte profitieren und die EU sich im Gegenzug durch Grönland als wichtiger arktischer Akteur etablieren.

Die Problemkarriere der Arktispolitik der EU ist im Gegensatz zu den Anrainerstaaten eine sehr junge; als Problem werden dabei nicht die Frage der Souveränität, sondern die Auswirkungen des Klimawandels formuliert. Als „key incident“ kann die Versenkung der russischen Flagge auf arktischem Meeresboden gesehen werden, da diese

Handlung einen verstärkten Diskurs und erhöhtes Interesse an der Arktis ausgelöst hat.

Als Problem werden vor allem der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Arktis definiert. Neue Nutzungsmöglichkeiten gefährden das ökologische System und die soziale Sicherheit. Die Meeresumwelt wird neuen Gefahren wie Überfischung und Verschmutzung ausgesetzt und durch das gesteigerte Interesse an der Sicherung von Bodenschätzen ist ein instabiler, internationaler Konflikt möglich. Um daher sowohl das Sicherheitsrisiko durch Governance zu entschärfen, den Klimawandel zu bekämpfen und eigene Interessen durchzusetzen, ist eine eigene EU-Arktispolitik notwendig.

Anzumerken ist auch, dass die Arktispolitik der EU auf keinem öffentlichen Diskurs beruht: Die breite Öffentlichkeit ist über diese Politik nicht informiert, noch wird darüber debattiert.²²¹ Die europäische Arktispolitik scheint einheitlich zu sein, aber nicht etwa weil ein Konsens darüber in den Mitgliedstaaten besteht, sondern weil es keinen Diskurs darüber gibt. Das mag daran liegen, dass nur drei Mitgliedstaaten davon direkt betroffen sind, trotzdem ist ein öffentlicher Diskurs, meiner Ansicht nach, notwendig. Der derzeitige europäische Arktisdiskurs ist sowohl ein handlungsorientierter, als auch ein rechtfertigender. Einerseits muss die EU gegenüber den Anrainerstaaten die Legitimität ihrer „Einmischung“ bzw. eigenständigen Arktispolitik beweisen, gleichzeitig fordert die EU aber auch eine Veränderung der derzeitigen rechtlichen Situation.

Das Hauptargument, das aus den oben dargestellten Positionspapieren und Reden hervorgeht, ist, meiner Ansicht nach der Kampf gegen den Klimawandel. Die Europäische Union sieht sich darin selbst als Vorreiter und daher auch für die Arktische Region zuständig, da diese vom Klimawandel besonders betroffen ist. Da der Klimawandel weltweite Auswirkungen hat, sieht die EU ein Eingreifen von Nichtanrainerstaaten als durchaus gerechtfertigt, die multilaterale Governance sogar als Lösung an. Dabei erkennt sie das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen als zentrales Rechtsdokument an, empfiehlt trotzdem eine Verbesserung der Regeln und eine Schließung der rechtlichen Lücken.

Somit wird Umweltpolitik, im Sinn des Kampfs gegen den Klimawandel, als wichtigstes Argument für eine EU-Arktispolitik genannt. Aus dem Klimawandel ergeben sich die weiteren Argumente, nämlich dass das dadurch geschaffene Sicherheitsrisiko durch einen Governance-Prozess gelöst werden könne und dass einheitliche rechtliche

²²¹ Cf.: Hannemann, Matthias (2009), S. 50.

Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, um den Zugang zu Bodenschätzen und Transportwegen zu regeln.

Auch die Besorgnis um die sozialen Implikationen des Klimawandels für die indigene Bevölkerung der Arktis wird zum Ausdruck gebracht, ohne jedoch auf die spezifische menschenrechtliche Situation dieser Bevölkerungsgruppe einzugehen.

Die eingangs gestellten Fragen, warum sich die EU für die Arktis interessiert und welche Strategien sie anwendet, können somit folgendermaßen beantwortet werden: Das Interesse der EU basiert nicht auf einem einzelnen Grund, sondern auf mehreren Gründen. Vom umweltpolitischen Standpunkt aus soll eine eigene EU-Arktispolitik dem Kampf gegen den Klimawandel dienen. Aus energiepolitischer Sicht sollen arktische Ressourcen durch eine eigene Policy für die EU und Partner gesichert werden. Aus der sicherheitspolitischen Perspektive soll das Engagement der EU zur Governance der Region beitragen und eine militärische Eskalation des Konflikts zu verhindern.

Der menschenrechtliche Aspekt im Hinblick auf die indigene Bevölkerung verbleibt derzeit aus europäischer Sicht noch im Hintergrund, könnte aber ausgebaut werden, um Allianzen mit Anrainerstaaten zu verbessern oder auszubauen.

Im Politikformulierungsprozess findet sich eine einheitliche europäische Union, da nur drei der 27 Mitgliedstaaten direkt betroffen sind und die Kommission in ihrer Mitteilung weitgehend den Empfehlungen des EP folgt.

Der Diskurs befasst sich mit den vier eingangs genannten Aspekten der Umwelt-, Energie- und Sicherheitspolitik, sowie teilweise auch mit der menschenrechtlichen Situation der indigenen Bevölkerung. Dabei versucht die EU vor allem ihr Interesse unter dem Blickwinkel des Klimawandels und der Sicherheit durch Governance zu legitimieren. Der EU-Diskurs zur Arktispolitik wird also von der Notwendigkeit beherrscht sich als arktischer Akteur im Hinblick auf die Anrainerstaaten zu legitimieren, zu positionieren und zu etablieren.

Mit der Mitteilung der Kommission von 2008 wurde, aufbauend auf der Europäischen Meerespolitik und der Nördlichen Dimension, ein Rahmen für eine eigenständige europäische Arktispolitik geschaffen, die sowohl im Rahmen der Nachbarschaftspolitik, als auch im internationalen Kontext stattfinden kann. Dabei wird eine verstärkte

Kooperation mit den nichteuropäischen Arktisstaaten und eine vertiefende Mitarbeit in arktischen Institutionen angestrebt.

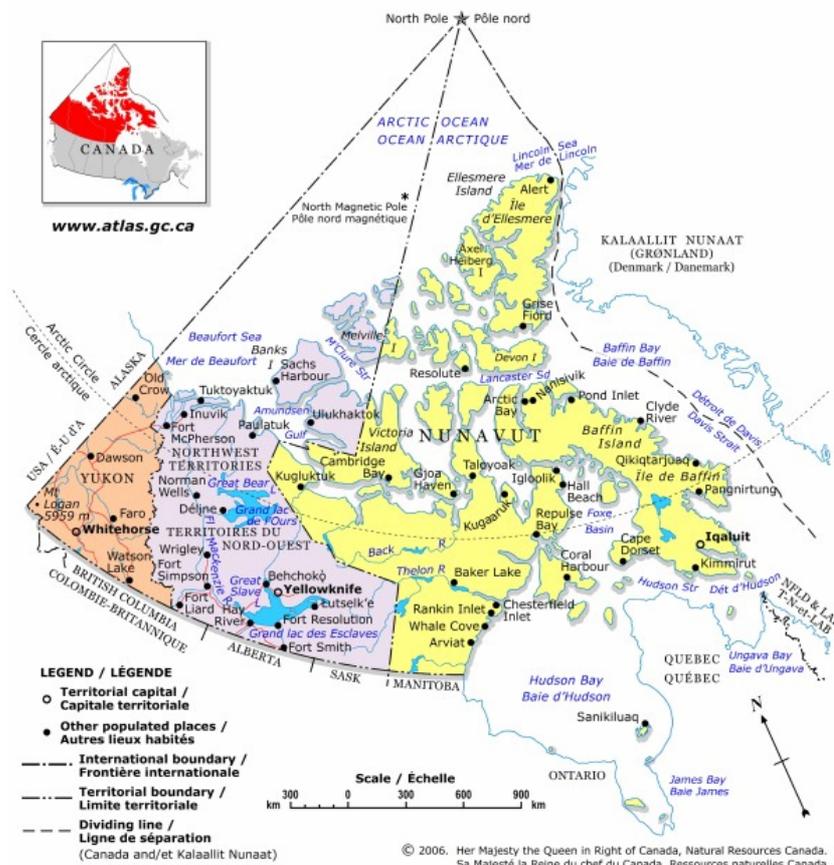
Das Ergebnis dieser europäischen Arktispolitik bleibt abzuwarten. Es wird vor allem von den Anrainerstaaten der Arktis und dabei besonders von den A5 abhängen, ob und in welchem Ausmaß die Europäische Union sich als relevanter Akteur in der Region etablieren kann.

5. Die kanadische Arktispolitik

In diesem Kapitel soll die Entwicklung und der Status der kanadischen Arktispolitik dargestellt und analysiert werden. Begonnen wird mit einer kurzen Beschreibung des kanadischen politischen Systems, sowie der kanadischen Außenpolitik, die dem besseren Verständnis der darauf folgenden Analyse dienen soll. Dieses Kapitel soll die Arktispolitik eines Nationalstaats untersuchen und damit gleichzeitig die Unterschiede und Besonderheiten zur europäischen Arktispolitik herausstreichen.

Ein Unterkapitel über die geschichtliche Entwicklung der kanadischen Arktispolitik soll die Problemkarriere und Ausformung, sowie Veränderungen des Diskurses innerhalb dieses Politikfelds zeigen. Dabei sollen die Fragen von welchen Motiven der kanadische Diskurs geleitet und wie die Problemdefinition formuliert wird, beantwortet werden. Außerdem sollen die aktuellen Positionen und die Rolle der Arktis in der Innenpolitik, ergänzend zur historischen Darstellung, beleuchtet und analysiert werden.

Abbildung 4: Die kanadische Arktis



Quelle: Natural Ressources Canada:
http://atlas.nrcan.gc.ca/site/english/maps/reference/provincesterritories/northern_territories/referencemap_image_view (03.05.2010).

5.1. Das politische System Kanadas

Das kanadische politische System hat mehrere Komponenten: Es ist

„[...] eine Monarchie, ein Bundesstaat, eine repräsentative Demokratie mit einem parlamentarischen Regierungssystem und relativer Mehrheitswahl auf Bundes- und Provinzebene“²²².

Kanada folgt, als ehemalige Kolonie, dem Vorbild des politischen Systems Großbritanniens. Die Exekutive besteht aus Monarch bzw. Governor General sowie Premier Minister und dessen Kabinett. Die Legislative dagegen besteht aus Unterhaus und Senat.²²³

Kanada kann als konstitutionelle Monarchie bezeichnet werden, da es als Teil des Commonwealth of Nations dem Staatsoberhaupt Königin Elizabeth II unterstellt ist. Aus der ehemaligen britischen Kolonie wurde 1867, mit dem British North America Act (dem ersten verfassungsähnlichem Dokument), das Dominion of Canada. Dieses wiederum erlangte mit dem Westminster-Status von 1931 außenpolitische und mit dem Constitution Act von 1982 eine vollständige verfassungsrechtliche Souveränität.²²⁴ Der britische Monarch wird vertreten durch den Generalgouverneur, der zu Beginn ausschließlich von Briten, ab 1952 von gebürtigen Kanadiern und seit 1999 auch von Angehörigen von Minderheitengruppen gestellt wird.²²⁵ Der Generalgouverneur, der auf Vorschlag des Premierministers für fünf bis sieben Jahre vom Monarchen ernannt wird, erfüllt eine rein repräsentative Aufgabe. Seine einzige politische Tätigkeit besteht in der Berufung des Premierministers oder der Auflösung des Parlaments.²²⁶ Der derzeitige Generalgouverneur ist, die in Haiti geborene, Michaëlle Jean.

Die Rolle des Premierministers und seines Kabinetts ist politisch - im Gegensatz zur symbolischen Rolle des Monarchen und des Generalgouverneurs.²²⁷ Der Premierminister wird üblicherweise von der stimmenstärksten Partei im Unterhaus gestellt, der in weiterer Folge die Mitglieder des Kabinetts ernannt.²²⁸ Der Premierminister wird als der Hauptentscheidungsträger kanadischer Politik gesehen, was mit seinen Befugnissen zusammenhängt: Der Premierminister ernannt und entlässt die Mitglieder des Kabinetts, er bestimmt den Zeitpunkt der Neuwahlen, sowie die Auswahl für

²²² Brede, Falko/Schultze, Rainer-Olaf (2008), S. 317.

²²³ Cf.: Brooks, Stephen (21997), S. 98f.

²²⁴ Cf.: Brede, Falko/Schultze, Rainer-Olaf (2008), S. 315 – 318.

²²⁵ Cf.: *ibid.*, S. 320f.

²²⁶ Cf.: *ibid.*, S. 320.

²²⁷ Cf.: Brooks, Stephen (21997), S. 156.

²²⁸ Cf.: *ibid.*, S. 156f.

wichtige Ämter wie beispielsweise das Amt der Botschafter oder Richter niedrigerer Ebenen.²²⁹

Brooks betont in seinem Buch zum politischen System Kanadas besonders, dass die Regierung vor dem Parlament verantwortlich ist. Das bedeutet, dass das kanadische System durch Partei-Disziplin gekennzeichnet ist - das heißt wenn Mitglieder der Regierungspartei gegen die eigene Regierung stimmen, wird diese geschwächt und umgekehrt.²³⁰

Die Legislative besteht aus zwei Kammern, nämlich dem Unterhaus mit 308 Abgeordneten und dem Senat mit 105 Senatoren. Dabei hat das Unterhaus, das sich durch Wahlen konstituiert, etwas mehr Gewicht als der Senat, dessen Mitglieder auf Vorschlag des Premierministers, vom Generalgouverneur ernannt werden.²³¹

Auf der Verwaltungsebene besteht Kanada aus zehn Provinzen und drei Territorien und ist föderalistisch gegliedert.²³² Auf Bundesebene besteht das Parlament, wie schon erwähnt, aus Unterhaus und Senat - mit der Regierungsbildung wird meist die stimmenstärkste Partei beauftragt.²³³ Auf Provinzebene wurde dieses System übernommen und besteht aus einem Vertreter des Monarchen, dem Lieutenant Governor, dem Premierminister und einem Parlament.²³⁴

Verhandlungen und Zusammenarbeit zwischen Bund und Provinzen finden unter anderem im Rahmen der First Ministers' Conference statt und kann als eine Art der Diplomatie bezeichnet werden („federal-provincial diplomacy“), da sie den Beziehungen souveräner Staaten stark ähnelt.²³⁵ Obwohl der kanadische Föderalismus oft als ideal bezeichnet wird, gibt es immer wieder Auseinandersetzungen, vor allem in der Frage der Unabhängigkeit Québecs.²³⁶

²²⁹ Cf.: Brooks, Stephen (?1997), S. 155, 157.

²³⁰ Cf.: *ibid.*, S. 157.

²³¹ Cf.: Brede, Falko/Schultze, Rainer-Olaf (2008), S. 322.

²³² Cf.: *ibid.*, S. 324.

²³³ Cf.: *ibid.*, S. 321, 323.

²³⁴ Cf.: *ibid.*, S. 324.

²³⁵ Cf.: *ibid.*, S. 324f.

²³⁶ Cf.: Von Bredow, Wilfried (?1994), S. 78.

5.2. Kanadische Außenpolitik

Die kanadische Außenpolitik ist stark durch die geographische Situierung des Landes geprägt. Die Nähe zu den Vereinigten Staaten und die dominierende Position der USA in der internationalen Politik sind wichtige Faktoren in Wirtschaft und Politik.²³⁷

Kanada wird in den internationalen Beziehungen häufig als „freundliche Mittelmacht“²³⁸, also als stark multilateral ausgerichteter Staat, bezeichnet. Obwohl das Selbstbild der kanadischen Außenpolitik, laut Von Bredow, zwischen Über- und Unterschätzung schwankt, hat sich mittlerweile die Idee der Mittelmacht etabliert.²³⁹

Dadurch erscheint der Multilateralismus vorteilhafter als der Bilateralismus:

„Jedoch liegt auf der Hand, dass in einer regionalen Konstellation, in welcher das eine Land (die USA) wirtschaftlich und politisch sehr viel mächtiger als das andere Land (Kanada) ist, das weniger mächtige Land mit einem ausgeprägten Bilateralismus seine Probleme hat, weil die Aussicht, dabei den Kürzeren zu ziehen, nachgerade überwältigend ist.“²⁴⁰

Der wichtigste Entscheidungsträger der Außenpolitik ist der Premierminister, obwohl auch die Provinzen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen: So kam 1964 ein Bildungs- und Kulturabkommen zwischen der Provinz Québec und Frankreich, ohne Einbeziehung der kanadischen Bundesregierung, zu Stande.²⁴¹ Die Provinzen, allen voran Québec, sind durchaus zur eigenständigen Außenpolitik in der Lage. Unterstützt wird der Premierminister von den Ministern des Kabinetts, die von ihm berufen werden. Der Premier wird allgemein als Hauptperson der kanadischen Politik auf nationaler und internationaler Ebene gesehen.²⁴² Grundsätzlich wird die außenpolitische Linie aber im Rahmen des parlamentarischen Regierungssystems auf Bundesebene beschlossen, was bedeutet, dass innerstaatliche Machtverhältnisse auch Einfluss auf die Außenpolitik haben.²⁴³ Das zuständige Ministerium auf dieser Ebene ist das Department of Foreign Affairs and International Trade (DFAIT).

In oben erwähntem System des Multilateralismus versucht Kanada sich zu etablieren. Meiner Ansicht nach versucht Kanada, in den transatlantischen Beziehungen, die von den USA dominiert werden, eine Vermittlerrolle aufzubauen und sich teilweise (nicht

²³⁷ Cf.: Von Bredow, Wilfried (1994), S. 13f.

²³⁸ Brede, Falko/Schultze, Rainer-Olaf (2008), S. 337.

²³⁹ Cf.: Von Bredow, Wilfried (1994), S. 14.

²⁴⁰ Ibid., S. 19.

²⁴¹ Cf.: Brede, Falko/Schultze, Rainer-Olaf (2008), S. 337f.

²⁴² Cf.: Von Bredow, Wilfried (1994), S. 82.

²⁴³ Cf.: Thunert, Martin (2003), S. 53.

vollständig) von den USA abzugrenzen. Thomas von der Gönna bemerkt dazu, dass Kanada, um in sicherheitspolitischen Fragen aus dem Schatten der USA zu treten, sich „seit dem Jahr 2000 um eine bessere Eingliederung in die Organisation und Planung der ESVP“²⁴⁴ bemüht. Auch im Rahmen der OSZE versucht Kanada als Mitgliedsland eine vermittelnde Rolle zwischen dem amerikanischen und europäischen Kontinent einzunehmen.²⁴⁵

Diese Versuche, sich als maßgeblicher Akteur in den transatlantischen Beziehungen zu etablieren, lassen sich darauf zurückführen, dass Kanada der Dominanz der USA einerseits und einer mächtigen Europäischen Union andererseits, etwas entgegenzusetzen haben muss. Die Verwirklichung eigener Interessen kann durch die Konstituierung der eigenen Rolle als Vermittler erreicht werden.²⁴⁶ Eine eigene Rolle festzulegen und somit durchsetzungsfähig zu werden, ist für jeden Staat wichtig, wie ein Zitat des Royal Commission Report von 1940 anschaulich macht:

„Canada’s position is similar to that of a small man sitting in a big poker game. He must play for the full stakes, but with only a fraction of the capital resources of his two substantial opponents; if he wins, his profits in relation to his capital are very large, and if he loses, he may be cleaned out.“²⁴⁷

Kanada ist Teil vieler Zusammenschlüsse und Organisation und befindet sich damit manchmal zwischen den Stühlen. Die kanadische Außenpolitik wird von diesem Spannungsverhältnis charakterisiert:

„Canada, either for historical or geographic reasons, is a legitimate member of the Commonwealth, a legitimate member of La Francophonie, a legitimate member of the Organisation of American States, a legitimate member of APEC.“²⁴⁸

Zusammenfassend kann die kanadische Außenpolitik auf zwei zentrale Aspekte zurückgeführt werden:

- (1) Die Geographische Lage: Abhängigkeit von und Einflussnahme durch die USA, auf Grund der geographischen Lage und in Folge des kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Näheverhältnisses.
- (2) Die Idee der Mittelmacht: Rolle des Vermittlers in einer multilateralen Welt, zur Durchsetzung eigener Interessen.

²⁴⁴ Von der Gönna, Thomas (2003), S. 108.

²⁴⁵ Cf.: *ibid.*, S. 109f.

²⁴⁶ Cf.: *ibid.*, S. 114f.

²⁴⁷ Royal Commission Report 1940. zit. Nach: Elliot-Meisel, Elizabeth B. (1998), S. 11.

²⁴⁸ Claas, Oliver (2003), S. 301.

5.3. Die Entwicklung der kanadischen Arktispolitik

Nach Russland hat Kanada die längste arktische Küstenlinie. Die geographischen Gegebenheiten begründen das Interesse an der Region, denn 40 Prozent des kanadischen Staatsgebietes liegen in der Arktis.²⁴⁹ Die kanadische Arktispolitik wird im Gegensatz zur EU mehr durch den Faktor der Souveränität und des Territoriums, als durch Umwelt- oder Energiepolitik bestimmt. Daraus ergibt sich auch die Bedeutung der Arktispolitik, nicht nur in der kanadischen Außen-, sondern auch in der Innenpolitik.

5.3.1. Arktispolitik bis zum Zweiten Weltkrieg

Die „Entdeckung“ der arktischen Region im 19. Jahrhundert allein war nicht ausreichend um einen Souveränitätsanspruch zu besiegeln. Auch die tatsächliche Ausübung von Staatsgewalt war dafür maßgebend. Daher begann Kanada zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit mehreren Aktionen, die Arktis administrativ und juristisch an den Staat zu binden. In den 1920er Jahren wurden sowohl die Eastern Arctic Patrol, die Royal Canadian Air Force (RCAF) als auch die Royal Canadian Mounted Police (RCMP) mit der militärischen und polizeilichen Sicherung der Souveränität beauftragt. Die administrative Anbindung erfolgte durch den Northwest Territories Council und das Northern Advisory Board.²⁵⁰

Die Kontrolle über arktisches Land und Inseln war in diesem Zeitraum schwierig. Daher war strategische Planung der Infrastruktur von großer Bedeutung. Bis in die 1940er Jahre waren Polizei, Post und Zoll die wichtigsten Vertreter der kanadischen Regierung. Vor allem die Polizei übte, in Ermangelung offizieller Regierungsvertreter, viele Verwaltungsfunktionen aus.²⁵¹

Aus dieser Zeit stammt auch die Idee der Sektoretheorie, die, wie schon erwähnt, das von Kanada beanspruchte Territorium genau eingrenzt. Diese Grenze wurde erstmals 1904 auf einer Karte des Innenministeriums als kanadische Außengrenzen bezeichnet (141° W bis 60° W, bis zum Nordpol).²⁵²

Bis zum Zweiten Weltkrieg, wurde die Arktis zwar als Teil Kanadas gesehen und als „the far North“ betitelt, jedoch politisch nur in Krisenzeiten beachtet. Nämlich dann,

²⁴⁹ Cf.: Kaim, Markus (2008), S. 1.

²⁵⁰ Cf.: Elliot-Meisel, Elizabeth B. (1998), S. 19.

²⁵¹ Cf.: Coates, Ken S. et al. (2008), S. 49.

²⁵² Cf.: Elliot-Meisel, Elizabeth B. (1998), S. 183.

wenn jemand die kanadische Souveränität in der Region in Frage stellte oder eigene Ansprüche anmeldete.²⁵³ Vor allem die Krisen und Kriege zu Beginn des 20. Jahrhunderts haben die Aufmerksamkeit der kanadischen Regierungen von der arktischen Region abgelenkt.

5.3.1. Arktispolitik während des Zweiten Weltkriegs

Bis zum Zweiten Weltkrieg waren die kanadischen Gebietsansprüche über die arktische Landmasse völkerrechtlich gefestigt. Die Ansprüche über arktische Inseln wurden 1930 von Norwegen anerkannt und von keinem anderen Staat in Frage gestellt.²⁵⁴

Während des Zweiten Weltkriegs wurde die Arktis im Rahmen der kontinentalen Sicherheit und in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten zu einem wichtigen Thema. Diese Kooperation war sowohl sicherheitspolitisch, als auch durch den Ausbau von Infrastruktur motiviert. Zu diesem Zeitpunkt war weniger die Kontrolle über Wasserwege, als über Landesgrenzen von Bedeutung, da sich beispielsweise durch die deutsche Okkupation Dänemarks ein neues Sicherheitsproblem für Kanada als Nachbar von Grönland stellte.²⁵⁵ Von den Alliierten wurden Flugzeuge an die Sowjetunion verliehen, deren kürzester Zustellweg von den USA über Westkanada verlief.²⁵⁶ Daher nahm die Bedeutung des Ausbaus von Land- und Luftwegen während des Zweiten Weltkriegs zu. Durch die Größe des arktischen Gebiets ergab sich die infrastrukturelle und finanzielle Schwierigkeit die Region zu überwachen. Diese Tatsache machte eine nordamerikanische Zusammenarbeit doppelt attraktiv und notwendig.

Durch die intensive Kooperation mit den Vereinigten Staaten und der damit verbundenen Präsenz US-amerikanischen Militärs wurde auch die Souveränität Kanadas in der Arktis erneut zum Thema. Denn teilweise wurde diese militärische Anwesenheit in Kanada als de facto Okkupation gesehen. Der Abzug der US-amerikanischen Truppen jedoch kann als Bestätigung der kanadischen Souveränität über arktisches Festland von Seiten der Vereinigten Staaten gesehen werden.²⁵⁷

²⁵³ Cf.: Elliot-Meisel, Elizabeth B. (1998), S. 16.

²⁵⁴ Cf.: Coates, Ken S. et al. (2008), S. 50f.

²⁵⁵ Cf.: Elliot-Meisel, Elizabeth B. (1998), S. 31.

²⁵⁶ Cf.: Coates, Ken S. et al. (2008), S. 55f.

²⁵⁷ Cf.: *ibid.*, S. 62.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die administrative Anbindung der Region, trotz mangelnder Ressourcen, von Kanada weiter vorangetrieben. Durch Premierminister Lester Pearson wurde nicht nur die nationale, sondern auch die internationale Sicherheit in Zeiten des kalten Krieges behandelt. So sollte die Arktis durch die NATO geschützt werden, da die Region sowohl für Nordamerika, als auch für Europa ein wichtiger Sicherheitsfaktor war.²⁵⁸ Da eine militärische Sicherung der Region alleine nicht möglich war, wurde vor allem mit den USA zusammengearbeitet. Das bedeutete gleichzeitig, dass Kanada nicht in der Lage war, die kanadische Souveränität in der Region alleine zu verteidigen. Daher wurde 1948 das Advisory Committee on Northern Development (ACND) zur Koordination der militärischen und politischen Aktionen in der Arktis gegründet.²⁵⁹ Dieses Komitee sollte die nordamerikanische Zusammenarbeit formalisieren.

5.3.3. Arktispolitik im Kalten Krieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden, laut Elliot-Meisel, auch erstmals die besonderen Charakteristika der Arktis in militärische Überlegungen miteinbezogen: Die Arktis ist zwar ein Meer, befindet sich aber nicht immer in flüssigem Zustand und kann trotzdem nicht als Landfläche behandelt werden kann, da sie sich ständig verändert und bewegt. Trotzdem wurden mit der Sektorentheorie sowohl Land- als auch Wasserflächen der Arktis als kanadisches Territorium beansprucht – eine Ansicht die international nicht anerkannt ist.

Während dieser Zeit gab es auch erste Anstrengungen die territorialen Ansprüche dauerhaft zu untermauern und zu begründen. Allerdings wurde keine einheitliche interne Position gefunden, weshalb der Status der Arktis immer erst dann zur Sprache kam, wenn die Souveränität Kanadas in der Region bezweifelt wurde.

Um territoriale Ansprüche zu verteidigen ist Kontrolle notwendig. Die Arktis durch Flugzeuge überwachen zu lassen, macht einen Stützpunkt notwendig, die Kontrolle zur See macht Eisbrecher notwendig. Der Bau des ersten kanadischen Eisbrechers wurde aber erst 1951 in Auftrag gegeben. Die erste Durchquerung der Nordwestpassage mit diesem Schiff hat 1954 zur Sammlung wissenschaftlicher Daten und nicht zu militärischen Zwecken statt gefunden.²⁶⁰ Fahrten in den arktischen Gewässern mit

²⁵⁸ Cf.: Elliot-Meisel, Elizabeth B. (1998), S. 70.

²⁵⁹ Cf.: *ibid.*, S. 87.

²⁶⁰ Cf.: *ibid.*, S. 105.

Eisbrechen könnte man also als „[...] symbolic gesture of sovereignty through presence [...]“²⁶¹ werten.

Nach dieser Phase der „Nachlässigkeit“ begann in den 1950er Jahren, als Reaktion auf amerikanische und sowjetische Anstrengungen, eine Phase der Auseinandersetzung mit der arktischen Souveränität, in der die ACND eine wichtige Rolle gespielt hat.²⁶² Auch hier war der auslösende Faktor, dass andere Staaten die Arktis für sich beansprucht haben und Kanada daher in die Verteidigungsposition gezwungen wurde. Vor allem durch das sowjetische Engagement in der Region wurde der Mythos der natürlichen Grenze der Arktis ins Wanken gebracht und gerade in Zeiten des Kalten Krieges war die Abgrenzung zur Sowjetunion für Kanada von großer Wichtigkeit.

Unter Premierminister Diefenbaker in den 1960er Jahren wurde der Versuch gestartet, den Status der Nordwestpassage als Teil kanadischer Binnengewässer durchzusetzen. Das scheiterte an der Weigerung der Vereinigten Staaten diesen Status anzuerkennen.²⁶³ Die Positionen der beiden Staaten haben sich seither nicht geändert und bringen vor allem Kanada, deren wichtigster Partner, in vielerlei Hinsicht die Vereinigten Staaten sind, in eine schwierige Position. Kanada kann sich schwer behaupten - denn es kann vermutet werden, dass Kanada seinen Standpunkt kaum machtpolitisch auf bilateraler Ebene durchsetzen kann.

Während der Ölkrise in den 1970er Jahren wurden erstmals Öl- und Gasvorkommen in der kanadischen Arktis gefördert.²⁶⁴ Damit in Zusammenhang steht auch der kanadische „Arctic Waters Pollution Prevention Act“, der die Einführung von Sicherheitszonen um arktische Inseln zur Verhinderung von Umweltverschmutzung gefordert hat. Diese unilaterale Handlung hat Umweltpolitik mit dem Souveränitätsdiskurs verbunden und sollte den Ansprüchen wohl mehr Legitimität verleihen.²⁶⁵

Die 1980er Jahre waren von einer doppelten Bedrohung für Kanada geprägt: Einerseits stellte die Nähe zur Sowjetunion ein militärisches Sicherheitsproblem dar, andererseits wurde die Souveränität Kanadas von den Vereinigten Staaten politisch in Frage gestellt. Dabei stellten sich interessante Diskursallianzen heraus: Die USA und Russland standen auf verschiedenen Seiten im Kalten Krieg, setzten sich aber beide für die Freiheit der Meere und der Schifffahrt ein. Die USA und Kanada standen auf der

²⁶¹ Elliot-Meisel, Elizabeth B. (1998), S. 107.

²⁶² Cf.: *ibid.*, S. 109f.

²⁶³ Cf.: *ibid.*, S. 128 -133.

²⁶⁴ Cf.: Dolata-Kreutzkamp, Petra (2009), S. 2.

²⁶⁵ Cf.: Elliot-Meisel, Elizabeth B. (1998), S. 142f.

gleichen Seite im Kalten Krieg, verfolgten aber unterschiedliche Positionen bezüglich des Status der Nordwestpassage. Kanada und die Sowjetunion waren ebenfalls militärische Gegner, verfolgten aber beide die Strategie der Sektoretheorie zur Legitimation der Souveränitätsansprüche.²⁶⁶

5.3.4. Arktispolitik nach 1989

Nach 1989 wurden die militärische Sicherheitspolitik immer mehr durch ökologische und soziale Sicherheitspolitik in der Region ersetzt. Dadurch wurde auch die Teilnahme der indigenen Bevölkerung am politischen Prozess gefördert und 1999 das semi-autonome Territorium Nunavut gegründet. Dort genießt die indigene Bevölkerung viele Rechte, abgesehen von dem der Ressourcennutzung – ein Recht, das weiterhin beim kanadischen Bundesstaat verbleibt.²⁶⁷ Das neue Mitspracherecht und die verstärkte soziale Komponente zeigen sich auch an der Teilnahme neuer nicht-staatlicher Akteure, beispielsweise NGOs am Diskurs und durch die Erweiterung der bilateralen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten durch zirkumpolare Zusammenschlüsse, wie beispielsweise dem Zirkumpolaren Inuit Rat.²⁶⁸

Kanada hat die Arktispolitik seit 2000, mit der Bekanntmachung der „Northern Dimension of Canada’s Foreign Policy (NDFP)“ fest in die Außenpolitik integriert: Dabei wurden vier vorrangige Ziele formuliert:

- (1) Sicherheit und Wohlstand aller Kanadier, besonders der ansässigen arktischen Bevölkerung,
- (2) Sicherung und Durchsetzung der kanadischen Souveränität,
- (3) Eingliederung der arktischen Region in das internationale Völkerrecht, sowie
- (4) Förderung der humanen und ökologischen Sicherheit in der Region.²⁶⁹

5.4. Aktuelle Positionen

Das Hauptthema der kanadischen Arktispolitik ist die Souveränität in der Region. Alle Probleme die sich mit anderen Staaten ergeben, lassen sich auf diesen Anspruch zurückführen. Zu Durchsetzung dieser territorialen Ansprüche wird Kanada seine wissenschaftlichen Ergebnisse zur Existenz eines erweiterten Festlandssockels bis

²⁶⁶ Cf.: Elliot-Meisel, Elizabeth B. (1998), S. 163f.

²⁶⁷ Cf.: Dolata-Kreutzkamp, Petra (2009), S. 2f.

²⁶⁸ Cf.: *ibid.*, S. 3.

²⁶⁹ Cf.: Carnaghan, Matthew/Goody, Allison (2006), S. 7.

2013 bei der Kommission der Vereinten Nationen vorlegen. Derzeit wird in Betracht gezogen, eine Verlängerung des Lomonosow-Rückens zum kanadischen Ellesmere Island zu beweisen.²⁷⁰ Die Souveränitätsansprüche über die arktischen Gewässer werden international angefochten, die kanadische Hoheitsgewalt über die beanspruchte arktische Landmasse wird hingegen nicht in Frage gestellt.

Die Bedrohung und daraus resultierende Verteidigung der Souveränität sind die Schwerpunkte der derzeitigen kanadischen Arktispolitik. Dadurch treten andere Aspekte, wie etwa Umweltpolitik oder multilaterale Zusammenarbeit in den Hintergrund.²⁷¹ Die Innen- und Außenpolitik wird zunehmend auf Militarisierung und Konfrontation ausgelegt, wie durch den derzeitigen Premierminister Stephen Harper vertreten wird. Um die Akzeptanz dieser Ansprüche auch innerstaatlich zu festigen, bezieht man sich daher auf den mythischen Norden und betont die Dringlichkeit der Thematik mit Slogans wie „use it or lose it“²⁷².

Die Ansprüche Kanadas beinhalten die „[...] Rechtsprechung und politische Verfügungsgewalt über Teile des arktischen Meeres, die zugleich dem Einfluss anderer Akteure entzogen seien“²⁷³ und folgen damit dem klassischen Souveränitätsbegriff. Diese Definition hat jedoch in jüngster Zeit eine Erweiterung erfahren, indem sie nicht mehr ausschließlich als Recht, sondern auch als Pflicht bzw. soziale und ökologische Verantwortung gesehen wird.²⁷⁴ Souveränität wird gleichzeitig als Recht zur Nutzung und als Pflicht zum Schutz verstanden.

Im Jahr 2008 wurden der Bau bewaffneter Eisbrecher und eine Verstärkung der militärischen Präsenz in der Arktis angekündigt. Auf innenpolitischer Ebene wurde die Zusammenarbeit mit den indigenen Völkern vernachlässigt. Diese Maßnahmen beziehungsweise Vernachlässigungen sind symptomatisch für das Spannungsverhältnis in dem Kanada sich derzeit befindet, nämlich „indigene Rechte auf Land und Ressourcen mit nationalen Politikzielen wie Energiesicherheit, territorialer Integrität und Souveränität zu vereinbaren“²⁷⁵.

Premierminister Harper stimmt die Arktispolitik derzeit ganz auf den Erhalt der Souveränität ein. Obwohl weiterhin lokale und regionale politische Aktionen in der

²⁷⁰ Cf.: Girg, Bastian (2008), S. 8.

²⁷¹ Cf.: Dolata-Kreutzkamp, Petra (2009), S. S. 4.

²⁷² Kaim, Markus (2008), S. 2.

²⁷³ Ibid., S. 2.

²⁷⁴ Cf.: Kaim, Markus (2008), S. 2.

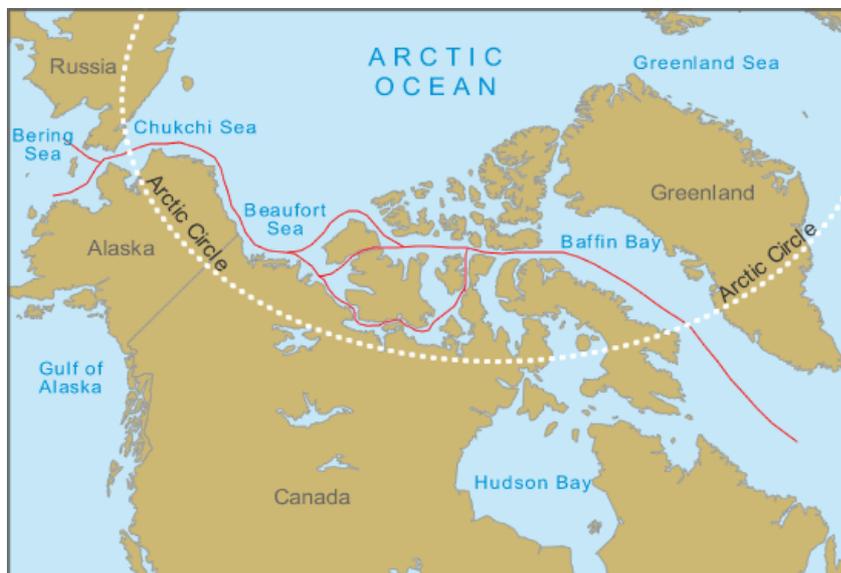
²⁷⁵ Dolata-Kreutzkamp, Petra (2009), S. 5.

arktischen Region stattfinden, werden diese im öffentlichen Diskurs vernachlässigt. Priorität wird derzeit dem gegeben, was Coates die „kanadische Paranoia“ nennt. Abgesehen von der indigenen Bevölkerung wurde die Arktis von Kanada nicht genutzt, was jetzt geändert werden soll. Nicht weil man die Region nutzen will, sondern weil man sie nutzen muss, um die Souveränität zu verteidigen.²⁷⁶

5.4.1. Die Nordwestpassage

Die Nordwestpassage ist eine Schiffroute, die den Atlantik und den Pazifik verbindet, genauer gesagt die Gewässer zwischen Baffin Bay bzw. Davis Strait und der Beringstraße.²⁷⁷ Die kommerzielle Nutzung der Nordwestpassage wird durch den Klimawandel und das damit verbundene Abschmelzen des Packeises ermöglicht. Diese potentielle Nutzbarkeit macht die Route zu einem Streitpunkt. Nun muss völkerrechtlich geklärt werden wem die Route „gehört“ bzw. wie ihr Status zu definieren ist. Für Kanada ist diese Frage von sowohl sicherheits- als auch verteidigungs-politischer Natur.²⁷⁸ Daneben spielt auch der Aspekt der Umweltsicherheit eine Rolle.

Abbildung 5: Die Nordwestpassage



Quelle: <http://geology.com/articles/northwest-passage.shtml> (30.01.2010)

Die Nordwestpassage ist für Kanada Teil des kanadischen Staatsterritoriums, genauer gesagt Teil der internen Gewässer. Das würde bedeuten, dass Schiffe anderer Staaten in den Binnengewässern nur das Recht auf friedliche Durchfahrt hätten. Als die

²⁷⁶ Cf.: Coates, Ken S. et al. (2008), S. 186.

²⁷⁷ Cf.: Carnaghan, Matthew/Goody, Allison (2006), S. 2.

²⁷⁸ Cf.: Coates, Ken S. et al. (2008), S. 148.

kanadische Sektorentheorie jedoch erstmals vertreten wurde, wurde kein Anspruch auf die Gewässer innerhalb dieses Sektors gestellt – dieser Standpunkt entwickelte sich erst in den 1950er und 1960er Jahren.²⁷⁹ Die international weit verbreitete, und vor allem von den Vereinigten Staaten vertretene, Ansicht ist, dass die Nordwestpassage eine internationale Meeresstraße ist. Die Route müsste jedoch in wesentlichem Ausmaß bereits befahren werden, um der Definition einer internationalen Wasserstraße, die ein Durchfahrtsrecht für alle Schiffe ermöglichen würde, zu genügen. Solange die Nordwestpassage nicht eisfrei ist, bleibt die kanadische Position, dass die Route Teil der kanadischen Binnengewässer sei, einigermaßen gefestigt. Sobald sie jedoch dauerhaft befahrbar wird, könnte diese Argumentation an Plausibilität verlieren.²⁸⁰

Damit ist die Problematik dieser Schifffahrtsroute für die kanadische Arktispolitik von besonders großer Bedeutung. Denn ein Verlust der Souveränität in diesem Bereich kann von kanadischer Seite nicht geduldet werden. Der Status der Nordwestpassage und die damit verbundene Frage der Souveränität ist also nicht länger ausschließlich eine rechtliche, sondern auch eine politische Frage.

Zu beachten gilt, dass kein Staat die kanadische Hoheitsgewalt über die Gewässer der Nordwestpassage in Frage stellt. Der Konflikt dreht sich um die Frage welchen Status die Route selbst hat: Ist sie Teil der Binnengewässer oder eine internationale Meeresstraße? Dass sie Teil Kanadas ist, ist unbestritten.²⁸¹

Es bleibt abzuwarten wie Kanada diesen Anspruch durchsetzen will. Derzeit gibt es keinen Anrainerstaat, der die kanadischen Vorstellungen offen unterstützt. Möglich wäre auch, dass die Nordostpassage früher befahrbar wäre als die Nordwestpassage. Diese Alternative wird von Russland gefördert, das die Steigerung der arktischen Schifffahrt als Gewinn – und nicht als Gefährdung der Souveränität - betrachtet.²⁸²

5.4.2. Hans Island

Hans Island ist eine kleine, unbewohnte Insel zwischen Kanada und Grönland von ungefähr 1,3 km² Größe, die zum Symbol für die Fähigkeit geworden ist, staatliche Souveränität in der Arktis auszuüben.²⁸³

²⁷⁹ Cf.: Elliot-Meisel, Elizabeth B. (1998), S. 122f.

²⁸⁰ Cf.: Kaim, Markus (2008), S. 2.

²⁸¹ Cf. Coates, Ken S. et al. (2008), S. 81.

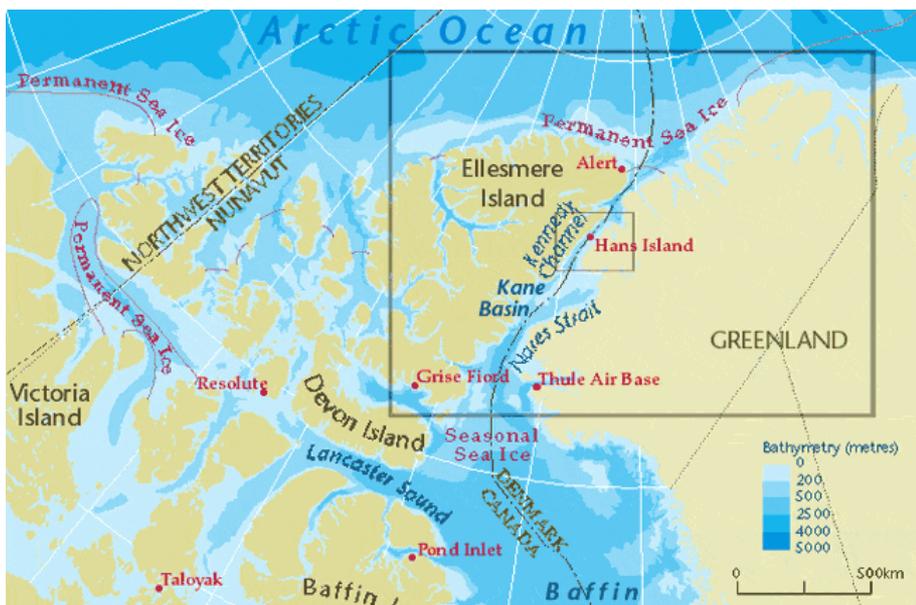
²⁸² Cf.: *ibid.*, S. 196.

²⁸³ Cf.: Carnaghan, Matthew/Goody, Allison (2006), S. 5.

„Hans Island has taken on a significance disproportionate to its size as a symbol of Arctic sovereignty for the two countries because of the additional potentially resource-rich access it could grant to either nation.“²⁸⁴

Das Problem um Hans Island kam erstmals 1972 bei Grenzverhandlungen zwischen Dänemark und Kanada zur Sprache. Im Sinne eines „agreement to disagree“ blieb die betreffende Insel im Vertrag unbehandelt. Die Lösung dieses Konflikts wurde lange Zeit aufgeschoben und gehörte nicht zu den Prioritäten der beiden Staaten. Erst als bekannt wurde, dass die Insel als Basis für Forschungszwecke einer kanadischen Firma genutzt wurde, erhöhte sich die Brisanz des Themas. Seitdem wird dem Konflikt mediale Beachtung geschenkt, besonders seit dem Jahr 2005, als die Insel abwechselnd von offiziellen Vertretern beider Staaten besucht wurde.²⁸⁵

Abbildung 6: Hans Island



Quelle: Canadian Geographic: <http://www.canadiangeographic.ca/hansIsland/maps.asp> (01.02.2010).

Bis heute ist es nicht gelungen den zwischenstaatlichen Disput zu lösen. Sowohl Kanada als auch Dänemark beanspruchen die Insel für sich, die regelmäßig von Vertretern der jeweiligen Regierung besucht wird, um diese Ansprüche zu festigen. Es ist zu erwarten, dass keiner der beiden Staaten seine Ansprüche aufgeben wird, da laut U.S. Geological Survey das Gebiet zwischen West-Grönland und Ost-Kanada vermutlich eines der reichsten Ölvorkommen hat.²⁸⁶ Ein weiterer wichtiger Grund ist, dass Hans Island, nach der Sektorentheorie, in die kanadischen Gebietsansprüche

²⁸⁴ Ebinger, Charles K./Zambetakis, Evie (2009), S. 1229.

²⁸⁵ Cf.: Coates, Ken S. et al. (2008), S. 157f.

²⁸⁶ Cf.: U.S. Geological Survey (2008), S. 4.

fällt. Daher käme ein Verzicht Kanadas auf die Insel einer Aufgabe seines Legitimitätsdiskurses gleich. Sollte sich die Sektorentheorie jedoch durchsetzen, wäre Hans Island von großer strategischer Bedeutung für Dänemark, um Zugangsrechte zu kanadischen Binnengewässern geltend zu machen.²⁸⁷

Der Konflikt um Hans Island besteht bis heute, ohne absehbare Lösung. Dabei bleibt unerforscht, ob es überhaupt nennenswerte Ressourcenvorkommen gibt. Der Konflikt beruht also allein auf den potentiellen Möglichkeiten die Hans Island in Bezug auf Ressourcenpolitik, Fischereirechte und Souveränitätsansprüchen bieten könnte.

5.4.3. Beaufort Sea

Wäre der kanadische Souveränitätsanspruch international gesichert, so wären auch die Bodenschätze unter kanadischer Kontrolle. Aber nicht nur Hans Island ist ein ungeklärter Grenzkonflikt. In der Region Beaufort Sea bestehen Grenzstreitigkeiten zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten, da dort große Öl- und Gasressourcen vermutet werden. Also beruht auch dieser Konflikt, genau wie Hans Island, auf den potentiellen Möglichkeiten die sich dort bieten, die jedoch noch nicht bewiesen worden sind.

Im Fall des Grenzkonflikts der Beaufort Sea beruft sich Kanada wieder auf die Sektorentheorie, obwohl diese Art der Grenzziehung von den Vereinigten Staaten nicht anerkannt wird. Der Meridian 141°W markiert die Grenze zwischen Alaska und Kanada. Von kanadischer Seite wurde, nach der Sektorentheorie, angenommen, dass sich diese Grenze auch in der Beaufort Sea weiterführt.²⁸⁸ Eine graphische Darstellung des Grenzkonflikts in der Beaufort Sea ist im Anhang zu finden.

Dadurch, dass die USA das Seerechtsübereinkommen nicht unterzeichnet haben, kann Kanada eine Lösung des Grenzkonfliktes nicht auf internationaler Ebene erzwingen. Da es fraglich ist, ob sich Kanada auf bilateraler Ebene durchsetzen kann, kann vermutet werden, dass der Konflikt in der Beaufort Sea noch länger ungelöst bleibt.

²⁸⁷ Cf.: Haller, Moritz (2008), S. 109, 110.

²⁸⁸ Cf.: Coates, Ken S. et al. (2008), S. 167f.

5.4.4. Militärische Sicherung

Um die Souveränität zu sichern, sind sowohl politische Anstrengungen auf internationaler Ebene, als auch militärische Sicherung der Region notwendig. Die Kosten für kompatible technische Geräte und der militärischen Präsenz sind sehr hoch und wurden seit dem Ende des Kalten Krieges mehr und mehr vernachlässigt.²⁸⁹

Derzeit verfügt Kanada über fünf Eisbrecher der kanadischen Küstenwache, die allerdings nicht nur in der Arktis, sondern auch im Atlantik ihren Dienst versehen.²⁹⁰ Dementsprechend sind diese Eisbrecher überfordert. Die arktische Region genießt nur mige Sicherung, da die kanadische Marine über keine Eisbrecher verfügt. Es kann vermutet werden, dass sich die kanadische Regierung aus Kostengründen dazu entschlossen hat, keine weiteren Eisbrecher bauen zu lassen und auf die natürlichen Barrieren der Arktis zur Sicherung der kanadischen Souveränität zu vertrauen.

Die tatsächliche Kontrolle und Sicherung der Region obliegt der „Canadian Forces Northern Area (CFNA)“, die in Kooperation mit der Armee mehrere militärische Operationen in der Region vollziehen.²⁹¹ Außerdem wird der Luftraum durch verschiedene Radarsysteme gesichert, die in den nächsten Jahren weiter ausgebaut werden sollen.²⁹²

Premierminister Harper hat 2006 den Bau weiterer Eisbrecher angekündigt. Dieses Vorhaben wurde aber, vermutlich aus Kostengründen, nicht umgesetzt. Dafür wurde die Zahl der Manöver und der Kontrolleinheit der Canadian Rangers erhöht. Außerdem ist ein Tiefseehafen an der Nordwestpassage in Planung.²⁹³ Zusätzlich zu dieser verbesserten Infrastruktur sollen auch bis zu acht eistaugliche Patrouillenboote angeschafft werden.²⁹⁴ Diese Maßnahmen sollen gleichzeitig die militärische Präsenz erhöhen und Konfliktentschrfend wirken. Ein Großteil dieser Schritte wurde nach der russischen Flaggenaktion beschlossen, was die Bedeutung dieses „key incident“ für den Arktiskonflikt noch einmal zeigt.

²⁸⁹ Cf.: Carnaghan, Matthew/Goody, Allison (2006), S. 8.

²⁹⁰ Cf.: *ibid.*, S. 8.

²⁹¹ Cf.: Carnaghan, Matthew/Goody, Allison (2006), S. 8.

²⁹² Cf.: *ibid.*, S. 9.

²⁹³ Cf.: Kaim, Markus (2008), S. 3.

²⁹⁴ Cf.: Girg, Bastian (2008), S. 8.

5.5. Die innenpolitische Dimension kanadischer Arktispolitik

Die Arktis ist in Kanada, im Gegensatz zur Europäischen Union, ein viel diskutiertes und medial breit behandeltes Thema. Der Diskurs ist öffentlich und intensiv, da er ein wichtiges innenpolitisches Thema – die Souveränität – behandelt und beinhaltet damit auch gewisse identitätsstiftende Aspekte.

Wie bereits erwähnt, wird sowohl auf außenpolitischer als auch innenpolitischer Ebene für die Anerkennung der Souveränitätsansprüche gearbeitet. Von dieser Thematik besonders betroffen sind dabei die drei arktischen Bundesstaaten Yukon, Nunavut, die Northwest-Territorien und deren indigene Bevölkerung.

In der kanadischen Außenpolitik wird bei der Arktispolitik eine einheitliche Linie verfolgt. Auf innenpolitischer Ebene gibt es jedoch, vor allem in der Frage der Ressourcennutzung, Differenzen.²⁹⁵ Wie bereits erwähnt, behält sich die Bundesebene die Nutzungsrechte an Bodenschätzen vor, während die indigene Bevölkerung, die First Nations, ein Mitspracherecht fordert. Die wirtschaftliche Nutzung der Arktis könnte die traditionelle Lebensweise der First Nations gefährden, kann aber auch im Interesse der indigenen Bevölkerung eingesetzt werden.²⁹⁶ Außerdem wird auf bundesstaatlicher Ebene eine Argumentationslinie verfolgt, die sich an der Durchsetzung des klassischen Souveränitätsbegriffes orientiert. Die Premierminister der arktischen Bundesstaaten dagegen, würden eine stärker multilateral orientierte Lösung bevorzugen.²⁹⁷

Die kanadische Arktispolitik befindet sich in einem Spannungsfeld zwischen nationaler Sozial- und Regionalpolitik und internationaler Außenpolitik. Somit wird an mehreren Fronten gleichzeitig gekämpft, was vermutlich auf Kosten eines oder mehrerer Politikfelder gehen wird. Im Moment liegt der Fokus auf der Außenpolitik um die nationale Souveränität zu verteidigen. Es bleibt zu hoffen, dass verstärkt auf die innenpolitische Regional- und Sozialpolitik Bezug genommen wird, wenn diese gesichert ist. Denn durch den derzeitigen außenpolitischen Bezug wird die Thematik auf die staatlichen Akteure reduziert. Zwar werden internationale Organisationen, wie der Arktische Rat, durchaus anerkannt, aber vergleichsweise wenig mit einbezogen, genauso wenig wie die kanadische Zivilgesellschaft.

²⁹⁵ Cf.: Kaim, Markus (2008), S. 3.

²⁹⁶ Cf.: *ibid.*, S. 3.

²⁹⁷ Cf.: Kaim, Markus (2008), S. 3.

Außerdem muss Kanada zwischen den Möglichkeiten, welche die Ressourcen in der Arktis bieten und der Vulnerabilität dieser Region abwägen. Vom empfindlichen ökologischen Gleichgewicht hängt beispielsweise die traditionelle Lebensweise der indigenen Bevölkerung ab. Ressourcenausbeutung hat daher sowohl ökologische als auch soziale Auswirkungen, die es zu beachten gilt.

Ein weiteres Problem besteht im innenpolitischen Status der Arktispolitik: Lange Zeit ist die Region unbeachtet geblieben und wurde nur zum öffentlichen Thema, wenn die Souveränität in Frage gestellt wurde. Das war beispielsweise bei der Durchquerung der Nordwestpassage durch US-amerikanische Schiffe in den Jahren 1969/70 und 1985, die medial stark verfolgt wurden, der Fall. Als Reaktion darauf verabschiedete die kanadische Regierung neue Gesetze, welche die staatliche Hoheitsgewalt sichern sollten.²⁹⁸ Diese Episode ist ein weiteres Beispiel dafür, dass die Arktis innenpolitisch dann beachtet wird, wenn sie außenpolitisch gefährdet ist und zeigt, wie gering ihr Status auf nationaler Ebene zu beurteilen ist.

Die Bedeutung die der Region auf innenpolitischer Ebene zukommt, ist ihr identitätsstiftender Charakter: Der kanadische Norden wird sowohl in der Nationalhymne als auch in der Geschichtsschreibung glorifiziert und zum Mythos gemacht – dabei wird vom starken und freien Norden gesprochen.²⁹⁹ Obwohl der Norden im kanadischen Diskurs rhetorisch wichtig ist, besteht in der Realität eine Diskrepanz zwischen dem kanadischen Norden und Süden. Der aktuelle Arktiskonflikt stellt für Kanada eine innenpolitische Chance dar, nämlich die Möglichkeit den Norden besser in den Staat zu integrieren. Sozusagen ein „northern nation-building“³⁰⁰.

Um den kanadischen Norden für die Bevölkerung aufzuwerten wären folgende Maßnahmen notwendig: Eine verbesserte Infrastruktur, finanziell erschwinglicher Wohnbau, Errichtung einer arktischen Universität und Angleichung des Lebensstandards an durchschnittliche kanadische Verhältnisse.³⁰¹

Obwohl die militärische Sicherung derzeit im Vordergrund zu stehen scheint, beinhaltet das kanadische Regierungsprogramm auch soziale und ökologische Komponenten. Eine umfassende Herangehensweise scheint notwendig um den kanadischen Norden

²⁹⁸ Cf.: Dolata-Kreutzkamp, Petra (2009), S. 3.

²⁹⁹ Cf.: *ibid.*, S. 4.

³⁰⁰ Cf.: Coates, Ken S. et al. (2008), S. 202.

³⁰¹ Cf.: *ibid.*, S. 206f.

und Süden einander näher zu bringen. Dadurch könnte die kanadische Arktispolitik auf innenpolitischer Ebene aufgewertet werden.³⁰²

5.6. Zwischenfazit

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Arktis weiterhin ein wichtiges Thema in der kanadischen Innen- und Außenpolitik ist, aber am Mangel tatsächlicher Aktionen leidet. Einerseits wird der arktische Norden fest mit der kanadischen Identität verbunden, andererseits werden nicht ausreichend Handlungen gesetzt um die Souveränität in der Region zu verteidigen. Es kann argumentiert werden, dass die arktische Region nicht ausreichend in der Gesellschaft integriert ist und daher nur im Fall von „Gefahr in Verzug“ politisch behandelt wird. In diesen Fällen wird der Diskurs öffentlich und intensiv geführt, aber das Risiko des Vergessens ist weiterhin gegeben: „Aus den Augen aus dem Sinn“ scheint ein kanadisches Motto in Bezug auf die Arktis zu sein.³⁰³ Diese Tradition der Vernachlässigung ist der Grund für den derzeitigen Aufholbedarf.

Kanada bemüht sich um Wahrung der Souveränität, die Präsenz in der Region bleibt dennoch mangelhaft. Außerdem fehlt es immer noch an einer vollen innenpolitischen Integration der Arktis. Zwar können auf lokaler Ebene, laut Coates, durchaus politische Initiativen beobachtet werden, aber nicht auf Bundesebene. Obwohl der Hohe Norden in der politischen Rhetorik kanadischer Politiker immer wieder zum Einsatz kommt, gibt es nur wenig effektives Bekenntnis des Südens zum Norden.³⁰⁴

Kanadische Souveränität in der Arktis wird vornehmlich als Besitz verstanden.³⁰⁵ Die Idee, dass ihre Ausübung nicht nur ein Recht, sondern auch eine Verantwortung ist, setzt sich nur langsam durch. Wichtig ist dabei, dass sich dieses Verständnis nicht auf rhetorischer Ebene, sondern auch in der Realpolitik durchsetzt. Dazu muss der kanadische Norden ganzheitlich in den Staat integriert werden: „Sovereignty starts at home. A proper Arctic strategy requires the completion of nation-building within Canada.“³⁰⁶

Des Weiteren befindet sich Kanada vor allem im Hinblick auf die Nordwestpassage und die USA in einem Zwiespalt: Kanada muss sich entscheiden, ob die Qualität der

³⁰² Cf.: Coates, Ken S. et al. (2008), S. 196.

³⁰³ Cf.: *ibid.*, S. 189f.

³⁰⁴ Cf.: *ibid.*, S. 191 – 193.

³⁰⁵ Cf.: *ibid.*, S. 213.

³⁰⁶ *Ibid.*, S. 216.

bilateralen Beziehungen oder die Souveränitätsansprüche in der Beaufort Sea wichtiger sind. Die geographische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Nähe zu den Vereinigten Staaten, durch die die kanadische Außenpolitik, wie oben erwähnt, üblicherweise gekennzeichnet ist, findet sich also auch in der kanadischen Arktispolitik wieder. Die Idee über die totale Kontrolle der Nordwestpassage erscheint unrealistisch.³⁰⁷ Es gilt zwischen Machtpolitik und internationaler Kooperation zu entscheiden. Nach meiner Einschätzung hätte Kanada durch internationale Zusammenarbeit mehr zu gewinnen als zu verlieren.

Die Sektoretheorie wird von Kanada bis heute vertreten und von anderen Begründungen ergänzt um die Souveränität in der Arktis zu legitimieren. Einerseits wird argumentiert, dass das arktische Festland von einer kanadischen indigenen Bevölkerung bewohnt wird und damit zwei Aspekte der Souveränität, nämlich Territorium und Bevölkerung, die einer staatlichen Autorität untersteht, gegeben sind. Andererseits wird Souveränität mit dem Begriff der Verantwortlichkeit der Staaten, in Bezug auf die internationale Sicherheit, in Verbindung gebracht: Souveränität wird nicht nur als Recht Staatsmacht auszuüben, sondern auch als Verantwortlichkeit definiert.³⁰⁸ Diese Verantwortung beinhaltet auch die Partizipation der indigenen Bevölkerung, die, wie schon angesprochen, in der derzeitigen Politik wenig beachtet wird.

In Kanada sind mehrere Diskurse zur Arktis zu erkennen die mitunter ergänzend, aber teilweise auch gegensätzlich geführt werden. Einerseits gibt es den aggressiven Diskurs, dessen Hauptthema die Wahrung kanadischer Souveränität ist. Dieser erscheint oft dominant, da ihm die mediale Aufmerksamkeit in Kanada gilt. Andererseits existiert ein Diskurs der sich mit den Ressourcen der Arktis befasst. Außerdem gibt es einen Diskurs, der sich mit den sozialen und ökologischen Implikationen der Veränderung der arktischen Region befasst. Um die kanadische Position zu stärken, wäre ein umfassender Diskurs angemessen. Umwelt-, Energie-, und Sicherheitspolitik sollten gleichberechtigt behandelt werden.

Fraglich bleibt welche Möglichkeiten die Arktis für Kanada wirklich bietet. Sollten tatsächlich große Öl- und Gasvorkommen zu finden sein, wäre es schwierig diese, unter den derzeitigen Bedingungen, zu fördern. Den kanadischen Standpunkt zur Nordwestpassage mit allen Mitteln zu verteidigen könnte auf internationaler Ebene von Nachteil sein. Außerdem hat Kanada schwerlich die notwendigen Mittel um dessen

³⁰⁷ Cf.: Coates, Ken S. et al. (2008), S. 193.

³⁰⁸ Cf.: Carnaghan, Matthew/Goody, Allison (2006), S. 2.

Einhaltung zu kontrollieren. Da die kanadische Souveränität in der arktischen Region bis zum aktuellen Diskurs nicht in Frage gestellt wurde, ist die Arktis vernachlässigt worden. Im Vergleich zu anderen Anrainerstaaten ist die kanadische Präsenz und Auseinandersetzung mit diesem Gebiet viel geringer.³⁰⁹

Wie der Arktiskonflikt ausgehen wird, hängt unter anderem von Kanada ab. Nämlich davon, ob die Konfrontationslinie und der Fokus auf territoriale Integrität und Souveränität beibehalten werden oder ob soziale und umweltpolitische Aspekte stärker in die kanadischen Innen- und Außenpolitik stärker integriert werden. Auch die Frage, ob und inwiefern Kanada in der typischen außenpolitischen Rolle als Mittelmacht handeln wird oder ob ein neuer Weg eingeschlagen wird, bleibt spannend.

Die kanadische Position zur Arktis ist derzeit voll auf die Souveränitätsfrage eingestimmt. Der dominierende Diskurs verfügt über eine gewisse Aggressivität. Diese Kampfbereitschaft könnte ein Resultat der derzeitigen innen- und außenpolitischen Herausforderungen und der Notwendigkeit zu Handeln, sein. Das folgende Zitat von Premierminister Harper fasst das dementsprechend zusammen:

“Canada has a choice when it comes to defending our sovereignty over the Arctic. We either use it or lose it. And make no mistake, this Government intends to use it. Because Canada’s Arctic is central to our national identity as a northern nation. It is part of our history. And it represents the tremendous potential of our future.”³¹⁰

³⁰⁹ Cf.: Coates, Ken S. et al. (2008), S. 197f.

³¹⁰ Office of the Prime Minister (2007).

6. Die Beziehungen der EU zu Kanada

Das folgende Kapitel soll die bilateralen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Kanada kurz darstellen. Dabei sollen sowohl die geschichtliche Entwicklung als auch aktuelle Aspekte aufgezeigt werden. Abschließend sollen die beiden Arktispolitiken verglichen und ihre Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen dargestellt werden.

6.1. Geschichtliche Entwicklung

Seit der Gründung der EU gibt es eine bestehende Beziehung zu Kanada. Zu Beginn war diese Beziehung, begründet in der ökonomisch ausgerichteten Struktur der EU, rein wirtschaftlich. Sie hat sich aber im Laufe der Zeit in viele andere Bereiche, zu einer so genannten strategischen Partnerschaft, ausgeweitet.³¹¹

In den fünfziger und sechziger Jahren gab es bereits bilaterale Abkommen zwischen der EU und Kanada in Bereichen der friedlichen Nutzung von Atomenergie und im Rahmen der GATT (General Agreement on Tariffs and Trade). Das erste formelle Dokument der Wirtschaftspolitik ist das „Rahmenabkommen über handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Kanada“ von 1976. Dieses Abkommen bildet auch heute noch die Grundlage für die kanadisch-europäischen Wirtschaftsbeziehungen. Es konzentriert sich auf die Zusammenarbeit in ökonomischen Bereichen: Nämlich auf eine handelspolitische und eine wirtschaftliche Zusammenarbeit.³¹² Die handelspolitische Zusammenarbeit umfasst eine Verpflichtung „die optimale Entwicklung und Diversifizierung ihres wechselseitigen Handels zu fördern“³¹³. Gleichzeitig gibt es auch eine Einschränkung, nämlich die Bedingung, dass diese multi- und bilaterale Kooperation in Übereinstimmung mit den eigenen politischen Zielen erfolgt.³¹⁴ In den Bereich der Handelspolitik fallen laut Abkommen die Lösung von Handelsproblemen, kommerzielle Transaktionen und der Zugang zu Ressourcen und Rohstoffen, sowie die Reduktion von Wettbewerbshindernissen.³¹⁵

³¹¹ Cf.: Europäische Kommission (2009b).

³¹² Cf.: Amtsblatt der Europäischen Union (1976).

³¹³ Ibid.

³¹⁴ Cf.: ibid.

³¹⁵ Cf.: ibid.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit umfasst die Gebiete Industrie, Erschließung neuer Märkte, technologischer und wissenschaftlicher Fortschritt, neue Beschäftigungsmöglichkeiten, Verringerung regionaler Ungleichgewichte, Schutz und Verbesserung der Umwelt, sowie Verbesserung des Lebensstandards.³¹⁶ Um diese Ziele zu erreichen sollen unter anderem gegenseitige Investitionen sowie gemeinsame Aktionen in Drittländern getätigt und zweckdienliche Informationen regelmäßig ausgetauscht werden.³¹⁷

In den folgenden Jahren wurden verschiedene Abkommen vor allem in den Bereichen Atomenergie, Wirtschaft sowie Bildung geschlossen. Ein Meilenstein in den bilateralen Beziehungen war bestimmt die so genannte „Partnership Agenda“ von 2004, welche die bisherige Zusammenarbeit betont und weitere Formen der Kooperation fördern soll. Ebenfalls beim Gipfeltreffen von 2004 wurden die Rahmenbedingungen für eine neue wirtschaftliche Kooperation beschlossen: Das Trade and Investment Enhancement Agreement (TIEA), das schon beim Gipfeltreffen von 2002 erstmals angedacht wurde.³¹⁸

6.2. Aktuelle Lage

6.2.1. Wirtschaft

Heute ist die EU, nach den USA, Kanadas zweitgrößter Handelspartner (während Kanada auf Platz elf der größten Handelspartner der EU steht). Dabei machte der Handelsbilanzüberschuss der EU im Jahr 2008 gegenüber Kanada 2,3 Mrd. Euro aus.³¹⁹

Aktuelle Diskussionen umfassen, neben dem Diskurs über die Arktis, eine Debatte über ein mögliches Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der EU. Aufgekommen ist dieses Thema während der deutschen Ratspräsidentschaft 2007, trotzdem wurde bis heute kein entsprechendes Abkommen abgeschlossen.³²⁰ Vor allem der Name „Freihandelsabkommen“ war ein Problempunkt, da es eine gewisse Nähe zur NAFTA suggeriert. Deshalb wurde auf dem EU-Kanada Gipfeltreffen im Mai 2009 in Prag folgende Bezeichnung gefunden: Comprehensive Economic and Trade

³¹⁶ Cf.: Amtsblatt der Europäischen Union (1976).

³¹⁷ Cf.: *ibid.*

³¹⁸ Cf.: Department of Foreign Affairs and International Trade Canada (2009b).

³¹⁹ Cf.: Eurostat-Pressestelle (2009).

³²⁰ Cf.: Guerin, Selen Sarisoy/Napoli, Chris (2008), S. 1.

Agreement (CETA).³²¹ Die Verhandlungen zu diesem Abkommen sind derzeit im Gange.

Von einem derartigen Abkommen würden beiden Parteien logischerweise profitieren, vor allem aber ist es notwendig: Der europäisch-kanadische Handel wird derzeit von Zöllen, sowie durch unterschiedliche technologische und wissenschaftliche Standards behindert.³²² Durch ein Freihandelsabkommen könnte die EU ihre Exporte sowie ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern. Kanada könnte die wirtschaftlichen Verbindungen zu ihrem zweitgrößten Handelspartner verbessern und somit eventuell die ökonomische Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten ausgleichen. Die EU könnte ihre wirtschaftliche Position in Nordamerika stärken und Kanada eine differenziertere Wirtschaftspolitik verfolgen.

6.2.2. Importverbot für Robbenfelle

Trotz massiven Lobbyings und vieler Verhinderungsversuche wurde ein europäisches Importverbot von Robbenfellen durchgesetzt. Als Reaktion darauf wurde der EU von kanadischer Seite der Beobachterstatus im Arktischen Rat verweigert.

Obwohl das Importverbot eine Ausnahme für die Produkte der Inuit macht, hat Kanada beschlossen in diesem Fall die WTO als vermittelnde Instanz einzuschalten.³²³ Der Preis für Robbenfelle ist nach dem Bekanntwerden des Verbots signifikant gefallen – dabei wird das Importverbot von Kanada als Behinderung des freien Marktes interpretiert. Denn der Export in die EU, mit den zwei wichtigsten Abnehmern Dänemark und Italien, entspricht einem Wert von ungefähr 4,2 Millionen Euro pro Jahr.³²⁴

6.2.3. Politische Zusammenarbeit

Hier sollen kurz die wichtigsten Rahmendokumente zur politischen Zusammenarbeit zwischen der EU und Kanada dargestellt und zusammengefasst werden. Dazu gehören das Rahmenabkommen über handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Kanada von 1976, das schon oben erwähnt wurde, die Deklaration der Transatlantischen Beziehungen

³²¹ Cf.: Department for Foreign Affairs and International Trade Canada (2009a).

³²² Cf.: Guerin, Selen Sarisoy/Napoli, Chris (2008), S. 23.

³²³ Cf.: Priebe, Reinhard (2009), S. 2.

³²⁴ Cf.: TAZ (2009).

von 1990, die Erklärung zur Nördlichen Zusammenarbeit von 1999, das Partnerschaftsabkommen von 2004 und die Erklärung zum Gipfeltreffen von 2009.

Die 1990 verabschiedete Deklaration der Transatlantischen Beziehungen³²⁵ betont die Bedeutung der Zusammenarbeit und das Bedürfnis einer langfristigen Kooperation zwischen Kanada und der Europäischen Union. Dabei werden allgemeine Werte wie Demokratie, internationale Sicherheit, freie Marktwirtschaft und Multilateralismus formuliert. Als die zwei wichtigsten Prinzipien werden die Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Forschung und Kultur, sowie die Zusammenarbeit in transnationalen Aufgabenbereichen, wie beispielsweise der Kampf gegen den Terrorismus, genannt.

Das Jahr 1996 war wegen der Gemeinsamen Politischen Erklärung und des Aktionsplans von großer Bedeutung für die bilateralen Beziehungen. Der Aktionsplan soll die Beziehungen auf vier Ebenen stärken und vertiefen: (1) Wirtschaftliche Zusammenarbeit, (2) Außen- und Sicherheitspolitik, (3) Transnationale Angelegenheiten und (4) kulturelle Verbindungen.³²⁶ Die wirtschaftliche Zusammenarbeit soll dabei im Rahmen der WTO erfolgen und somit den Multilateralismus stärken. Auch die sicherheitspolitische Agenda beschränkt sich nicht auf die bilaterale Ebene, sondern soll ebenfalls multilateral im Rahmen der Vereinten Nationen und der OSZE erfolgen. Die Transnationalen Angelegenheiten betreffen vor allem die Umweltpolitik, wobei auch eine notwendige Zusammenarbeit in der arktischen Region angesprochen wird, sowie die Themen Migration und Terrorismus. Eine Verbesserung der kulturellen Verbindungen soll durch Austausch, Wissenschaft und Forschung, sowie Tourismus erreicht werden.

Im Dezember 1999 wurde eine Zusammenarbeit im Rahmen der Northern Dimension beschlossen, der ein Dialog folgen soll, der sich im Besonderen mit folgenden Themen befasst: Nachhaltige Entwicklung und Förderung von natürlichen Ressourcen, Erhalt der Biodiversität, Angelegenheiten die indigene Bevölkerung betreffend, Informationsaustausch, Technologieaustausch, Bildungsaustausch, sowie Kooperation in den Bereichen Forschung und höhere Bildung.³²⁷ Dabei soll dieser Dialog nicht nur zwischen der EU und Kanada stattfinden, sondern auch andere Länder wie Russland, die baltischen Staaten, Norwegen und Island mit einbeziehen.

³²⁵ Cf.: Europäische Delegation in Kanada (1990).

³²⁶ Cf.: Europäische Delegation in Kanada (1996).

³²⁷ Cf.: Europäische Kommission (1999), S. 1f.

Die 2004 vereinbarte Partnership Agenda betont die starken geschichtlichen und kulturellen Verbindungen zwischen der EU und Kanada und verweist auf die hohe Abstimmungskohärenz der beiden Akteure bei verschiedenen Entscheidungen in der UN-Hauptversammlung.³²⁸ Als die fünf wichtigsten Ziele dieser Partnerschaft werden (1) Stärkung der internationalen Sicherheit und Multilateralismus, (2) Förderung des globalen Wohlstands, (3) vertiefte Kooperation im Bereich der Justiz, (4) Behandlung globaler und regionaler Probleme, sowie (5) Stärkung der kulturellen Verbindung der Bevölkerung, genannt.³²⁹

Auch auf dem Gipfeltreffen 2009 in Prag wurde die Partnerschaft zwischen der EU und Kanada erneut betont. Im gemeinsamen Statement wurde dabei auf folgende Punkte eingegangen³³⁰:

(1) Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Die Wichtigkeit der ökonomischen Kooperation in Zeiten der Finanzkrise wird betont. Weiters wird erwähnt, dass die Verhandlungen über das CETA-Abkommen beginnen werden, die ein eindeutiges Signal gegenüber protektionistische Wirtschaftspolitik sein soll. Außerdem wurden die Verhandlungen zu einem Lufttransport-Abkommen beendet, sowie ein Luftsicherheits-Abkommen unterzeichnet.

(2) Energie, Klimawandel und Umwelt: In diesem Bereich wird die Fortführung des Energie-Dialogs betont, der insbesondere Energieeffizienz und erneuerbare Energien umfasst. Dieser Dialog findet dabei im Rahmen von Wissenschaft und Forschung statt. Außerdem soll das Euratom-Kanada Abkommen neu besprochen werden, sowie die Zusammenarbeit im Rahmen der International Partnership for Energy Efficiency Cooperation (IPEEC) weiter forciert werden.

Sowohl die EU als auch Kanada erklärten ihre Bereitschaft, im Rahmen des Gipfeltreffens im Dezember 2009 in Kopenhagen, ein umfassendes und ehrgeiziges Kyoto-Nachfolgeprotokoll zu erarbeiten. Um eine Reduktion der Emissionen zu erreichen, erklärten beide sich auch an der Finanzierung angemessen zu beteiligen. Um einen internationalen Emissionshandel zu etablieren soll daher die europäisch-nordamerikanische Kooperation verstärkt werden. Als weitere Bereiche die einer ausgeweiteten Zusammenarbeit bedürfen, werden Abforstung, Biodiversität und die arktische Region genannt.

³²⁸ Cf.: Luif Paul (2003).

³²⁹ Cf.: Europäische Delegation in Kanada (2004).

³³⁰ Cf.: Rat der Europäischen Union (2009a), S. 2 – 8.

(3) Frieden und Sicherheit: Die beiden Parteien bekennen sich zu einer fortwährenden Stärkung des Multilateralismus, des Völkerrechts und des Status der Vereinten Nationen. Gemeinsam sollen neue Abrüstungsverträge erarbeitet und gegen Massenvernichtungswaffen gekämpft werden. In Bezug auf regionale Konflikte soll gemeinsames ziviles und militärisches Krisenmanagement zum Einsatz kommen.

(4) Wissenschaft und Forschung, Gesundheit, und Bildung: In diesen Bereichen soll es zu einem verstärkten Austausch von Informationen und Forschungsergebnissen, sowie zu neuen Kooperationsstrategien in der Bildung kommen.

6.2.4. Abstimmungsverhalten im Rahmen der Vereinten Nationen

Die oben dargestellten Inhalte sind offiziellen Dokumenten entnommen und daher als Handlungsabsichten, oder eher noch als mögliche Ziele anzusehen. Durch den Vergleich des Abstimmungsverhaltens im Rahmen der Generalversammlung der Vereinten Nationen, ist es möglich einen Eindruck der tatsächlichen Ähnlichkeiten zwischen Kanada und der EU zu erhalten.

Eine Untersuchung von Paul Luif zeigt, dass das Abstimmungsverhalten der EU und Kanada von 1979 bis 2002 nahezu deckungsgleich war.³³¹ In den Themenbereichen Mittlerer Osten, Sicherheit, Abrüstung und Menschenrechte ist eine große Übereinstimmung zu finden. Kanada gleicht in seinem Abstimmungsverhalten dem der EU-Mitgliedstaaten in großem Ausmaß - es sind nur geringfügige Abweichungen zu entdecken.³³² Aus dieser Untersuchung lässt sich zwar nicht die detaillierte inhaltliche Übereinstimmung herauslesen, aber es lässt darauf schließen, dass die EU und Kanada nicht nur theoretische Gemeinsamkeiten haben, sondern auch faktisch den gleichen Überzeugungen folgen.

6.3. Zwischenfazit

Die Beziehung zwischen der Europäischen Union und Kanada können traditionell als gut bezeichnet werden. Kulturelle und ideologische Ähnlichkeiten drücken sich beispielsweise in den Abstimmungsergebnissen der Vereinten Nationen aus, wo beide Akteure oft Übereinstimmungen gezeigt haben.

³³¹ Cf.: Luif, Paul (2003), S. 38, 40.

³³² Cf. *ibid.*, S. 43, 45, 48.

Auch in der Sicherheitspolitik sind sehr vergleichbare Ansätze der beiden Akteure zu beobachten:

„European and Canadian approaches are remarkably similar, both advocating a comprehensive view of security, the strengthening of the multilateral system, and taking into account the human security perspective.“³³³

Die Stärkung des Multilateralismus ist ein Anliegen, das auch in Verträgen und Abkommen immer wieder angesprochen wird und einer beiderseitigen Strategie folgt.

Dieser Multilateralismus zeigt sich durchgehend im politischen Willen, die bilaterale Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Organisationen stattfinden zu lassen. Damit sollen nicht nur die gegenseitigen Beziehungen verbessert, sondern auch der Einfluss der beiden Akteure auf dem internationalen Level gestärkt werden.

Trotz kleinerer Unstimmigkeiten wie beispielsweise dem EU-Importverbot für Robbenfelle, ist die wirtschaftliche Komponente der Beziehungen ungebrochen wichtig. Der wirtschaftliche Aspekt bleibt somit der wichtigste in den bilateralen Beziehungen. Andere Bereiche, wie etwa die justizielle Zusammenarbeit, gewinnen an Bedeutung. So wurde beispielsweise ein Kanada-Europol Abkommen unterzeichnet. Weitere wichtige Themen sind Umwelt, Energie und Bildung.

Neue bilaterale Probleme ergeben sich aus dem unterschiedlichen Arktisdiskurs, die verschiedene Interessen, vor allem in Bezug auf die Nordwestpassage, widerspiegeln, worauf im folgenden Unterkapitel noch genauer eingegangen wird. Die obige Darstellung soll auch deutlich machen, welches Konfliktpotential die Kontroverse um die Arktis hat – denn die ansonsten sehr guten bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Kanada könnten dadurch gestört werden. Dabei konzentriert sich die EU weiter auf die Idee des Multilateralismus, während Kanada das Problem unter dem Aspekt der nationalen Souveränität sieht.

6.4. Vergleich der europäischen und kanadischen Arktispolitik

Abschließend sollen an dieser Stelle die Strategien der EU und Kanadas in der Arktispolitik verglichen werden. Der Begriff Strategie wird nach in der Definition von Edward Luttwak verwendet, der von zwei Dimensionen der Strategie spricht:

³³³ Biscop, Sven (2005), S. 128.

„Der „horizontalen“ Auseinandersetzungen von Gegnern, die versuchen, ihre Aktionen gegenseitig zu durchkreuzen, abzulenken und umzudrehen; und dem „vertikalen“ Zwischenspiel auf den verschiedenen Ebenen des Konflikts, auf der technischen, taktischen, operationellen und noch höheren, zwischen denen keine natürliche Harmonie besteht“³³⁴.

6.4.1. Motivation

Eine Gemeinsamkeit der europäischen und kanadischen Arktispolitik besteht zunächst in der Motivation: Beide haben sowohl sicherheits-, ressourcen- und umweltpolitische Gründe, worauf später noch genauer eingegangen wird. Ein Unterschied in der Arktispolitik der EU und Kanadas besteht in der zeitlichen Auseinandersetzung mit der Region: Kanada verfolgt seine Interessen schon seit dem 19. Jahrhundert, während die Europäische Union der Arktis erst seit vergleichsweise kurzer Zeit Beachtung schenkt. Der Grund einer eigenen Arktispolitik Kanadas besteht einfach darin, dass die Arktis Teil des kanadischen Staatsgebiets ist. Daher datiert die zeitliche Auseinandersetzung in Kanada schon weiter zurück. Der erste arktische EU-Anrainerstaat, nämlich Dänemark mit Grönland, ist der EU erst 1973, zwei weitere, nämlich Schweden und Finnland, sind erst 1995 beigetreten. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit der arktischen Region war sowohl in der Europäischen Union als auch in Kanada erst mit der russischen Flaggenaktion deutlich zu beobachten.

Die Verteidigung der Souveränität als Grund für eine Arktispolitik, ist in der Europäischen Union nicht vorhanden. Die EU könnte von einer gestärkten Souveränität ihrer Mitgliedstaaten zwar profitieren, aber auch von einer intensivierten Governance in der arktischen Region. Der erste Fall könnte für die EU dann von Vorteil sein, wenn Grönland eine vertiefte Zusammenarbeit und Mitsprache zulassen würde oder Island der Union beitreten würde. Bis dahin gestalten sich die europäischen und kanadischen Auffassungen unterschiedlich. Ein Beispiel dafür sind die Positionen zum Status der Nordwestpassage. Kanada sieht diese Schifffahrtsroute als Teil der eigenen Binnengewässer an, die damit unter rein kanadische Verfügungsgewalt fallen würde. Die Europäische Union hingegen folgt der Auffassung der internationalen Wasserstraße, die freies Durchfahrtsrecht für alle Schiffe bedeuten würde. Kanada hat jedoch mehrfach betont, dass bei angemessenen Sicherheits- und Umweltstandards keinem verbündeten Staat die Durchfahrt verweigert werden würde.³³⁵

³³⁴ Luttwak, Edward, zit. nach: Gärtner, Heinz (2005), S. 137.

³³⁵ Cf.: Kaim, Markus (2008), S. 4.

6.4.2. Diskurs

Gemeinsam haben die beiden Policys jedenfalls, dass der politische Diskurs durch die gleiche Erwartungshaltung geprägt ist bzw. diese vermittelt. Beide Diskurse machen glauben, die Beherrschung und Nutzung der Arktis stünde unmittelbar bevor. Dass der Klimawandel, der die Arktis eisfrei und nutzbar machen soll, diese auch enorm bedroht wird im kanadischen Diskurs vernachlässigt. Obwohl ökologische Überlegungen durchaus in den Diskurs Eingang finden, herrschen die Sicherheits- und Energiepolitik vor. Der europäische Diskurs dagegen konzentriert sich stärker auf die ökologische Dimension. Eine Diskurskoalition zwischen Kanada und der Europäischen Union ist nicht zu beobachten.

In Bezug auf den sicherheitspolitischen Aspekt des Arktiskonfliktes bin ich der Meinung, dass es in der EU und in Kanada zwei unterschiedliche Diskurse beziehungsweise Auffassungen des Begriffs der Sicherheit gibt. Im EU-Diskurs wird der Begriff vor allem im Sinne der ökologischen Sicherheit, so wie er in Kapitel 2 definiert wurde, gebraucht. Kanada dagegen verwendet einen klassischen Sicherheitsbegriff auf Grund der territorialen Ansprüche in der Arktis, im Sinne der Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Sicherheit, sowie des Souveränitätsanspruches in der Region.

Daher gibt es für diesen Konflikt aus kanadischer Sicht einen stark militärischen Aspekt, der bei der europäischen Arktispolitik keine Rolle spielt. Denn die Sicherung der Souveränität kann sowohl völkerrechtlich auf internationaler Ebene, im Rahmen eines politischen Prozesses, als auch auf nationaler Ebene durch die militärische Sicherung und Präsenz in der Region durchgesetzt werden. Die finanzielle Belastung dieser militärischen Sicherung fällt damit für die EU weg, die sich ganz auf die internationalen und multilateralen Prozesse konzentrieren kann, während Kanada seine Ressourcen auf beide Ebenen aufteilen muss.

Interessant ist auch die öffentliche Wirksamkeit des Arktisdiskurse: In Kanada ist die Arktis, allein schon wegen der Frage der Souveränität, ein wichtiges Thema der Innenpolitik und wird medial breit behandelt. In der Europäischen Union dagegen gibt es keinen wirklichen öffentlichen Diskurs, abgesehen von vereinzelt Zeitungsartikeln. In der kanadischen Innenpolitik wird der Konflikt wegen seiner sozialen Implikationen für die indigene Bevölkerung beachtet. Die indigene Bevölkerung Kanadas ist, wie schon in Kapitel 5 erläutert, von den Veränderungen in der Arktis in ihrer traditionellen

Lebensweise bedroht. Die Lebensqualität ist niedriger als im kanadischen Süden, was sich auf unzureichende Infrastruktur, mangelnde Bildungsmöglichkeiten, steigende Urbanisierung und Abwanderung zurückführen lässt. Die indigene Bevölkerung in der Europäischen Union ist ebenfalls eine Minderheit, verfügt aber über mehr Möglichkeiten. Infrastruktur, Bildung und ähnliches sind besser erschlossen und zugänglich. Dieser Unterschied ist nicht der EU, sondern den europäischen Nationalstaaten selbst zu verdanken. Außerdem ist der Norden in Europa besser integriert als in Kanada. Obwohl auch dort die sozialen Auswirkungen in der Arktis im Diskurs behandelt werden, fehlt ihnen die innenpolitische Brisanz. Wie schon erwähnt, muss sich Kanada noch der Herausforderung des „northern nation-building“ stellen. Daher müssen die sozialen Fragen eine deutliche Bedeutungssteigerung im kanadischen Diskurs erfahren, um nicht in einer Verschlechterung für die indigene Bevölkerung zu resultieren. Die rhetorische Aggressivität zu Gunsten der Sicherheitspolitik sollte in Kanada insofern reduziert werden.

Eine Differenz ist auch auf der Ebene der Legitimation des Diskurses zu beobachten. Die Europäische Union muss verschiedene Politikfelder (Umwelt-, Energie-, Sicherheits- und Sozialpolitik) bemühen, um das Engagement in der Region zu rechtfertigen. Denn die Definition als Anrainerstaat des arktischen Ozeans orientiert sich für die EU an Grönland und ist daher relativ schwach. Kanada hingegen muss seine Interessen und Ansprüche nicht legitimieren und kann sich daher im Diskurs ganz auf die Argumente zur Verteidigung derselben konzentrieren. Denn die Ansprüche Kanadas beruhen auf dem Konzept der Souveränität, da Kanada definitiv ein Anrainerstaat der Arktis ist.

6.4.3. Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen

Wie schon erwähnt, muss Kanada seine Arktispolitik nicht eigens legitimieren. Dass ein Staat seine Souveränitätsansprüche verteidigt, wird nicht in Frage gestellt. Für die Europäische Union dagegen ist es weniger „natürlich“ eine eigene Arktispolitik zu verfolgen. Deshalb ist die EU mehr gefordert und muss abwägen welche Richtung eingeschlagen wird. Derzeit verfolgt die europäische Arktispolitik noch keine aggressive Linie, sondern konzentriert sich auf die Themen Umwelt- und Energiepolitik. Das bedeutet aber nicht, dass die EU ihre Interessen nicht intensiv verfolgt. Sie gilt als Vorreiter in der internationalen Umweltpolitik, daher ist das ein Feld, in dem es möglich ist sich auch in der Arktis als wichtiger Akteur zu etablieren. Außerdem wählt die EU vermutlich Positionen, die ihren eigenen Interessen dienlich sind und international mit

einer gewissen Wahrscheinlichkeit durchgesetzt werden könnten. Gewisse Positionen könnten aber den bilateralen Beziehungen schaden.

Dass der Arktiskonflikt in den bilateralen Beziehungen eine Rolle spielt, zeigt sich an der kanadischen Reaktion auf das europäische Importverbot für Robbenfelle. Die Europäische Union hat sich um den Beobachterstatus im Arktischen Rat beworben. Der Arktische Rat ist die wichtigste Organisation im Arktiskonflikt – Mitglieds- oder Beobachterstatus bedeutet Mitspracherecht. Um den Protest über das Importverbot stärker zum Ausdruck zu bringen, ist die Bewerbung am kanadischen Veto gescheitert. Kanada ist ohnehin darauf bedacht die Zahl der Akteure gering zu halten. Die unterschiedliche Auffassung zum Status der Nordwestpassage bringt der Europäischen Union kein Wohlwollen in Kanada ein. Als Anrainerstaat wird Kanada vermutlich grundsätzlich weitere Akteure im Konflikt verhindern wollen, besonders solche, die eine andere Meinung vertreten. Ein Beispiel dafür ist die Ausgrenzung der drei „kleinen“ Anrainerstaaten ohne arktische Küstenlinie, bei der letzten Konferenz der A5, die in Kanada stattgefunden hat. Allerdings wurde nicht offen kommuniziert, ob Kanada eine Teilnahme der EU im Arktischen Rat grundsätzlich verhindern wollte, oder ob es ausschließlich als Reaktion auf das Importverbot geschehen ist.

Es kann jedoch vermutet werden, dass die EU-Arktispolitik in Kanada als unerwünschte Einmischung und ungerechtfertigt wahrgenommen wird. Wenn sich die Europäische Union verstärkt im Arktiskonflikt engagieren sollte, könnte das durchaus weitere Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen haben. Trotzdem kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Beziehungen davon nachhaltig beeinflusst würden. Denn die Arktispolitik macht nur einen kleinen Teil der Außenpolitik aus. Außerdem wird noch einige Zeit vergehen, bis die Arktis nutzbar gemacht werden kann – bis dahin wird die EU kaum eine aggressive Position einnehmen.

7. Conclusio und Ausblick

Die Arktis hat strategisch und geopolitisch durch den Klimawandel an Bedeutung gewonnen. Die damit verbundenen Auswirkungen beschränken sich nicht länger nur auf die Anrainerstaaten, sondern beeinflussen die ganze Welt. Trotzdem wird der Konflikt immer noch als regionale Auseinandersetzung betrachtet und von den Anrainerstaaten, insbesondere den A5, dominiert. Dadurch geraten nicht nur die restlichen drei Anrainer, sondern auch Drittstaaten mit Interessen – wie die EU – in Zugzwang.

Die zeitliche Dimension des Konflikts wird durch das Ergebnis der Kommission zur Festlandsockelbegrenzung der Vereinten Nationen bestimmt. Bis dahin wäre es möglich, dass sich auch Drittstaaten als arktische Akteure etablieren. Im Fall der EU wäre das beispielsweise durch einen Beitritt Islands zur Union und eine stärkere Kooperation mit Grönland denkbar. Fraglich ist, wie durchsetzungsfähig sich Drittstaaten in einem regionalen Territorialkonflikt erweisen können. Meiner Ansicht nach wird die Legitimität neuer Akteure von der Entscheidung der Vereinten Nationen bezüglich des Festlandsockels, vom öffentlichen Diskurs und vom Fortschreiten des Klimawandels abhängen. Denn eine Entscheidung der Vereinten Nationen könnte Allianzen der Anrainer- mit Drittstaaten notwendig machen. Auch der öffentliche Diskurs könnte die Politik unter Handlungsdruck bringen und ein Fortschreiten des Klimawandels könnte die Problematik noch aktueller machen, vor allem was die Nordwest- und Nordostpassage betrifft.

Das tatsächliche Ende des Konflikts ist meines Erachtens aber nicht mit der Entscheidung der Vereinten Nationen zu erwarten, die vermutlich von benachteiligten Akteuren angefochten werden könnte – eventuell vor der IMO. Und da das Eis in der Arktis noch lange nicht geschmolzen ist, ist die akute Notwendigkeit zu politischem Handeln noch nicht ausreichend gegeben. Außerdem sind die weiteren Veränderungen in der Region nicht mit Sicherheit vorherzusagen. Das Ergebnis oder die Lösung des Arktiskonflikts bleibt also weiterhin, wenn auch nicht in naher Zukunft, abzuwarten.

Wie schon erwähnt, wird Kanada bis 2013 seine Ergebnisse zur Festlandsockelforschung den Vereinten Nationen vorlegen, daher bleibt der territoriale Konflikt um die Arktis vorerst ungelöst. Die vorliegende Diplomarbeit kann daher nur eine rein theoretische Analyse anbieten.

Szenarien für den Ausgang des Konflikts reichen von einem möglichen militärischen Konflikt bis hin zu einer Lösung auf bilateraler Ebene zwischen den Anrainerstaaten oder durch die Vereinten Nationen. Meiner Einschätzung nach ist beides möglich, wobei die EU wohl kaum an einem militärischen Konflikt teilhaben würde (schon alleine auf Grund der Struktur der europäischen Verteidigungspolitik). Die EU wäre eher in der Rolle eines Mediators zur Eskalationsvermeidung beteiligt. Diese Rolle wäre besonders auf Grund der europäischen Tradition des Multilateralismus denkbar.

Auch die kanadische Außenpolitik folgt einer Tradition des Multilateralismus. Im Fall des Arktiskonflikts wird diese Ausrichtung aber zu Gunsten der Verteidigung nationaler Souveränität aufgegeben. Der derzeitige Diskurs ist aggressiv und auf Konfrontation ausgerichtet. Doch andere Überlegungen finden mehr und mehr Eingang, wie beispielsweise Sozialpolitik auf innenpolitischer Ebene und Umweltpolitik. Auch wenn Kanada im Moment versucht sozusagen seine Muskeln spielen zu lassen, denke ich nicht, dass dieser Zustand von Dauer sein wird. Mit einem multilateralen, auf Kooperation ausgerichteten Ansatz, hätte Kanada mehr zu gewinnen als zu verlieren. Vor allem in Hinblick auf den Status der Nordwestpassage. Sollte sich die Ansicht durchsetzen, dass die Passage als Teil der Binnengewässer zu betrachten sei, wäre Kanada alleinig für Kontrolle und Sicherheit zuständig. Kanada hat, wie schon erwähnt, angekündigt, keinem Verbündeten die Durchfahrt zu verweigern. Doch es ist fraglich, ob Kanada im Fall von Piraterie (die ohne freibeuterische Eisbrecher jedoch wenig wahrscheinlich erscheint) oder Unfällen in der Lage wäre, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Als internationale Meeresstraße könnte Kanada von der Mitarbeit anderer Staaten stärker profitieren und müsste nicht alle Risiken in der Nordwestpassage alleine tragen. Ob Kanada versuchen wird, seine Interessen im Alleingang durchzusetzen oder sich auf den bewährten Multilateralismus besinnt, kann mit Interesse erwartet werden.

Eine offene Frage, die sich im Laufe der Analyse ergeben hat, ist, wie die Position der USA zur SRÜ zu beurteilen ist. Derzeit wird darüber diskutiert, ob das Übereinkommen ratifiziert werden soll oder nicht. Davon ausgehend wäre es interessant zu analysieren, wie sich die Vereinigten Staaten auf die Durchsetzung ihre Interessen konzentrieren werden: Mit einem Beitritt zum SRÜ und der damit verbundenen multilateralen Lösung des Territorialkonflikts oder mit bilateralen, machtpolitischen Mitteln?

Die vier eingangs formulierten Arbeitshypothesen konnten teilweise verifiziert werden. Durch die Analyse ist bewiesen worden, dass die Umwelt- und Sicherheitspolitik in der

EU-Arktispolitik eine große Rolle spielen. Energiepolitische Aspekte werden in den offiziellen Dokumenten ebenfalls erwähnt, nehmen aber weniger Diskussionsraum ein als die beiden anderen Policies. Aus den EU-Dokumenten ist die Umweltpolitik als wichtigster Faktor der Arktispolitik herauszulesen. Damit hat sich die Hypothese, dass Energiepolitik die Hauptmotivation wäre, als falsch erwiesen. In Kanada ist die Sicherheitspolitik, die Verteidigung und Sicherung der Souveränitätsansprüche, der wichtigste Grund für eine eigene Arktispolitik. Für Kanada steht es außer Frage, dass der Konflikt territoriale Angelegenheiten berührt. Daher ist Kanada „automatisch“ ein Akteur des Konflikts. Die Europäische Union wiederum muss sich den Akteurstatus erst „verdienen“. Als Vorreiter in der internationalen Umweltpolitik wird versucht, die EU als Akteur zu etablieren. Um dem „weichem“ Politikfeld Umwelt mehr Durchsetzungskraft zu verleihen, wird Umwelt- mit Sicherheitspolitik verknüpft. Die europäische Arktispolitik wird unter anderem mit der Idee der ökologischen Sicherheit verfolgt.

Ein Politikfeld, dessen Einfluss zu Beginn der Analyse nicht vermutet wurde, ist die Sozialpolitik. Besonders in der kanadischen Innenpolitik von Bedeutung, ist sie auch Teil der europäischen Arktispolitik. Die Arktis ist Wohnraum vieler tausend Menschen, darunter der Minderheit der indigenen Völker. Die Auswirkungen, die der Klimawandel auf diese Bevölkerungsgruppe hat, sind weiterhin zu bedenken. Die Europäische Union muss dementsprechende Policies weiter ausarbeiten – unter Miteinbeziehung der betroffenen Gruppen. Kanada dagegen muss erst beginnen den arktischen Norden vollwertig in die Nation zu integrieren. Im Rahmen der arktischen Sozialpolitik warten daher noch viele Herausforderungen.

Die drei Analysekatoren dieser Arbeit, Umwelt-, Energie- und Sicherheitspolitik sind die am stärksten vertretenen Faktoren im Arktiskonflikt. Von europäischer Seite dominiert die Umweltpolitik; vermutlich deswegen da die Arbeit in diesem Politikfeld am profitabelsten erscheint. Der Profit der EU wäre nicht wie für die Anrainerstaaten zusätzliches Territorium, sondern die Etablierung als akzeptierter Akteur. Die Sicherheitspolitik ist im Sinne von ökologischer Sicherheit auch für die Europäische Union von Relevanz. In den offiziellen Dokumenten der EU werden energiepolitische Aspekte im Vergleich eher marginal behandelt. Vielleicht sind die ersten Dokumente, die die Rahmenbedingungen der Arktispolitik schaffen, noch vorsichtig formuliert. Es wäre durchaus denkbar, dass die EU diesbezüglich konkreter wird, sobald sie anerkannten Akteurstatus im Arktiskonflikt erreicht hat:

Die eingangs gestellte Forschungsfrage, wie und in welcher Form die EU ihre Arktispolitik gestaltet und legitimiert, ist auf verschiedenen Ebenen zu beantworten. Der europäische Arktisdiskurs ist durch legitimierende Strategien geprägt. Die EU muss sich gegenüber den Anrainerstaaten für ihr Interesse rechtfertigen. Die Legitimation der EU besteht einerseits darin, dass die EU-Mitglieder Schweden und Finnland arktische Anrainerstaaten sind und mit Grönland eine enge Partnerschaft besteht. Sollte Island der EU tatsächlich beitreten, würde diese Argumentation weiter gestärkt werden. Andererseits sieht sich die EU in der internationalen Umweltpolitik als führender Akteur. Die Kompetenz, die sie in diesem Bereich bereits erlangt hat, kann auch in der Arktis zur Anwendung kommen. Die Ausformung der europäischen Arktispolitik richtet sich bisher nach umweltpolitischen Überlegungen. Umweltsicherheit ist die Basis dieser Policy. Wie sie sich weiterentwickeln wird, ist schwer vorherzusagen. Denkbar wäre ein größerer Schwerpunkt auf der Energiepolitik, nämlich dann, wenn die Ressourcen der Arktis wirklich zugänglich werden. Die Sicherheitspolitik wird vermutlich auf der Ebene der ökologischen Sicherheit bleiben, da nicht anzunehmen ist, dass die Arktis derart militarisiert wird, dass die EU sich gleichermaßen verteidigen müsste. Da die EU-Arktispolitik noch sehr jung ist, können derzeit keine anderen Analyseergebnisse vorgelegt werden. Die Weiterentwicklung dieser Policy ist sicher weiter zu beobachten, vor allem, wenn die Festlandssockelkommission der Vereinten Nationen ihre Ergebnisse vorlegen wird oder eine andere Lösung des Konflikts absehbar wird.

Der Wettkampf um die Arktis und ihre Ressourcen hat seit der russischen Flaggenaktion 2007 an Dringlichkeit gewonnen. Trotzdem dreht sich der Konflikt um reine Möglichkeiten, da die Arktis noch nicht nutzbar beziehungsweise zugänglich ist. Die Nutzung der Nordwestpassage wird früher verfügbar sein als die Öl- und Gasförderungen, dennoch wird es noch dauern bis sich die Nutzbarkeit als wirtschaftlich rentabel erwiesen haben wird. Trotzdem ist es für die Akteure schon jetzt wichtig, ihre Positionen zu beziehen und diese nach Möglichkeit verbindlich durchzusetzen.

Die Europäische Union hat ihre Strategien bisher nicht aggressiv verfolgt, sicher auch deshalb, da die EU-Arktispolitik erst seit kurzem besteht. Die Policy konzentriert sich auf die ökologische Sicherheit, eine Sichtweise, die auf eine große internationale Akzeptanz abzielen könnte und verstärkte Governance in der arktischen Region. Die erste Aufgabe der EU ist es, sich als relevanter Akteur in der arktischen Region zu etablieren. Mit der Bewerbung im Arktischen Rat wurde das bereits versucht, ist aber am Veto Kanadas gescheitert. Andere Möglichkeiten wären ein Beitritt des

Anrainerstaats Island zur Europäischen Union oder eine verstärkte Zusammenarbeit mit Grönland (inklusive europäischem Mitspracherecht in arktischen Angelegenheiten). Es bleibt spannend welche Strategien die EU weiterhin verfolgen wird und ob es ihr gelingen wird, in Zukunft als arktischer Akteur zu gelten.

8. Literaturverzeichnis

AIROLDI, Adele (2008): The European Union and the Arctic. Policies and actions. Nordic Council of Ministers, Copenhagen 2008. Unter: http://www.norden.org/da/publikationer/publikationer/2008-729/at_download/publicationfile (07.03.2010).

ALGIERI, Franco (2008): Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union. In: WEIDENFELD, Werner (Hrsg.): Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe; Band 689. S. 455 – 475.

BARNETT, Jon (2007): Environmental Security. In: COLLINS, Alan (Hrsg.): Contemporary Security Studies. Oxford: Oxford University Press. S. 182 – 202.

BECK, Ulrich (2007): Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Wahrheit. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

BEHRENS, Maria/REICHWEIN, Alexander (2007): Global Governance. In: Benz, Arthur et. al. (Hrsg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S. 311 – 324.

BENNET, Mia (2010): The EU's Northern Outpost. 25.02.2010. The Arctic. The World Affairs Blog Network. Unter: <http://arctic.foreignpolicyblogs.com/> (02.03.2010).

BISCOP, Sven (2005): The European Security Strategy. A global agenda for positive power. Burlington: Ashgate Publishing.

BRAUNE, Gerd (2009a): Europa zeigt in der Arktis-Politik Flagge. Klimawandel und wirtschaftliche Öffnung der Nordpolarregion bedeuten eine Herausforderung auch für die EU. In: Internationale Politik: Vergesst Kyoto! Jg. 64/2, Februar 2009. S. 39 – 47.

BRAUNE, Gerd (2009b): Cold War in the Arctic? Climate change and economic opportunities around the North Pole interest Europe, too. In: Internationale Politik Global: A new transatlantic partnership. Vol. 10/2009. S. 56 -63.

BREDE, Falko/SCHULTZE, Rainer-Olaf (2008): Das politische System Kanadas. In: STÜWE, Klaus/RINKE, Stefan (Hrsg.): Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S. 314 – 340.

BROOKS, Stephen (?1997): Canadian democracy. An introduction. Toronto/New York/Oxford: Oxford University Press.

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG: Dossier Umwelt. Glossar. Unter: <http://www.bpb.de/themen/NITVD6,38,0,Glossar.html#art38> (06.10.2009).

CARNAGHAN, Matthew/GOODY, Allison (2006): Canadian Arctic Sovereignty. Library of Parliament. Parliamentary information and research service. 2006. Unter: <http://www2.parl.gc.ca/Content/LOP/ResearchPublications/prb0561-e.htm> (07.09.2009).

CLAAS, Oliver (2003): The world has changed and Canada has changed with it. Ein Interview über die kanadische Außenpolitik mit Kanadas Botschafterin in Deutschland Marie Bernard-Meunier. In: VON BREDOW, Wilfried (Hrsg.): Die Außenpolitik Kanadas. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 301 – 317.

COATES, Ken S. et. al. (2008) : Arctic Front. Defending Canada in the far north. Toronto: Thomas Allen Publishers.

CONZELMANN, Thomas (2003): Neo-Funktionalismus. In: SCHIEDER, Siegfried/SPINDLER, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Opladen: Leske & Budrich. S. 145-174.

DALBY, Simon (2007): Ecology, Security, and Change in the Anthropocene. In: Brown Journal of World Affairs. Vol. 13 Nr. 2, 2007. S. 155 – 164.

DESOMBRE, Elizabeth R. (2006): Global Environmental Institutions. London/New York : Routledge.

DELREUX, Tom (2009): Cooperation and Control in the European Union. The case of the European Union as International Environmental Negotiator. In: Cooperation and Conflict. Journal of the Nordic International Studies Association. Vol 44/2, Juni 2009. S. 189 – 208.

DEPARTMENT FOR FOREIGN AFFAIRS AND INTERNATIONAL TRADE CANADA (2009a): CETA-Negotiations. Unter: <http://www.international.gc.ca/trade-agreements-accords-commerciaux/agr-acc/eu-ue/can-eu.aspx> (07.10.2009).

DEPARTMENT FOR FOREIGN AFFAIRS AND INTERNATIONAL TRADE CANADA (2009b): Trade and Investment Enhancement Agreement. Unter: <http://www.international.gc.ca/trade-agreements-accords-commerciaux/agr-acc/eu-ue/index.aspx> (07.10.2009).

DIETZ, Kristina (2007): Vulnerabilität und Anpassung gegenüber Klimawandel. Ansatzpunkte für eine Multi-Level-Governance-Analyse aus der Perspektive der Problemkonstitution. In: BRUNNENGRÄBER, Achim/WALK, Heike (Hrsg.): Multi-Level-Governance. Klima-, Umwelt- und Sozialpolitik in einer interdependenten Welt. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges.. S. 161 – 187.

DOLATA-KREUTZKAMP, Petra (2009): The Arctic is ours: Kanadas Arktispolitik zwischen Souveränität und Klimawandel. Unter: http://www.fesdc.org/fokus_pdf/FK2-2009KanadasArktispolitik_003.pdf (27.02.2010).

EBINGER, Charles K./ZAMBETAKIS, Evie (2009): The geopolitics of Arctic melt. In: International Affairs. Vol. 85, Juni 2009. Unter: http://www.brookings.edu/~media/Files/rc/papers/2009/11_arctic_melt_ebinger_zambetakis/11_arctic_melt_ebinger_zambetakis.pdf (13.11.2009).

EISING, Rainer/LENSCHOW, Andrea (2007): Europäische Union. In: BENZ, Arthur et. al. (Hrsg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S. 325 – 338.

ELLIOT-MEISEL, Elizabeth B. (1998): Arctic Diplomacy. Canada and the United States in the Northwest Passage. New York u.a.: Peter Lang Publishing. American University Studies, Series IX History; Band 188.

EUROPEAN POLICY CENTRE (2008): The EU and the Arctic: exploring uncharted territory? 18.11.2008. Unter: <http://www.epc.eu/en/r.asp?TYP=ER&LV=293&see=y&t=2&PG=ER/EN/detail&l=&Al=859> (26.02.2010).

EUROPEAN POLICY CENTRE (2009): Flat, cold and (increasingly) crowded: what policies for the Arctic? 23.01.2009. Unter: <http://www.epc.eu/en/r.asp?TYP=ER&LV=293&see=y&t=2&PG=ER/EN/detail&l=&Al=875> (27.02.2010).

FREIVALDS, Laila (2004): Speech by the Minister for Foreign Affairs at the Stefansson Arctic Institute in Akureyri. 09.09.2004. Unter: <http://www.svs.is/Laila%20Freivalds.pdf> (04.03.2010).

FRITZ-VANNAHME, Joachim (2008): Aufrüsten für die Arktis. Die Zeit Online. 03.09.2008. Unter: <http://www.zeit.de/online/2008/36/arktis-bodenschaetze-konflikte> (29.11.2009).

FRÜHAUF, Markus/GROOTVELDT, Patrick (Hrsg.) (2009): Zukunft: Polargebiete. Verlierer und Gewinner. Gütersloh/München: wissenmedia GmbH.

GÄRTNER, Heinz (2005): Internationale Sicherheit. Definitionen von A-Z. Wiener Schriften zur Internationalen Politik; Band 9. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges..

GEDEN, Oliver/FISCHER, Severin (2008): Die Energie- und Klimapolitik der Europäischen Union. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges.. Denkart Europa. Schriften zur europäischen Politik, Wirtschaft und Kultur; Band 8.

GEDEN, Oliver (2009): Klimasicherheit als Politikansatz der Europäischen Union. Diskussionspapier der SWP Berlin, Januar 2009. Unter: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=5673&PHPSESSID=c62613f985fb40740a71f4860103637a (01.03.2010).

GIERING, Claus (1997): Europa zwischen Zweckverband und Superstaat. Die Entwicklung der politikwissenschaftlichen Integrationstheorie im Prozeß der europäischen Integration. Bonn: Europa Union Verlag. Münchner Beiträge zur Europäischen Einigung; Band 1.

GIERING, Claus/METZ, Almut (2007): Integrationstheorien. In: WEIDENFELD, Werner/WESSELS, Wolfgang: Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe; Band 393. S. 285 - 291.

GIRG, Bastian (2008): Tauwetter am Nordpol: Kalter Krieg um Rohstoffe? Die Arktis im Zeichen des Klimawandels. Diskussionspapier der SWP Berlin, Mai 2008. Unter: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=5013&PHPSESSID=c62613f985fb40740a71f4860103637a (01.03.2010).

GRANT, John P./BARKER, J. Craig (Hrsg.) (2004): Parry and Grant Encyclopaedic dictionary of international law. New York: Oceana Publications.

GREENLAND REPRESENTATION TO THE EU (2009): Main areas of concern in the Commission Communication on "EU and the Arctic". 09. Oktober 2009. Unter: <http://eu.nanoq.gl/Emner/EuGI/~media/7558FA129E8348CEA95DC0A045BD8635.aspx> (08.03.2010).

GUERIN, Selen Sarisoy/NAPOLI, Chris (2008): Canada and the European Union: Prospects for a Free Trade Agreement. CEPS Working Document No. 298/Juli 2008. Unter: shop.ceps.eu/downfree.php?item_id=1686 (07.10.2008).

HAJER, Maarten A. (2005): Coalitions, Practices, and Meaning in Environmental Politics. From Acid Rain to BSE. In: HOWARTH, David/TORFING, Jacob (Hrsg.): Discourse Theory in European Politics. Identity, Policy and Governance. Basingstoke: Palgrave Macmillan. S. 297 – 315.

HALLER, Moritz (2008): Zwischen Recht und Macht. Wem gehört die Arktis? Wien: Diplomarbeit Universität Wien.

HANNEMANN, Matthias (2009): Pole-Position. Wo bleibt die europäische Debatte zur künftigen Arktis-Politik? Liberal, Mai 2009. Unter: http://www.freiheit.org/files/62/_2174969.pdf (04.03.2010).

HÜTTERER, Christian (2008): Die Nördliche Dimension der Europäischen Union. Wien: Dissertation Universität Wien.

KAIM, Markus (2008): Die sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels. Kanada und die Frage der arktischen Souveränität. SWP-Aktuell 49, Juni 2008. Unter: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5033 (27.02.2010)

KEFFERPÜTZ, Roderick/BOCHKAREV, Danila (2009): Wettlauf um die Arktis. Empfehlungen an die EU. Heinrich Böll Stiftung. EU-Regionalbüro Brüssel 2009. Unter: http://www.boell.de/downloads/internationalepolitik/wettlauf_um_die_arktis2009.pdf (14.12.2009).

LEONARD, Mark (2008): Geteilte Welt und Kampf um Herrschaft: Europas Rolle in der Welt im Jahr 2020. In: WEIDENFELD, Werner (Hrsg.): Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 774 – 795.

LUIF, Paul (1995): On the road to Brussels. The political dimension of Austria's, Finland's and Sweden's Accession to the European Union. Wien: Braumüller.

LUIF, Paul (2003): EU cohesion in the UN General Assembly. In: Occasional Papers no. 49, Dezember 2003. European Union Institute for Security Studies.

LUIF, Paul (2007): Die finnische Initiative zur Entwicklung einer „Nördlichen Dimension“ in den EU-Außenbeziehungen. In: LUIF, Paul (Hrsg.): Österreich, Schweden, Finnland. Zehn Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag. S. 203 – 212.

MATTHEW, Richard A. (2005): Man, the state and nature: rethinking environmental security. In: DAUVERGNE, Peter (Hrsg.): Handbook of Global Environmental Politics. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar Publishing. S. 127 – 148.

MUTIMER, David (1994): Theories of Political Integration. In: MICHELMANN, Hans J./SOLDATOS, Panayotis (Hrsg.): European Integration. Theories and approaches. Lanham/New York/London: University Press of America. S. 13 – 42.

NEUHOLD, Hanspeter/HUMMER, Waldemar/SCHREUER, Christoph (Hrsg.) (³1997): Österreichisches Handbuch des Völkerrechts. Band 1: Textteil. Wien: Manz.

NOHLEN, Dieter/SCHULTZE, Rainer-Olaf (³2005): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. München: C.H.Beck.

OFFICE OF THE PRIME MINISTER (2007): Prime Minister Stephen Harper announces new Arctic offshore patrol ships. Canada's New Government to move forward with deep water port in the Arctic. 09.07.2007. Unter: <http://www.pm.gc.ca/eng/media.asp?id=1742> (14.11.2009).

PARR, Rolf (2008): Diskurs. In: KAMMLER, Clemens/PARR, Rolf/SCHNEIDER, Ulrich Johannes (Hrsg.): Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart/Weimar: Metzler Verlag. S. 233 -237.

PEDERSEN, Tove Søvndahl (2009): The relevance of EU policies on indigenous peoples in EC cooperation with Greenland and the Arctic. 29. Oktober 2009. Unter: <http://eu.nanoq.gl/Emner/EuGI/~media/8E788A8FB50E486CA9CE602AB162B666.aspx> (10.02.2010).

PETERS, Dirk/WAGNER, Wolfgang (2005): Die EU in den internationalen Beziehungen. In: HOLZINGER, Katharina et.al.: Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Paderborn: Schöningh. S. 215 – 272.

PFETSCH, Frank R. (³2005): Die Europäische Union. Geschichte, Institutionen, Prozesse. München: Wilhelm Fink Verlag.

PHILLIPS, Leigh (2010): Russia-Norway pact defuses Arctic tension. EU-Observer. 28.04.2010. Unter: <http://euobserver.com/24/29958> (01.05.2010).

POLLAK, Johannes/SLOMINSKI, Peter (2006): Das politische System der EU. Wien: WUV.

PRIEBE, Reinhard (2009): Speech delivered at the Greenland seminar "Greenland's approach to EU's Arctic communication". 29. Oktober 2009. Unter: <http://eu.nanoq.gl/Emner/EuGI/~media/C0CD280255214F6D96AD3A445B4300F3.aspx> (10.03.2010).

SCHNEIDER, Volker/JANNING, Frank (2006): Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

SCHNEIDER, Ulrike (2009): Die Sicherheitspolitik der EU und der Klimawandel. Der Kampf um die Ressourcen in der Arktis. o.O.: GRIN Verlag.

SHERIDAN, Mary Beth (2010): Clinton rebukes Canada at Arctic meeting. The Washington Post. 30.03.2010. Unter: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/03/29/AR2010032903577.html> (28.04.2010).

STUBB, Alexander (2009): A new arctic era and Finland's arctic policy. Keynote speech, 29.09.2009. Unter: http://arcticcentre.ulapland.fi/docs/20_Stubb_Arktinenkeskus29092009.pdf (02.03.2010).

STYKOW, Petra (2008): Die Europäische Union und Russland. In: WEIDENFELD, Werner (Hrsg.): Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 642 – 670.

TAZ (2009): EU verhängt Importverbot ab 2010. Kanada will weiter Robben schlachten. 28.07.2009. Unter: <http://www.taz.de/1/zukunft/umwelt/artikel/1/kanada-will-weiter-robber-handeln/> (27.03.2010).

THALMEIER, Bettina (2005): Die zukünftige Gestalt der Europäischen Union. Integrationstheoretische Hintergründe und Perspektiven einer Reform. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges.. Münchner Beiträge zur europäischen Einigung; Band 11.

THE WHITE HOUSE (2009): National Security Presidential Directive and Homeland Security Presidential Directive. Arctic Region Policy. January 9, 2009. Unter: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2009/01/20090112-3.html> (03.04.2009).

THUNERT, Martin (2003): Akteurskonstellationen, Kräfteverhältnisse und Einflussgrößen im außenpolitischen Entscheidungsprozess Kanadas. In: VON BREDOW, Wilfried (Hrsg.): Die Außenpolitik Kanadas. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 53 – 81.

UNITED NATIONS Permanent Forum on Indigenous Issues (2009). Indigenous Peoples in the arctic region. Factsheet. Unter: http://www.un.org/esa/socdev/unpfii/documents/Indigenous_Arctic_Eng.pdf (28.04.2010).

U.S. GEOLOGICAL SURVEY (2008): Circum-Arctic Ressource Appraisail. Estimates of undiscovered oil and gas north of the Arctic Circle. Unter: <http://pubs.usgs.gov/fs/2008/3049/fs2008-3049.pdf> (22.02.2010).

VOGLER, John (2009): Climate change and EU foreign policy: The negotiation of burden sharing. In: International Politics. Vol. 46/4, Juli 2009. S. 469 – 490.

VON BREDOW, Wilfried (1994): Das politische System. In: BRAUN, Hans/KLOOß, Wolfgang (Hrsg.): Kanada. Eine interdisziplinäre Einführung. Trier: Wissenschaftlicher Verlag Trier. S. 76 - 88.

VON DER GÖNNA, Thomas (2003): Kanadische Sicherheitspolitik in Europa. In: VON BREDOW, Wilfried (Hrsg.): Die Außenpolitik Kanadas. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 105 – 116.

WINKELMANN, Ingo (2007): Wem gehört die Arktis? SWP-Aktuell 56, November 2007. Unter: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4455 (01.03.2010).

WINKELMANN, Ingo (2008): Feste Spielregeln für die Aufteilung des Arktischen Ozeans. Zur Ilulissat-Erklärung der arktischen Anrainerstaaten. SWP-Aktuell 53, Juni 2008. Unter: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5051 (01.03.2010).

WINKELMANN, Ingo (2009): Klimawandel und Sicherheit in der arktischen Region. Diskussionspapier der SWP Berlin, Januar 2009. Unter: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5670 (01.03.2010).

WÖHLCKE, Manfred (1997): Ökologische Sicherheit. Neue Agenda für die Umweltpolitik? Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges.. Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik; Band 51.

WOLF, Dieter (2006): Neo-Funktionalismus. In: BIELING, Hans-Jürgen/LERCH, Marika (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S. 65-90.

Dokumente der Europäischen Union:

AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN UNION (1976): Rahmenabkommen über handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Kanada. 24.09.1975. S. 2 – 5. Unter:

[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:21976A0706\(01\):DE:HTML](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:21976A0706(01):DE:HTML)
(06.10.2009).

AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN UNION (2010): Politisches Handeln im arktischen Raum in einer Welt der Globalisierung. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 09.10.2008 zu der Politik für den arktischen Raum. S. 41 – 43. Unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:009E:0041:0043:DE:PDF>
(03.03.2010).

BORG, Joe (2009): The European Union's strategy of sustainable management for the Arctic. 19.01. 2009. SPEECH/09/09. Unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/9&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (17.12.2009).

EUROPÄISCHE DELEGATION IN KANADA (1990): Declaration on Transatlantic Relations. Unter:

http://www.delcan.ec.europa.eu/en/eu_and_canada/official_documents/instruments/eu-ca_dtr_1990.shtml (20.03.2010).

EUROPÄISCHE DELEGATION IN KANADA (1996): Joint Political Declaration and Action Plan. Unter:

http://www.delcan.ec.europa.eu/en/eu_and_canada/official_documents/instruments/eu-ca_jpdap_1996.shtml (20.03.2010).

EUROPÄISCHE DELEGATION IN KANADA (2004): EU-Canada Summit. EU-Canada Partnership Agenda. Unter:

http://www.delcan.ec.europa.eu/en/eu_and_canada/official_documents/reports/eu-ca_jr_pa_2004-03-18.shtml (06.10.2009).

EUROPÄISCHE KOMMISSION (1999): EU-Canada Summit. Statement on Northern Cooperation. Ottawa: Dezember 1999. Unter:

http://ec.europa.eu/external_relations/canada/docs/1999_summit_northern_dimension_en.pdf (06.10.2009).

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2006): Towards a future Maritime Policy for the Union: A European vision for the oceans and seas. 07.06.2006. KOM/2006/275. Unter:

http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/pdf/com_2006_0275_en_part2.pdf (20.12.2009).

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2007a): An integrated Maritime Policy for the European Union. 10.10.2007. KOM/2007/575. Unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0575:FIN:EN:PDF>
(05.03.2010).

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2007b): Northern Dimension Policy Framework Document. Unter:
http://ec.europa.eu/external_relations/north_dim/docs/frame_pol_1106_en.pdf
(18.11.2009).

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2008): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Die Europäische Union und die Arktis. 20.11.2008. KOM/2008/736. Unter:
http://ec.europa.eu/external_relations/arctic_region/docs/com_08_763_de.pdf
(18.11.2009).

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2009a). External Relations: The Northern Dimension Policy. Unter: http://ec.europa.eu/external_relations/north_dim/index_en.htm
(24.10.2009).

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2009b). External Relations: EU's relation with Canada. Unter: http://ec.europa.eu/external_relations/canada/index_en.htm
(06.10.2009).

EUROSTAT-PRESSESTELLE (2009): Gipfeltreffen EU-Kanada. Außenhandelsüberschuss der EU27 mit Kanada bei 2,3 Milliarden Euro im Jahr 2008. Mai 2009. Unter:
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/63&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> (07.10.2009).

FERRERO-WALDNER, Benita (2009): Transforming the Arctic. 05.03.2009. SPEECH/09/92. Unter:
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/92&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (17.12.2009).

KALLAS, Siim (2009): Speaking points at the 12th ministerial session of the Barents Euro-Arctic Council (BEAC). SPEECH/09/472. Unter:
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/472&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (27.01.2010).

RAT DER EUROPÄISCHEN UNION (2009a): EU-Canada Summit Declaration. Prague, 6 May 2009. Unter:
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/er/107542.pdf
(12.10.2009).

RAT DER EUROPÄISCHEN UNION (2009b): Council conclusions on Arctic issues. 2985th Foreign Affairs council meeting. Brussels, 8 December 2009. Unter:
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/EN/foraff/111814.pdf
(26.02.2010).

Anhang: Weiterführende Graphiken

Abbildung 7: Ressourcenvorkommen und Anrainerstaaten



Quelle: Le Monde diplomatique <http://mondediplo.com/2007/09/07arcticmap> (15.12.2009)

Abbildung 8: Gebietsansprüche der Anrainerstaaten

Maritime jurisdiction and boundaries in the Arctic region

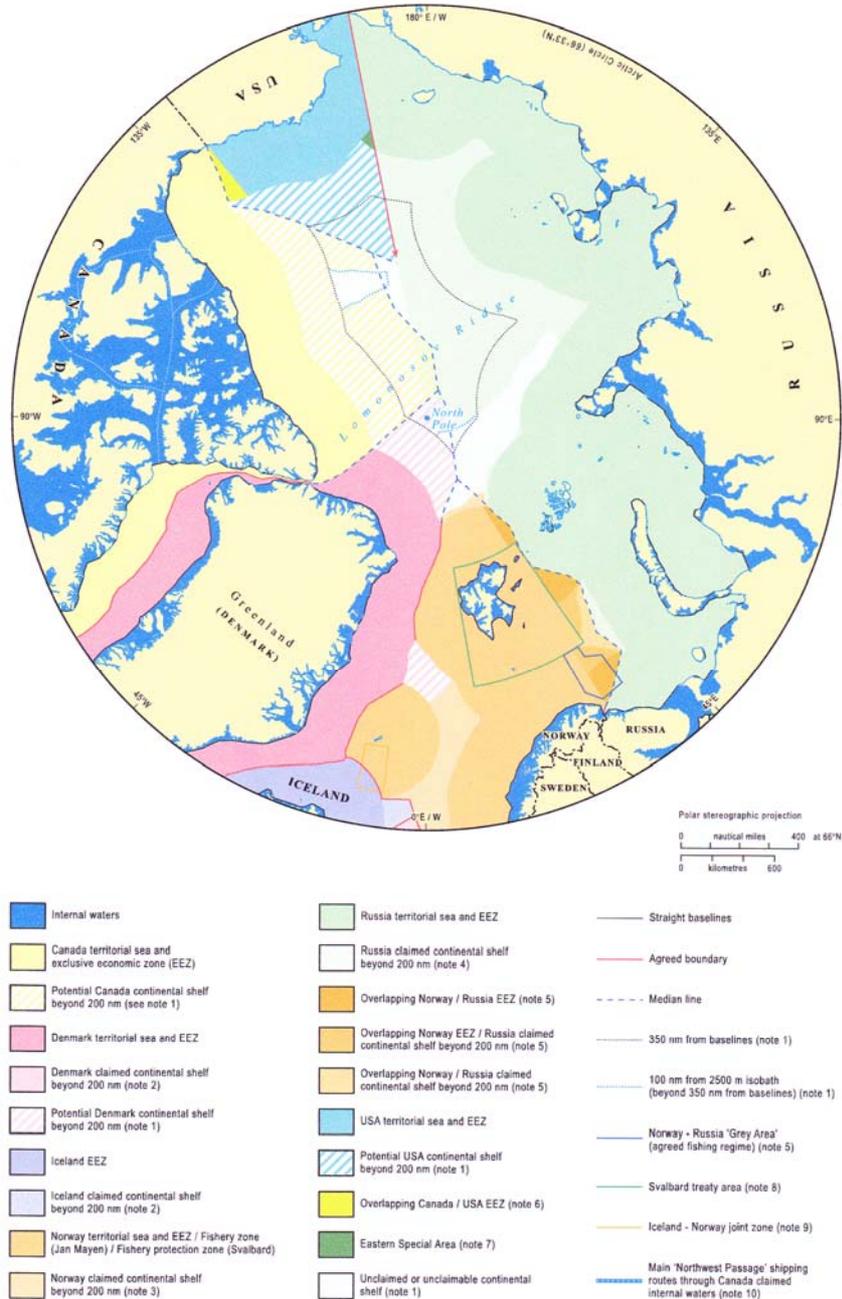


Abbildung 9: Lomonosow-Brücke



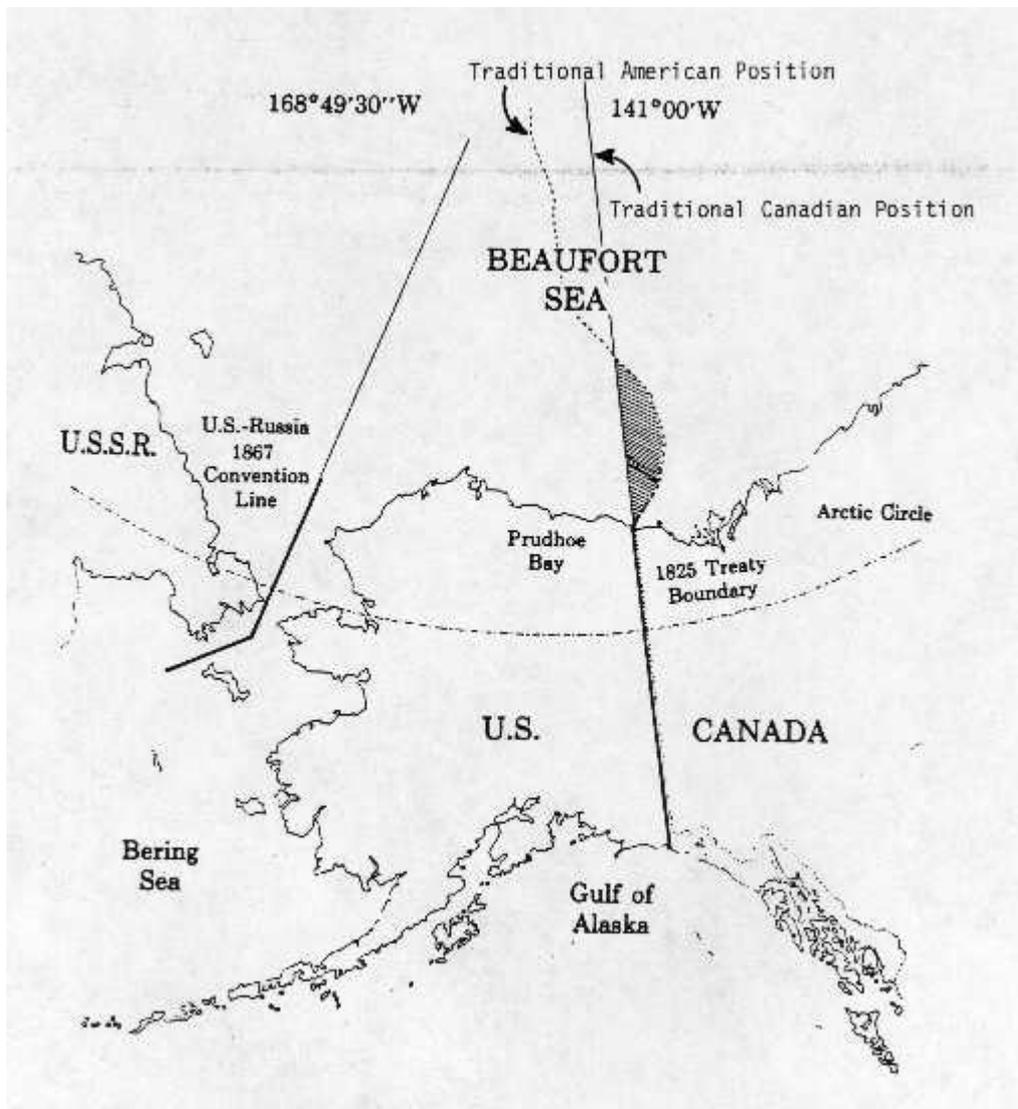
Quelle: Encyclopedia Britannica <http://media-2.web.britannica.com/eb-media/40/102940-004-8562C8F7.gif> (03.05.2010).

Abbildung 10: Hans Island Detailansicht



Quelle : Canadian Geographic: <http://www.canadiangeographic.ca/hansIsland/maps.asp> (03.05.2010).

Abbildung 11: Grenzkonflikt in der Beaufort Sea



Quelle : Government of Canada : <http://dsp-psd.pwgsc.gc.ca/Collection-R/LoPBdP/images/bp322e-5.jpg> (24.04.2010).

Abstract Deutsch

Der Arktiskonflikt ist seit der Versenkung einer Nationalflagge durch Russland im Jahr 2007 brisanter geworden. Seitdem ist ein Wettlauf um die arktischen Ressourcen zu beobachten. Um zu festzulegen „wem die Arktis gehört“ muss der völkerrechtliche Status der Arktis neu beschlossen werden. Die acht Anrainerstaaten bemühen sich nun darum Teile der Arktis in ihr Staatsterritorium zu integrieren. Das verantwortliche Organ der Vereinten Nationen ist die Kommission zur Festlandsockelbegrenzung. Die territoriale Aufteilung der Arktis wird in den nächsten Jahren von ihr beschlossen werden.

Der Arktiskonflikt dreht sich nicht ausschließlich um die dort vermuteten Ressourcen. Im Rahmen weiterer Politikfelder ist es auch anderen Akteuren möglich, Interessen zu verfolgen. Unter dem Stichwort der ökologischen Sicherheit versucht sich die Europäische Union in der Auseinandersetzung um die Arktis zu etablieren. Als Vorreiter in der internationalen Umweltpolitik wurde dieses Thema von verschiedenen europäischen Institutionen aufgegriffen. Die Europäische Kommission legte mit ihrer Mitteilung „Die Europäische Union und die Arktis“ im November 2008 den Grundstein zu einer eigenständigen Arktispolitik.

Im Zuge dieser Diplomarbeit wird die europäische Arktispolitik untersucht und mit der Arktispolitik Kanadas verglichen. Dabei werden die Unterschiede und Gemeinsamkeiten einer supranationalen Organisation und eines arktischen Nationalstaats herausgearbeitet. Besondere Beachtung finden dabei die Umwelt-, Energie- und Sicherheitspolitik im politischen Diskurs dieser beiden Akteure.

Abstract Englisch

Since the plunge of the Russian flag in the arctic sea bed in 2007, the arctic conflict gained momentum, which can be observed from the current race for arctic resources. To determine the rights of the Arctic, its status in the international law needs to be reassessed. Eight arctic nations are currently trying to integrate parts of the Arctic into their national territory. The final split-up will be decided by the UN's Commission on the Limits of the Continental Shelf over the next few years.

Not only resources, but also various other policies are relevant in the current conflict. By the means of these policies non-arctic players are able to participate in this disputed field. Environmental security is the European Union's key argument to establish the role of a big player. A leader in international environmental security, various European institutions already have dealt with this problem in the past. The framework for an independent European Arctic Policy was issued through the European Commission's communication on "The European Union and the Arctic region" in November 2008.

This diploma thesis analyses the European Arctic Policy and compares it to the Canadian one. In doing so, the differences and common grounds of a supranational organisation and of an arctic nation are highlighted. Special consideration is given to the Environmental, Energy and Security Policy as reflected by the political discourse of these two players.

Lebenslauf

Bernadette Wurm

Geburtsdatum 24.06.1986
Geburtsort Graz
Staatsangehörigkeit Österreich

Ausbildung

09/2007 - 05/2008 Erasmusjahr am Institut d'Etudes Politiques de Bordeaux,
Frankreich
Seit 03/2006 Studium der Romanistik an der Universität Wien
2004 – 2010 Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien
1996 – 2004 Bundesgymnasium Gleisdorf

Studienrelevantes Praktikum

10/2008 – 01/2009 Volontariat an der Österreichischen Botschaft Ottawa

Sprachkenntnisse

Deutsch Muttersprache
Englisch Verhandlungssicher
Französisch Fließend in Wort und Schrift
Spanisch Grundkenntnisse